

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 M. monatlich 1.50 M. vierteljährlich 3.00 M. jährlich 10 M. Sonntagsblätter 1.00 M. pro Monat. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagsblätter 1.00 M. pro Monat. Postabonnementspreise: Ausland 2.00 M. pro Monat. Postabonnementspreise: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummernblätter oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungen 50 Pf. für kleine Anzeigen, das ist je nach der Art 20 Pf. (zweizeilig) 2 teilige (einzeilige) 10 Pf. (einzeilige) und Schlußstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.
 Donnerstag, den 26. Oktober 1916.
 Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Was wird in Oesterreich?

Ein bekannter Wiener Parteigenosse, der seit gestern in Berlin weilte, gibt uns von den jüngsten Ereignissen in Wien folgende Darstellung:

Die politischen Verhältnisse in Oesterreich sind soweit gediehen, daß immer deutlicher eine Forderung als die Hauptforderung des Tages hervortritt: die Einberufung des Parlaments. Noch vor wenigen Monaten waren im Bürgerum die Ansichten darüber sehr geteilt, während es selbstverständlich für die Sozialdemokratie niemals ein Zweifel war, daß hier der Hebel eingesetzt werden müsse. Nun fanden im Laufe des Sommers mehrere Konsultationen von Politikern auf Veranlassung des Grafen Sclva-Tarouca statt, in welchen die Einberufung des Parlaments erörtert wurde. Nur ein Teil der Deutschnationalen und der Christlichsozialen wollte von der Erhebung dieser Forderung nichts wissen. Aber insbesondere die Debatten im ungarischen Abgeordnetenhaus trugen dazu bei, auch den Blinden die Augen zu öffnen. Man wurde sich immer mehr auch in Kreisen des Bürgertums der Tatsache bewußt, daß der österreichische Staat von allen kriegsführenden Staaten der einzige ist, in welchem eine organisierte Willensmeinung des Volkes prinzipiell verhindert wird. So kam es, daß eine von einer Anzahl von Professoren ausgehende Anregung große Beachtung fand. Sechs Herren von der Universität, die den verschiedensten Parteien angehörten, entschlossen sich, eine Versammlung einzuberufen, in der laut und vernehmlich der Ruf nach der Einberufung des Parlaments erhoben werden sollte. Als erster Redner war ein bekannter Lehrer des Staatsrechts an der Wiener Universität in Aussicht genommen, ihm sollten der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Schuster, und die beiden Vizepräsidenten, der Christlichsoziale Rufel und der Sozialdemokrat Bernerstorfer, folgen. Durch die Einberufung und durch die Rednerliste sollte die Versammlung als eine Kundgebung aller Klassen der Bevölkerung erscheinen. Nicht weniger als 15 000 Einladungen waren ausgegeben. Man zweifelte nicht daran, daß mit Rücksicht auf den ganzen Charakter der Versammlung, die doch formell auf geladene Gäste beschränkt war, die Regierung sich scheuen würde, die Kundgebung zu verbieten und dadurch deutlich zu demonstrieren, daß sie jede Art der Diskussion über die Wiederherstellung der Verfassung verhindern wolle. Allein es kam anders. Den Zeitungen wurde verboten, die Ankündigungen der Versammlung abzudrucken, und zwei Tage vor dem für die Abhaltung festgesetzten Termine wurde die Versammlung aus formellen Gründen untersagt. Die Regierung behauptete, daß, wenn die Versammlung auch nur gegen auf Namen lautende Einladungskarten zugänglich war, man doch nicht — mit Rücksicht auf die große Anzahl der Einladungen — von einer auf geladene Gäste beschränkten Versammlung reden dürfe, daß es sich vielmehr tatsächlich um eine öffentliche Volksversammlung handle, die während des Ausnahmezustandes nicht gestattet sei. Die Regierung wußte wohl, daß sie sich dadurch ins Unrecht setze und daß die ganze Öffentlichkeit über die eigentlichen Absichten der Regierung nach dem Verbote nicht mehr im Unklaren sein könne, ja daß sogar durch ihr eigenes Verhalten der Demonstration eine Spitze gegen die Regierung gegeben werde. Sie nahm jedoch diesen Vorwurf auf sich. Der Vorwand, der von den Regierungskreisen gegen die Einberufung des Parlaments vorgeschützt wird, ist die Schwierigkeit in der Behandlung derjenigen tschechischen Abgeordneten, die sich entweder im Auslande oder inhaft befinden. Man darf aber wohl annehmen, daß eine zureichende und geschickte Regierung gerade unter den heutigen Umständen über diese Schwierigkeit hinwegkommen könnte. Ein Teil der Deutschnationalen aber wünscht das Parlament nicht, weil er darauf hofft, daß die Regierung mit Hilfe des § 14 eine Neuordnung der Nationalitätenverhältnisse in ihrem Sinne vornehmen werde, durch welche ein etwaiges künftiges Parlament vor eine vollzogene Tatsache gestellt wird. Allerdings haben die Deutschbürgerlichen nicht die geringste Garantie dafür, daß eine solche oktroyierte Aenderung der Verfassung und Verwaltung ihren eigenen Interessen entsprechen würde, geschweige denn dafür, daß eine einseitig verfügte Maßregel der Regierung von Dauer sein könnte. Es ist immer wieder dieselbe Kurzsichtigkeit, die, den Blick nach oben gewendet, die Herrlichkeiten der Regierungsgewalt zu sehen vermeint und die eigenen politischen Kräfte übersehen. Trotz dieser Widerstände ist es aber zweifellos, daß die einmal in Fluß gekommene Agitation für die Einberufung des Parlaments nicht mehr zum Stillstande kommen wird, trotz aller Gemüths- und Ausnahmezustand jeder politischen Tätigkeit bereitet.

Vorläufig allerdings ist jede politische Betätigung in den Hintergrund gedrängt worden, durch den Eindruck der Schreckenstat, durch die der nach außen verantwortliche Leiter der Regierung aus dem Wege geräumt worden ist. Obwohl in der Presse gelegentlich die Tat Friedrich Adlers mit dem Verbote jener Versammlung in Verbindung gebracht worden ist, war Adler doch keiner von jenen, denen die Einberufung des Parlaments als das Wesentliche erschien. Wenn er das Parlament erstrebte, so war es nur, um in ihm für seine Forderungen demonstrieren zu können und nicht um des Par-

Schwere Kämpfe in Ost und West.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 25. Oktober 1916. (W. Z. V.):

Westlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.
 Infolge regnerischer Witterung hat gestern die Gefechts-tätigkeit im Sommegebiet nachgelassen; das Artilleriefeuer steigerte sich nur zeitweilig. In den Abendstunden sind französische Teilangriffe aus der Linie Vesboens-Rancourt vor unseren Hindernissen verlustreich und ergebnislos zusammengebrochen.

Heeresgruppe Kronprinz.
 An der Nordostfront von Verdun hat ein französischer Angriff bis zum brennenden Fort Donamont Boden gewonnen; die Kampfhandlung dauert an.

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Ein Gasangriff der Russen an der Schtschana mißlang; ebenso blieb einem Angriff russischer Bataillone bei Kol. Ostrow (nordwestlich von Luck) jeglicher Erfolg versagt.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Im Südtail der Waldkarpathen blieben bei Gefechten minderen Umfangs die gewonnenen Höhenstellungen in unserem Besitz.

An der Ostfront von Siebenbürgen hat sich bei örtlichen Kämpfen die Lage nicht geändert.

Nördlich von Campolung machte unser Angriff Fortschritte.

Der Vulkanpaß ist von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen gestürmt worden.

Balkan-Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Verfolgung geht plangemäß weiter. Gernavoda ist heute früh genommen. Einzelheiten sind noch nicht bekannt geworden.

Damit ist die in der Dobrußka operierende rumänisch-russische Armee ihrer letzten Bahnverbindung beraubt und ein ungemein wichtiger Erfolg erzielt.

An der Mazedonischen Front herrschte Ruhe.
 Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Das September-Ergebnis des Kreuzerkrieges.

Amtlich. Berlin, 25. Oktober. (W. Z. V.)
 Im Monat September sind 141 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 182 000 Bruttoregistertonnen von U-Booten der Mittelmächte versenkt und aufgebracht oder durch Minen verloren gegangen. Dreizehn Kapitäne feindlicher Schiffe sind gefangen genommen und drei Geschütze bewaffneter Dampfer erbeutet. Ferner sind 39 neutrale Handelsfahrzeuge mit insgesamt 72 600 Tonnen wegen Beförderung von Munition zum Feinde versenkt.
 Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 25. Oktober 1916. (W. Z. V.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen entrieffen dem Gegner den Vulkanpaß. Die nördlich von Campolung kämpfenden verbündeten Streitkräfte gewannen gleichfalls Raum. An der ungarischen Ostgrenze wird weiter gekämpft. Das Geller Infanterieregiment Nr. 82 eroberte im Beredergebirge nach erbittertem Handgemenge eine stark verchanzte Grenzhöhe. Die Besatzung wurde teils gefangen, teils niedergemacht. Entkommen ist niemand. In der Dreiländerecke schlugen unsere Truppen in ihren neuen Stellungen russische Angriffe ab. Ein örtlicher Einbruch des Feindes ist sofort weggemacht worden.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
 Außer erfolgreichen Vorpostengefechten südlich von Zborow bei den österreichisch-ungarischen Truppen nichts von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.
 Der Nordteil der Karsthochfläche ist unter heftigem Geschütz- und Minenfeuer.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
 In Albanien nichts Neues.
 Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Coefer, Feldmarschallleutnant.

lamentes selbst willen, da er seinem ganzen Standpunkte nach die parlamentarische Tätigkeit nicht hoch anschlug. Es wird überhaupt schwierig sein, für die Tat Friedrich Adlers auch nur eine subjektiv-rationelle Erklärung zu finden. Er war ein Mensch von unzweifelhaft hoher Intelligenz, und sein Bestreben ging dahin, die Lehre von Karl Marx so, wie er sie aufnahm, in theoretischer Reinheit zu verteidigen, indem er seine Gedankengänge in keiner Weise durch neugelegte Tatsachen beeinflussen ließ. Selbstverständlich war er daher ein Anhänger der Massenbewegungen und schätzte den Einfluß des einzelnen auf die Entwicklung nur gering ein. Selbstverständlich verurteilte er auch strenger als jeder andere die Politik der Putsch- und der Attentate, die auf den Anarchismus und auf Bakunin zurückführt. Sein theoretischer, weltfremder Radikalismus, der ihn in scharfen Gegensatz zu seinem Vater und, wie sich erst vor kurzem zeigte, zu der Gesamtheit der österreichischen Partei brachte, gibt demnach keinen Erklärungsgrund für seine Tat. Und gerade weil Friedrich Adler immer bestrebt war, sein Handeln mit seiner Theorie in Übereinstimmung zu bringen, steht man einem Rätsel gegenüber, das auf dem Wege der Logik oder der normalen Psychologie nicht gelöst werden kann. Die Gegensätze, die sich in seiner Seele offenbart haben, deuten auf einen anomalen Geisteszustand hin, in dem sich die von ihm angestrebte Klarheit und Widerspruchlosigkeit der Begriffe verwirrt haben muß. Um so tragischer ist sein Schicksal, ist der politische und intellektuelle Endpunkt dieses Wirkens. Es tauchen vor dem schauernden Beobachter jene übermächtigen Geisteskräfte früherer Generationen auf, welche sich das Individuum unterwerfen, jene dunkeln Urkräfte der Vererbung, denen der Mensch nicht entgeht und die, so mächtig wie in der antiken Schicksalstragödie das Fatum, den Menschen zum willenlosen Knechte des Unbekannten und Unbewußten herabdrücken.

Die unmittelbare Folge der Beseitigung des Grafen Stuerghs ist die Neubesezung des Ministerpräsidentiums. Graf Stuergh war ein Mann ohne Initiative,

der sich von den herrschenden Strömungen leiten ließ. Ein Exponent jener Strömungen, die man im Auslande als spezifisch österreichisch zu betrachten pflegt. In der Politik daher eigentlich ohne individuelles Gepräge, nicht aggressiv und von großer Anpassungsfähigkeit, die es ihm ermöglichte, durch fünf Jahre trotz aller Schwierigkeiten, die er eigentlich gar nicht zu beseitigen strebte, an der Spitze der Regierung zu sein. Sein Nachfolger, wer immer es sei, wird selbstverständlich nicht imstande sein, den österreichischen Staat von Grund aus umzugestalten. Er übernimmt eine schwerbelastete Erbschaft. Darunter einen Ausgleich mit Ungarn, der ohne das österreichische Parlament und unter dem Diktato von Tisza zwar noch nicht abgeschlossen, aber seinem Abschluß sehr nahe ist. Er hat die Aufgabe — ganz abgesehen von den brennenden Fragen der Organisierung des Lebensmittelmarktes und von anderen unmittelbar zur Lösung drängenden Fragen — eine verfassungsmäßige Grundlage für die Beilegung oder Wilderung des Nationalitätenstreites zu legen. In diesem Sinne wird schon seit längerer Zeit im Ministerium des Innern gearbeitet. Wie weit diese Vorarbeiten gediehen sind, und ob sie sich in einer befriedigenden Richtung bewegen, entzieht sich der Kenntnis der Öffentlichkeit. Der neue Ministerpräsident hat aber auch die Aufgabe, gerade in diesen schweren Zeiten die regelmäßige Verwaltung in einer Weise zu leiten, daß sie moderneren Anforderungen entspricht, und die vom Standpunkte der Regierung aus in Kriegszeiten notwendigen Einschränkungen auf das absolut gebotene Maß zurückzuführen.

Die beiden Männer, die als Nachfolger Stuerghs genannt werden, Prinz Hohenlohe, der bisherige Minister des Innern, und Ernst v. Koerber, der bisherige gemeinsame Finanzminister, haben eine Laufbahn hinter sich, die sie — im Verhältnis zu dem bisherigen Ministerpräsidenten — als modernere Geister erkennen läßt. Wer von ihnen die schwere Bürde auf sich nehmen wird, und ob er imstande sein wird, sie in Ehren zu tragen, wird die Zukunft lehren.

Die griechischen Wirren.

Abwartende Haltung der Venezianer.

Bern, 24. Oktober. (W. Z. V.) „Secolo“ meldet aus Saloniki: Nach weiteren zeitlichen Beratungen hat sich die provisorische Regierung von der Zweckmäßigkeit überzeugt, vorerst von der Entsendung eines Ultimatum an Bulgarien Abstand zu nehmen. Anzueinander will man die Haltung abwarten, die die Entente endgültig gegenüber Athen und der provisorischen Regierung einnehmen will. Außerdem sollen die Streitkräfte der letzteren noch nicht so stark sein, um ein Ultimatum mit den Waffen unterstützen zu können.

Die Forderungen der Entente.

Amsterdam, 25. Oktober. (W. Z. V.) Der „Times“ wird aus Athen gemeldet: Die Demobilisierung der Jahrgänge 1913 und 1914 muß noch geregelt werden, ebenso die Rückkehr der Truppen aus Thessalien. Die Alliierten teilen die Ansicht der griechischen Regierung, daß es genügend sei, die Armeen auf Friedensstärke zu bringen, und daß es unnötig sei, die Truppen aus Thessalien zu entfernen. Die Alliierten lassen eine hydrographische Küstenbewachungsstation gegen eventuelle feindliche U-Bootstationen errichten.

Bern, 24. Oktober. (W. Z. V.) „Tempt“ meldet aus Athen, es scheine sich zu bestätigen, daß die Regierung den öffentlichen Sicherheitsdienst dem Kriegs- und dem Marineministerium übertragen habe. Griechische Marinepatrouillen durchstreifen die Straßen. — Durch einen königlichen Erlass sei die Einberufung der Jahressklasse 1918 vertagt worden. — Aus Saloniki wird gemeldet, daß die provisorische Regierung die Juden der Jahressklassen 1913 bis 1915 unter Androhung ihrer Verhaftung aufgefordert habe, sich bis spätestens Mittwoch zu stellen.

Die Insurrektionsbewegung in Thessalien und im Epirus.

Bern, 25. Oktober. (W. Z. V.) Wie „Tempt“ meldet, beabsichtigen Thessalien und Epirus, sich der provisorischen Regierung in Saloniki anzuschließen. Die antivenizianischen Blätter führen aus, daß der Aufstand in den beiden Provinzen gegen die Grundbesitzer gerichtet sei und die Enteignung und die Verteilung des Bodens unter die Bauern, die seit langem über Unterdrückung klagen, bezwecke.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 24. Oktober. (W. Z. V.) Bericht des Generalstabes.

Mazedonische Front: Keine Veränderung in der Lage auf der ganzen Front. Zwischen Prespa-See und der Struma schwache Artillerietätigkeit. Ein feindlicher Vorstoß gegen das Dorf Larnova wurde gleich im Anfange aufgehalten. An der Strumafont lebhafteste Tätigkeit von Aufklärungsabteilungen und stellenweise Artilleriefeuer. In der Nähe des Megäischen Meeres beschloß ein feindlicher Kreuzer ergebnislos zwei Stunden lang den Golf von Keremli westlich der Westmündung. Der deutsche Flieger Leutnant v. Embezel (?) schloß nach einhalbstündigem Luftkampf bei Drama einen englischen Doppeldecker vom System Nieuport ab, dessen verwundeter Führer und unwundeter Beobachter gefangen genommen wurden.

Rumänische Front: In der Dobrudscha dauert die tatkräftige Verfolgung des in Ausflucht befindlichen Feindes an. Am 23. Oktober warfen die verbündeten Truppen auf ihrem rechten Flügel den Feind zurück und erreichten die Linie Dorf Karamurad—Dorf Dokugol. Unsere Kavallerie griff bei Iskiamtepe (Höhe 91) eine rumänische Brigade an und zerstörte bei dem Dorf Karamurad das russische Territorialbataillon Nr. 275, machte den Kommandanten der russischen Brigade zu Gefangenen und erbeutete eine Fahne und nahm ebenfalls den Kommandanten des russischen Bataillons und 800 Mann der 45. Infanteriedivision gefangen. Sie nahm nach einem erbitterten Kampf die Stadt Medjidie, wo eine große Menge Eisenbahnmateriale genommen wurde. Die Truppen des linken Flügels erreichten die Linie Medjidie—Höhe Hossuhug (Höhe 127)—Dorf Rasova. Der Feind erlitt schwere blutige Verluste. Am 23. Oktober wurden 51 Offiziere und mehr als 3200 Soldaten gefangen genommen, 4 Geschütze, 30 Maschinengewehre, 3 Minenwerfer, 5 Lokomotiven und 200 Eisenbahnwagen erbeutet. Vom 19. bis zum 23. Oktober erbeuteten die verbündeten Truppen eine Fahne und machten 75 Offiziere und 6693 Soldaten zu Gefangenen. Außerdem wurden noch 52 Maschinengewehre, 12 Geschütze, vier Minenwerfer, 5 Lokomotiven und 200 Eisenbahnwagen erbeutet. Längs der Donau stellenweise Artillerie- und Infanteriefeuer.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 24. Oktober. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht.

Zigrisfront: Außer dem üblichen, gegenseitigen Feuer und für uns glücklichen Scharmüheln kein wichtiges Ereignis.

Kaukasusfront: Auf dem rechten Flügel schlugen wir mit Verlusten für den Feind einen mit mehreren Kompagnien ausgeführten Angriff zurück. Auf dem linken Flügel erfolgreiche Scharmühel, bei denen wir eine Anzahl Gefangene machten.

Auf den anderen Fronten kein wichtiges Ereignis. In der Dobrudscha verfolgen unsere Truppen gemeinsam mit unseren Verbündeten weiter erfolgreich den geschlagenen Feind.

Der stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 24. Oktober nachmittags. (W. Z. V.) An der Sommersfront ziemlich heftiger Artilleriekampf in der Gegend von Blaches und Ablaincourt. Keine Infanterietätigkeit. Es ist nichts zu melden von übrigen Teile der Front. Orientarmee: Von der Strumafont ist nichts zu melden. Das Anschwellen des Flusses hinderte jede Truppenbewegung. In der Gegend des Dojran-Sees große Tätigkeit der beiden Artillerien. Die Engländer nahmen im Ablaincourt von Ratuslovo feindliche Gräben und machten an 20 Gefangene, alles Deutsche. Im Cerna-Bogen unternahm die Bulgaren neue Gegenangriffe, die aber im feindlichen Artilleriefeuer scheiterten. Die Serben griffen ihrerseits an und nahmen mehrere feindliche Gräben in einer Tiefe von ungefähr 800 Meter, wobei sie den Gegnern blutige Verluste zufügten. Fünfzig Gefangene blieben in ihren Händen. Auf unserem linken Flügel behindert das Wetter, das das Gelände aufweicht, die Kampfhandlungen.

Die Schlacht vor Verdun.

Zweiter Abschnitt.

3.

Die Vorbereitungen für eine so gewaltige Unternehmung nahmen naturgemäß einen längeren Zeitraum in Anspruch. Sie wurden dadurch wesentlich erleichtert, daß sie während der ungünstigsten Zeit des Jahres, in den strengsten Wintermonaten, zu bewirken waren, und daß uns für ihre Durchführung nur drei größere Anmarschstrahlen zu Gebote standen, welche natürlich bei der starken Inanspruchnahme und der Ungunst der Witterung außerhalb in den denkbar schlechtesten Zustand gerieten und ständiger, hingebender Ausbesserungsarbeit bedurften. Nach Abschluß der Vorarbeiten war der Beginn des Angriffs auf den 12. Februar in Aussicht genommen. Die Witterung war indessen in dieser Zeit derartig ungünstig, daß der Angriff von Tag zu Tag hinausgeschoben wurde, bis am 21. endlich die Witterungslage, obwohl noch immer recht fragwürdig, den Beginn der Kampfhandlungen gestattete. Diese wurden durch eine lebhafteste Feuerfähigkeit auf der ganzen Westfront einleitet. Während der Feind alle seine Offensiven durch ein mehrstündiges Trommelfeuer zu eröffnen pflegte, das an der Sonne sogar sieben Tage lang unsere Stellung mit einem Eisenortan überschüttete, begnügten wir uns mit einer 24stündigen Beschlebung, die nur in den letzten Stunden sich zum Trommelfeuer steigerte. Am Nachmittag des 21. Februar erfolgte auf der ganzen in Aussicht genommenen Offensivfront von der Maas nördlich Consenboye bis in die Gegend von Saanes der Angriff, der uns noch am selben Abend in den Besitz der gesamten feindlichen Stellungen erster Linie brachte.

So konnte der eigentliche Angriff am folgenden Tage schon von der vorderen feindlichen Linie aus erfolgen. Der 22. Februar brachte uns in den Besitz des stark ausgebauten Dorfes Baumont, des größten Teiles des Caures-Waldes und des Herbebois. Am 23. erfolgte unser Angriff, der sich durch ein mit allen modernen Hilfsmitteln der Feldbefestigungstechnik ausgebautem System von Gräben und Stützpunkten, zudem durch die von unserer Artillerie mächtig zerstörten Wälder hindurcharbeiten mußte, bereits die Linie Samogneux—Beaumont—Grémilly. Am 24. stieß der Angriff weit über die befohlenen Endziele vor und brachte uns wiederum namhaften Geländegewinn. Der 25. Februar wurde von entscheidender Bedeutung. Die allgemeine Linie, welche wir erreichten, wird durch die Dörfer Loubement und Bezonvaux gekennzeichnet. Ueber diese Linie hinaus stieß unser Angriff in der Mitte bis zur Panzerfeste Douaumont durch, welche von zwei Kompagnien des Infanterieregiments 24 genommen wurde, während unter Anlauf vor dem aufs stärkste besetzten und mit betonierten Unterständen und Zugangsstößen unterbauten Dorfe Douaumont zum Stehen kam. Nach mehrtägigen heftigen Kämpfen wurde am 2. März auch Dorf Douaumont genommen. Auf dem linken Flügel erreichte der Angriff der nördlichen Gruppe am 8. März das Dorf Saug und die südlich gelegene Panzerfeste; dieser Gewinn konnte allerdings noch nicht dauernd gehalten werden.

4.

Während die oben besprochene Gruppe von Angriffshandlungen von der Linie Consenboye—Saanes aus die Linie Champ—Douaumont gewann, richtete sich eine weitere selbständige Angriffshandlung von Etain, also von Nordosten her, auf die Höhe der Côte Porrairie in allgemeiner Richtung auf die nordöstliche Flanke des Fortgürtels. Der aus der West-Ebene andringenden Nordostgruppe schlug von den Höhen der Côte herab ein heftiges Artilleriefeuer entgegen und suchte ihr Vordringen zu hemmen. Trotzdem gelang es ihr, am 7. März die Franzosen aus Fresnes herauszuwerfen und am 9. März den Feuille-Wald und die Weinbergshöhe 251 nordöstlich Damloup zu nehmen. Seitdem hält sie den Fuß der Côte bis Esparges fest in Händen und hat ihren Besitz ein Vierteljahr später noch durch die Eroberung von Damloup erweitern können.

5.

Der erste große Vorstoß der Deutschen war sonach bis unmittelbar an den inneren Fortgürtel der Festung durchgedrungen und hatte die allgemeine Linie Champ—Douaumont—Feuille-Wald—Blanches—Combres erreicht. Dieser große Erfolg tief eine seiner Bedeutung entsprechende sehr erhebliche Gegenanstrengung des Feindes hervor. Etwa seit dem 26. Februar begann diese sich geltend zu machen. Während aber unser Angriff sich bis dahin auf das Düsenufer der Maas beschränkt hatte, nahm die feindliche Gegenwirkung von vornherein ihren Ausgangspunkt von beiden Maasufsern und machte sich ganz besonders in Gestalt einer Artillerieflankierung von dem bisher nicht in Mitleidenschaft gezogenen linken Maasufer geltend. Sollten wir die Errungenschaften auf dem rechten Maasufer behaupten, so ergab sich die Notwendigkeit, unseren Angriff auch auf das westliche Maasufer hinüber-

zutragen. Demnach beschränkten wir uns östlich der Maas für die nächste Zeit auf die Festhaltung und den Ausbau der gewonnenen Linie, und so nahm hier der Kampf zunächst wieder die alte Form des Stellungskrieges an. Auf dem linken Maasufer dagegen haben wir während der nächsten Monate bis gegen Ende Mai unseren Angriff in höchst vorwärtstenden Schritten, doch ununterbrochen vorwärts getragen. Im Nachfolgenden sollen zunächst die Kämpfe des linken Maasufers im Zusammenhang betrachtet werden.

Das Gelände stellt hier eine von den Argonnen her sich langsam zum Maasale abflachende Hochfläche dar, deren Erhebungen zum Teil von weiten Wäldern bedeckt, zum Teil völlig kahl und wasserlos sind. In den flachen Senkungen sind eine Anzahl Dörfer mit im wesentlichen soliden Steinbauten eingebettet. Die Wälder, die Höhen, die Dörfer boten der Verteidigung Stützpunkte, die mit allen Mitteln verstärkt worden waren und immer noch weiter verstärkt wurden. Der Kampf um diese Punkte bildet den eigentlichen Inhalt des mörderischen Ringens, das sich hier fast ohne Unterbrechung in den Monaten März, April und Mai abspielte. Ihre Wegnahme durch die Angreifer bringt indessen in die Kampfhandlung zwar gewisse Abschnitte, aber doch keine sehr deutlich sich abhebende Gliederung, da jeder Geländegewinn die Franzosen zu sofortigen wütenden Gegenangriffen veranlaßte, so daß Erfolg und Verlust hin und her schwankten. Mit diesem Vorbehalt seien im Nachstehenden die Hauptmomente unseres Fortschreitens hervorgehoben.

Zunächst gelang am 6. März der Maasübergang und die Einnahme der Dörfer Forges und Requiéville. Dann warfen sich unsere Truppen mit einer Rechtsabwehlung in die zusammenhängenden, hartnäckig verteidigten Dichtungen des Cumières- und Rabenwaldes hinein. Beide wurden bis zum 10. März geäußert und gegen stürmisch anrennende Gegenangriffe gehalten. Schon vier Tage später wurde die ganze, den Wäldern westlich vorgelagerte „Mort-Homme-Stellung“ genommen und trotz wütender Rückeroberungsversuche behauptet.

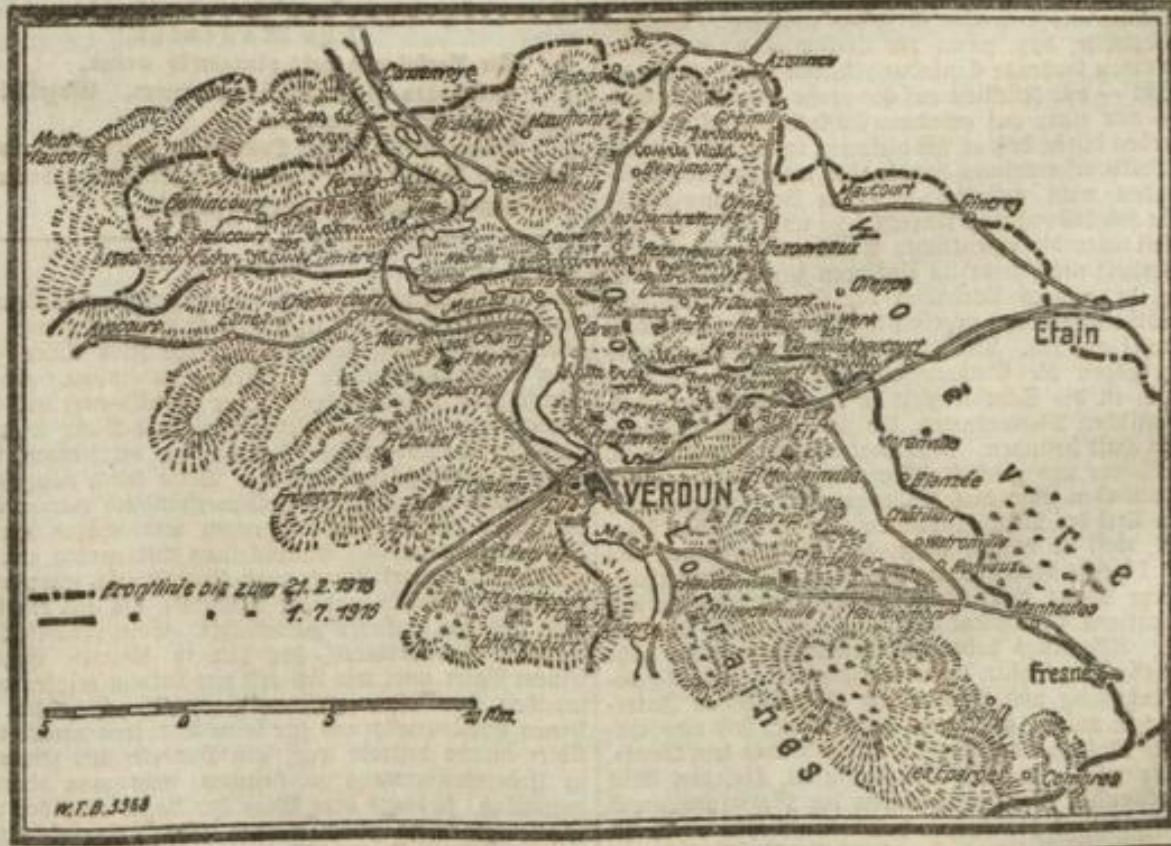
Und nun griff unser Vordringen noch weiter westlich um jene zusammenhängende Gruppe fester Stellungen herum, welche die Dörfer Véhincourt, Malancourt und Haucourt zu Stützpunkten und hinter ihrer Mitte die Höhe 804 zum Rückhalt hatten. Aus dem Gehölz von Malancourt, das schon seit Herbst 1914 in unserer Hand war, drangen unsere Truppen in den südlich vorgelagerten Wald von Avocourt ein und brachten ihn am 20. März fest in ihre Hand.

Durch die Erstürmung dieses Waldes war die vielberufene „Sackstellung“ entstanden, indem zwischen dessen Spitze und dem Nordwestspitze der Toten-Mann-Stellung noch ein weit in die deutschen Stellungen vorzpringendes Geländestück in Händen des Feindes geblieben war. Von diesem wurde ihm nun während des April in raschem Vordringen ein Fegen nach dem anderen entziffen. Am 30. März fiel der westliche Stützpunkt, das Dorf Malancourt, in unsere Hände. Am 5. April nahmen wir das einen südöstlichen Ausläufer von Malancourt bildende Dorf Haucourt und am 9. auch den rechten Hügelstützpunkt, das Dorf Véhincourt. Am gleichen Tage brachte ein Angriff bei der „Mort-Homme-Stellung“ auch die südöstliche Gruppe des auf der französischen Karte als „Mort-Homme“ bezeichneten Höhenrückens in unsere Hände und bereitete damit dem französischen Pressegegnä über die Frage, ob wir oder die Franzosen den Mort-Homme besäßen, ein Ende.

Alle gewonnenen Geländestücke mühten gegen heftige Gegenangriffe gehalten und im stärksten feindlichen Feuer ausgebaut werden.

Auch während des ganzen Monats Mai nahm das wechselvolle Ringen auf dem linken Maasufer ohne Ermatten seinen Fortgang. Die Ausräumung der „Sackstellung“ wurde in Schritten, durch kleinere Rückschläge nur vorübergehend unterbrochenem Vordringen zu Ende geführt. Den Mittelpunkt des fürchtbaren Ringens in diesem Monat bildete die berühmte Höhe 804. Abschnittsweise wurden zunächst ihre nördlichen, dann ihre westlichen, zuletzt am 21. Mai ihre östlichen Ausläufer gestürmt. Ostlich des „Toten Mannes“ ist am 23. Mai die Kammerrhöhe, die erstmals das Dorf Cumières war, gestürmt worden. Die an diesem Tage noch gefeierte Eroberung der Caurettes-Höhe und des ganzen Geländes von der Südlippe des „Toten Mannes“ bis zur Südspitze von Cumières konnte bis Ende Mai erzwungen werden.

Mit der Eroberung der Linie Wald von Avocourt—804—Toten Mann—Cumières hat unser Fortschreiten auf dem linken Maasufer zunächst sein Ende erreicht. Häufige Gegenstöße des Feindes, aus hier Teile des verlorenen Geländes wiederzugewinnen, sind fruchtlos geblieben. Das strategische Ziel der Kämpfe des linken Maasufers war erreicht. Die Planierung unserer auf dem rechten Ufer erlängtesten Stellungen war befristet und unser Angriff auch hier in einer einheitlichen Linie mit dem Vordringen rechts des Flusses bis an den unmittelbaren Bereich der permanenten Befestigungen vorwärtsgetragen worden. (W. Z. V.)



Flugdienst: An der Sommersfront beschloß ein französischer Flugzeug einen feindlichen Graben im Walde von St. Pierre—Baast mit dem Maschinengewehr. An der Verdunfront waren die französischen Flugzeuge trotz dichten Nebels tätig und lieferten an 20 Kämpfe. Drei deutsche Flugzeuge wurden infolge von Kämpfen, die sich zwischen zwei gegnerischen Gruppen abspielten, im Norden von Saanes, bei Denes und nördlich von Romagne abgeschossen. In der Gegend von Verdun stieg ein französischer Flieger bis auf 100 Meter vom Erdboden herab, um einen Flugzeugklappen anzuzünden und Automobile mit dem Maschinengewehr zu beschleßen. In Lothringen wurden zwei deutsche Flugzeuge gezwungen, mit Beschädigungen zu landen. Im Elsass schloß ein französisches Flugzeug ein Aviatikflugzeug bei Sennheim ab. Am 23. Oktober warfen drei französische Bombenwerfer drei großkalibrige Ge-

schosse auf den Bahnhof von Spincourt und an 20 auf Lager von Saanes. Vom 24. Oktober abends. (W. Z. V.) An der Front von Verdun wurde nach gründlicher Artillerievorbereitung der auf dem rechten Maasufer geplante Angriff um 11 Uhr 40 Min. angelegt. Die feindliche Linie, die auf einer Front von 7 Kilometer angegriffen wurde, ist überall durchbrochen, in der Mitte in einer Tiefe von 8 Kilometer. Dorf und Fort Douaumont sind in unserem Besitz. Auf dem linken Flügel haben sich unsere Truppen, über das Werk und das Gehölz Thiaumont vorgehend, des Steinbruchs von Quadromont bemächtigt und sich längs des Weges, der von Bras nach Douaumont führt, festgelegt. Auf dem rechten Flügel geht unsere Linie vom Fort nördlich des Caillette-Gehölzes längs des Waldrandes, westlich des Dorfes Saug, am Waldrand östlich des

Jumin-Gebölzes und dann weiter nördlich des Chenois-Gebölzes und der Batterie Damloup. Gefangene treffen ein. Die bisher festgestellte Zahl beträgt über 3500, darunter etwa 100 Offiziere. Das erbeutete Kriegsmaterial ist noch nicht festgelegt worden. Unsere Verluste sind gering.

Belgischer Heeresbericht: Von der belgischen Front ist nichts zu melden.

Die englische Meldung.

Vom 24. Oktober nachmittags. (B. Z. B.) Das Gesehen in der Umgegend von Burendcourt und Lesboeufs eroberte Gelände wurde vollständig gesichert. Die Truppen, die am Sonnabend 1000 Gefangene machten, verloren 1200 Mann.

Vom 24. Oktober abends. (B. Z. B.) Südlich der Ancre nichts zu melden außer zeitlichem feindlichen Beschäftigung. Auf diesem Kampfabschnitt machten wir gestern und heute 80 Gefangene.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 23. Oktober. (B. Z. B.) Westfront. Nördlich vom Flecken Sidy südlich vom Dreiwitz-See landete ein feindliches Flugzeug in unserem Lager. Feindliche Versuche, die Volburka, einen Nebenfluß des Styr, nördlich der Stadt Brody zu überschreiten, wurden durch unter Feuer abge schlagen. An der Karajowla in der Gegend von Swistsemit-Somorodny flaute der Kampf ab. Von der übrigen Front nichts Wichtiges zu melden.

Kaukasusfront. An der Front der Armee Feuergefecht und Erkundungen von Ausflüßern.

Rumänische Front. Nordostfront: In den Flußläufern des Trotus, des Pius und der Slaniga wurde der von den Rumänen angegriffene Feind gezwungen, sich ein wenig zurückzuziehen.

An der Grenze westlich der Moldau dauern die erbitterten, für die Rumänen glücklichen Kämpfe an.

Dobrudscha. Unter dem fortgesetzten Druck des Feindes weichen die russisch-rumänischen Truppen zurück, wobei sie erbitterten Widerstand leisten.

Vom 24. Oktober. (B. Z. B.) Westfront. Nichts Wichtiges zu melden.

Kaukasusfront. Nördlich des Ortes Jig, südlich des Wankes, wiesen unsere Abteilungen eine Horde Kurden ab und nahmen verschiedene Lebensmittel und über 400 Stück Vieh.

Rumänische Front. An der Nordwestfront bleibt der Feind im Tale des Trotusflusses untätig. Auf der Front vom Dugoufflu bis Brona-Kimholung Artilleriekampf. Wir wiesen durch Feuer einen feindlichen Angriff in der Gegend von Orsova ab.

Dobrudschafront. Unter dem Druck des Gegners weichen die rumänischen und unsere Truppen gegen die Höhen nördlich Constanza und Redzida zurück, wobei sie aber den feindlichen Angriff behinderten. Der Feind besetzte die beiden genannten Orte.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 24. Oktober. (B. Z. B.) Längs der ganzen Front Artillerietätigkeit, mehr heftige auf der Hochfläche von Schleggen, im Engadinerale am Oberlauf des Vanoibaches (Gismon) und des Feltzouflusses (Boite) in der Gegend von Plava (mittlerer Nonzo) und auf dem Karfi. Das heitere Wetter begünstigte die Lufttätigkeit. Ein feindliches Flugzeug wurde von einem unserer Piloten getroffen und stürzte in Flammen bei Viglia, südlich von Görz, ab. Feindliche Wasserflugzeuge warfen Bomben auf die Lagune von Caorla an der Mündung des Tagliamento; kein Sachschaden. Ein französischer Pilot, der zu einem unserer Fluggeschwader gehörte, flog zur Verfolgung auf und schob ein feindliches Wasserflugzeug ab.

Rom, 25. Oktober. (B. Z. B.) Amtliche Meldung. Am 23. Oktober machten Geschwader von Wasserflugzeugen und italienische und französische Piloten einen erfolgreichen Angriff auf die Westküste von Kreta, bei dem sie Bomben auf die militärischen Werke von Solvora Imago und Gitta Nuova abwarfen. Alle Flugzeuge sind unverletzt zu ihren Ausgangspunkten zurückgekehrt. Gleichzeitig wurde ein Geschwader feindlicher Wasserflugzeuge, das Bomben auf die Häuser von Caorla warf, von französischen Piloten angegriffen und in die Flucht gezwungen. Es gelang den französischen Piloten, alle feindlichen Apparate einzuholen, deren einen man umschlugen und mit einem verwundeten Beobachter abstürzen ließ, während ein zweiter über der Lagune von Vaselesse niederfiel. Der schwerverwundete Beobachter und der Führer letzteren Apparats wurden zu Gefangenen gemacht. Die französischen Flugzeuge erlitten keinen Schaden.

Der rumänische Bericht.

Vom 24. Oktober. (B. Z. B.) Nord- und Nordwestfront: Bei Pulges, Wica und im Trostale ist die Lage unverändert. Im Usulale wurde der Feind westlich von Galrin Hual zurückgeworfen. Der Kampf dauert mit Heftigkeit fort. Bei Dilia griffen wir die ganze Front an und nahmen 10 Offiziere, 300 Soldaten gefangen und erbeuteten 10 Maschinengewehre. Bei Branca leichte Gefechtsstätigkeit, in deren Verlauf wir ein Maschinengewehr erbeuteten. Im Vucutale Artilleriekampf. Bei Tabaoski Ruhe. Bei Bralocca und Predelus anhaltendes Artilleriefeuer. Bei Predal unternahm der Feind drei Angriffe. Der Kampf dauert an. An der Grenze nördlich der Gegend von Dragoslavle heftiger feindlicher Angriff, unsere Truppen halten ihre Stellungen. Im Mittale griffen wir den Feind an und warfen ihn auf das linke Ufer zurück. Im Nustale heftige Angriffe der Feinde, die leichte Fortschritte machten. Bei Orsova wiesen wir einen feindlichen Angriff zurück.

Südfront: An der Donau beiderseitige Feuerstätigkeit. Dobrudscha: Die Angriffe des Feindes dauern an. Unser linker Flügel wurde gezwungen, sich gegen Caramurat zurückzuziehen. Constanza wurde vom Feinde besetzt.

Die Fliegertätigkeit an der Somme.

Berlin, 25. Oktober. (B. Z. B.) Die Fliegertätigkeit an der Somme war am 23. Oktober bei klarem Wetter äußerst reger. Die deutschen Flugzeuge führten an diesem Frontabschnitt allein über 500 Flüge aus. In 209 Luftkämpfen wurde der Gegner an diesem Tage angegriffen und allein im Sommerabschnitt der Abgang von 16 Flugzeugen einwandfrei festgestellt. Eine weitere Anzahl feindlicher Flugzeuge mußte hinter ihrer Front notlanden. Von den an der Westfront vom 22. Oktober im ganzen abgeschossenen 22 Flugzeugen sind 11 in deutschem Besitz. Deutsche Flieger griffen Truppenlager und Kolonnen mit Bomben und Maschinengewehren an und beschossen aus niedriger Höhe mit Maschinengewehren feindliche Schützengräben. In der Nacht vom 20. zum 21. Oktober warfen deutsche Fluggeschwader mehrere tausend Molotow-Bomben auf den Bahnhof Longueau bei Amiens, die Munitionslager Gerich, Marcelcove und auf das Lager Broch an der Somme. Der Bahnhof von Longueau geriet in Brand, und es erfolgte eine Reihe von Explosionen, die anscheinend von Munitionszügen herrührten. Ein gewaltiger Feuerchein war noch lange nach dem Angriff sichtbar. In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober haben deutsche Geschwader mehrere tausend Molotow-Bomben mit starker Wirkung auf den Bahnhof Montdidier, auf Truppenlager und Munitionsmagazine bei Wencourt, Chaiguelles, Fardonnieres und Prohart, sowie auf die zur Front marschierenden Kolonnen abgeworfen.

Die Luftkämpfe an der skandinavischen Küste.

London, 24. Oktober. (B. Z. B.) [Neuermeldung.] Amtlich. Gestern nachmittags griff ein Marineflugzeug vier feindliche Wasserflugzeuge bei Drenthe an, zerstörte eins vollständig und vertrieb die anderen.

Die Wolffs Telegraphen-Bureau von zuständiger Stelle erfährt, ist bei dem Luftkampf vor Ostende am 23. nachmittags, über den die gestrige amtliche Bekanntmachung des Admiralsstabes nähere Einzel-

heiten mitteilte, kein deutsches Wasserflugzeug zerstört, wohl aber ein englisches Flugboot abgeschossen worden.

Vom U-Boot-Krieg.

Kopenhagen, 24. Oktober. (B. Z. B.) Meldung des Rikshauschen Bureaus. Nach einem Telegramm an die kleine Dampfschiffsgesellschaft „Helmbal“ ist der Dampfer „Helga“ (1182 Tonnen) von einem deutschen U-Boot versenkt worden. Die Besatzung ist in Breit gelandet worden. Die „Helga“ war mit Korkabfall von Wjfabon nach Dunde in Schottland unterwegs.

Bern, 24. Oktober. (B. Z. B.) „Temp“ zufolge ist der englische Dampfer „Bombasse“ versenkt worden. Die Besatzung, 101 Mann und 21 Fahrgäste, wurden gerettet.

Amsterdam, 24. Oktober. (B. Z. B.) Die „Lloyd“ melden, sind die britischen Dampfer „Cluden“ und „M. Harlese“ gesunken.

Kristiania, 23. Oktober. (B. Z. B.) Der Dampfer „Ull“ ist am Sonnabend nahe der englischen Küste versenkt worden. Der Dampfer „Alig“, auf der Reise zwischen England und Frankreich, ist versenkt worden. Die Besatzung wurde gerettet. Eine von Vardö an „Kistenposten“ telegraphierte Meldung, daß ein russisches Wachtschiff versenkt worden sein sollte, hat sich bestätigt. Es soll das armierte Schiff „Koljussej“ sein.

Amsterdam, 24. Oktober. (B. Z. B.) Nach einer Lloydmeldung ist der schwedische Schoner „Lena“ am 20. Oktober in der Nordsee von einem deutschen Unterseeboot in Brand gesteckt worden. Der Kapitän und 7 Mann sind gelandet. Am 22. Oktober ist eine norwegische Barke vom Feinde angezündet worden. Die Mannschaften beider Schiffe sind gelandet.

Christiania, 24. Oktober. (B. Z. B.) Mit dem Dampfer „Vindensid“ sind die Besatzungen der schwedischen Barke „Antoinette“ und der norwegischen Brigg „Theodor“ hier eingetroffen. Beide Schiffe sind am Sonnabend in der Nordsee von einem deutschen U-Boot in Brand gesteckt worden. Sie hatten Oddeborg am Dienstag mit der Bestimmung nach England verlassen.

Sarpsborg, 24. Oktober. (B. Z. B.) Der norwegische Dampfer „St. Olav“, der heute von England hier angekommen ist, berichtet, daß er in der Nordsee mehreren brennenden Wracks begegnet sei. Man habe beobachtet, wie ein U-Boot auf einen großen mit Holz beladenen Dampfer zusteuerte. Auch der „St. Olav“ habe den Befehl erhalten, zu stoppen, habe sich aber retten können.

Kristiania, 25. Oktober. (B. Z. B.) Der norwegische Konsul in Algier hat telegraphiert, daß der Dampfer „Ravn“ am 22. Oktober bei Tunis versenkt worden sei. Die Besatzung ist gerettet worden und befindet sich auf dem Heimwege. Der Dampfer „Ravn“ war in Kristiania beheimatet.

Kristiania, 25. Oktober. (B. Z. B.) Die norwegische Gesandtschaft in Paris berichtet, daß der Dampfer „Venus“ aus Bergen vor Brest versenkt worden ist. Von der Besatzung sind vierzehn Mann gerettet worden.

Kristiania, 25. Oktober. (B. Z. B.) Der Kapitän des Dampfers „Edam“ hat seiner Reederei telegraphiert, daß der Dampfer nicht nach Emden aufgebracht, sondern in der Nordsee versenkt worden ist. Die Mannschaft ist dagegen wahrscheinlich von dem Unterseeboot nach Emden gebracht worden.

London, 25. Oktober. (B. Z. B.) Lloyd meldet: Der englische Dampfer „Tramfield“ wurde versenkt. Acht Mann der Besatzung werden vermißt.

Norwegische Schiffsverkehrsverlegenheiten.

Kristiania, 24. Oktober. (B. Z. B.) Aufser den gestern gemeldeten versenkten Schiffen sind letzte Nacht weitere Nachrichten über die Versenkung einer Reihe norwegischer Dampfer und Segelschiffe vor der norwegischen Küste, in der Nordsee wie im Eismeer eingelaufen, so daß in den letzten zwei Tagen, soweit vorläufig bekannt geworden ist, zwölf norwegische Schiffe infolge des Handelskrieges verlorengegangen sind, seit dem 1. Oktober somit zwanzig Dampfer, deren Schicksal bekannt geworden ist, wozu zwei Schiffe kommen, deren Versenkung im Eismeer zwar verläutet, aber noch nicht bestätigt worden ist. Hierzu kommt der Verlust von acht Segelschiffen, von denen zwei, nämlich „Edam“ (2881 Tonnen, kriegsversichert für 1780 000 Kronen), und „Heldt“ (957 Tonnen, kriegsversichert für 600 000 Kronen), von deutschen Seestreitkräften in der Nordsee beschlagnahmt und nach einem deutschen Hafen aufgebracht worden sind. Die norwegische Kriegsversicherung, an der sämtliche Reederei beteiligt sind, erleidet mit diesen Schiffen allein einen Gesamtverlust von über 5 1/2 Millionen Kronen, weshalb sie ihre Prämien wesentlich erhöhen muß, was auch private Risiko-Versicherungsgesellschaften bereits getan haben und auch die norwegische Warenkriegsversicherung beabsichtigt, vor allem für das Mittelmeer und die Nordsee.

Gleichzeitig mit der Massenversenkung norwegischer Schiffe trifft hier die Bestätigung der bereits bekanntgewordenen Nachricht ein, daß England beschlossen habe, die aus englischen Werften für ausländische Rechnung bestellten Schiffe zurückzuhalten und entweder an englische Reederei zu verkaufen oder von der Regierung selbst beschlagnahmt zu lassen. Hierzu kommt die noch schlimmere Drohherrschaft, daß Amerika ein Ausfuhrverbot für Schiffe beabsichtige, was zwar auf eine Anfrage von „Vorgensbladet“ das Auswärtige Amt nicht bestätigen konnte, aber in Reedereikreisen für durchaus möglich gehalten wird. Da norwegische Reedereien für angeblich bis zu 500 Millionen Kronen neue Schiffe im Ausland bestellt haben, davon den größten Teil gerade in Amerika und England, verfehlen diese Nachrichten in Verbindung mit den zahlreichen gegenwärtigen Versenkungen nicht, in hiesigen Schiffsbaukreisen großes Aufsehen zu erregen. Bestätigen sich diese vorläufig durch die Presse gemeldeten Nachrichten, so ergibt sich für Norwegen die Notwendigkeit, in seinem Bezug von Schiffsbau material allein auf Deutschland angewiesen zu sein, das heißt auf das Land, dem es auf englischen Druck hin gerade jetzt den Bezug norwegischer Fährerzeugnisse bis auf gänzlich ungenügende Mengen zu versagen versucht.

Kristiania, 24. Oktober. (B. Z. B.) Auch die hiesigen Abendblätter beschäftigen sich wieder mit dem deutsch-norwegischen Verhältnis.

„Sozialdemokraten“ schreibt in einem sehr bemerkenswerten Artikel, nach den Massenverlusten norwegischer Schiffe unmittelbar vor der norwegischen Seegebietsgrenze zu schließen, habe offenbar das U-Bootverbot die Lage für die norwegische Schifffahrt nicht gebessert. Zwar sei die norwegische U-Bootversicherung völkerrechtlich zweifellos berechtigt, sie hätte aber in der Form glücklicher sein können. Der dreifache Schlag ans Schwert wäre besser unterblieben, denn das habe herausfordernd wirken müssen, ohne die Achtung für das keine Norwegen zu vermehren. Die Regierung sollte bei ähnlichen Fällen sich damit begnügen, im Namen des Rechts und der Moral einen klaren und deutlichen Einspruch zu erheben. Für Norwegen würde es nur lächerlich, Macht gegen Macht zu setzen. So ernst die Lage infolge der deutschen Protektion sei, könne man doch annehmen, daß die nächsten Tage schon eine Entspannung bringen würden. Ueber die an Deutschland zu erzielende Antwort, die heute in der Ministerkonferenz beraten wird, liegt vorläufig noch kein Anhaltspunkt vor.

Deutscher Vorschlag an Spanien.

Wie offiziös verlautet, hat die deutsche Regierung, um der spanischen entgegenzukommen, in Madrid folgenden Vorschlag unterbreiten lassen: Die spanischen Frachtschiffe, die nach England und Frankreich bestimmt sind, sollen von unseren Unterseebooten nicht angegriffen

werden, falls eine gleiche Anzahl von spanischen Frachtschiffen auch nach Deutschland durchgelassen wird. Man glaubt, auf eine zusage Antwort seitens der spanischen Regierung rechnen zu können. (2)

Austausch der deutschen und englischen Zivilgefangenen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt über den Austausch deutscher und englischer Zivilgefangenen:

Wie in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 17. September d. J. mitgeteilt worden ist, hatte die deutsche Regierung der britischen Regierung die Freilassung und Heimüberführung aller beiderseits internierten Zivilpersonen vorgeschlagen, und zwar mit der Maßgabe, daß diese Personen nach ihrer Rückkehr nicht in die Streitmacht eingeeilt werden dürfen.

Die britische Regierung hat diesen Vorschlag nicht angenommen, obwohl durch den Verzicht auf die Einstellung der beteiligten Personen in das Heer der einzige Grund für deren Festhaltung in Wegfall gekommen wäre. Die britische Regierung hat auch dem ihr in zweiter Linie vorgeschlagenen ausnahmslosen Austausch der beiderseitigen, über 45 Jahre alten Zivilgefangenen nur mit dem Vorbehalt zugestimmt, daß es beiden Seiten freistehen solle, bis zu 20 Personen des erwähnten Alters aus militärischen Gründen festzuhalten. So wenig diese Einschränkung erwünscht erscheint, hat sich doch die deutsche Regierung, um das Abkommen nicht zum Scheitern zu bringen, entschlossen, auf diese von der britischen Regierung gestellte Bedingung einzugehen. Somit werden, abgesehen von den hiernach aus militärischen Gründen beiderseits zurückzubehaltenden Personen, die im britischen Reich mit Einschluß der britischen Kolonien und Besitzungen festgehaltenen deutschen und die in Deutschland festgehaltenen englischen über 45 Jahre alten Zivilgefangenen sowie die zurzeit noch nicht 45 Jahre alten beiderseitigen Zivilgefangenen, sobald sie die Altersgrenze erlangen, entlassen werden.

Die Einzelheiten darüber, wann und in welcher Weise die Heimkehr der unter das Abkommen fallenden Personen erfolgen soll, stehen noch nicht fest.

Eine italienische Sozialistenkonferenz.

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird unter dem 24. Oktober aus Lugano telegraphisch gemeldet:

In einem Saale des Abgeordnetenhauses werden morgen in Rom die sozialistischen Abgeordneten, die Vertreter der sozialistischen Parteileitung sowie die sozialistischen Gemeindeverwaltungen und der Genossenschaften zu einer mehrteiligen Konferenz zusammentreten, um, wie die „Tribuna“ erfährt, einen Beschluß zu fassen, durch den die Regierung zur sofortigen Einberufung der Kammer aufgefordert werden soll, um dem Lande ihre Kriegsziele mitzuteilen. „Tribuna“ fügt hinzu, es sei bekannt, daß Briand auf Einladung der französischen Sozialisten zugesagt habe, binnen kurzem in der französischen Kammer eine neue Erklärung über die Kriegsziele abzugeben, und daß eine fast gleichlautende Erklärung von Asquith im Unterhause abgegeben werden wird. Sollte mithin der Beschluß der italienischen Sozialisten Erfolg haben, so werde der Zusammenritt der Kammer eine besondere Bedeutung erlangen. Die Sozialisten beabsichtigen, die Regierung zu klaren und bestimmten Erklärungen über die Kriegsziele zu veranlassen, um erste Grundlagen für einen baldigen Friedensschluß zu gewinnen.

Friedensbewegung in den englischen Industriezentren.

Laut „Times“ vom 13. Oktober erklärte in der Unterhausung vom 12. Oktober das liberale Mitglied Dalziel: Es wäre ein Fehler, wollte das Haus die Augen vor der Tatsache verschließen, daß in den großen Industriezentren Woche für Woche mächtige Massenversammlungen abgehalten worden sind, in denen die Friedensgedanken mit stürmischem Beifall aufgenommen wurden. Diese Stimmung ist besonders durch den Umstand verstärkt worden, daß die einen in Kriege alles opfern, und die anderen durch ihr reich werden. Für diesen Stand der Dinge ist die Regierung gutenteils verantwortlich. Die Regierung hätte erstens die wilde Profitmacherei verhindern müssen, und zweitens hätten die Minister durch häufige Reden ihre Wähler über den Gang des Krieges aufzuklären und so der Verbreitung der Friedensideen entgegenwirken sollen.

Protopopows Audienz beim Zaren.

Die Rückkehr des Ministers Protopopow aus dem Hauptquartier im Anschluß an die Berichte über die Konferenz mit dem Zaren erregt laut einem Stockholmer Telegramm des „Berliner Tageblatt“ das größte Aufsehen in Petersburg. Dem „Ruhige Slowo“ zufolge soll ihn der Zar sehr herzlich empfangen haben. In der langen Audienz berichtete Protopopow über seine bevorstehenden Erklärungen in der Duma, ferner über die Lebensmittelfrage. Der Zar gab ihm weitgehendste Vollmacht zur Regelung der Lebensmittelfrage in Petersburg und Moskau. Die Lebensmittelfrage soll ferner der Zuständigkeit der bis her damit beauftragten Zivilbehörden entzogen werden und einer besonderen Behörde übertragen werden. Protopopow würde im Grunde diesem Amt die Direktiven geben. Der Zar beauftragte ihn ferner mit der Ausarbeitung einer Darlegung darüber, mit welchen Mitteln man die Lebensmittelfrage reorganisieren könnte. Protopopow beabsichtigt, zur Ordnung dieser Frage Verhandlungen mit Duma- und Reichsratsmitgliedern einzuleiten. Da er selbst Dumamitglied ist, so verhielt er Protopopow dem Zaren, werde es ihm gelingen, die Duma der Regierung zu nähern. Als Zeichen eines Entgegenkommens bringt Protopopow das Angebot mit, daß das Schicksal der fünf nach Sibirien verschifften (sozialdemokratischen) Dumamitglieder erleichtert werden soll. Ferner unterhielt sich Protopopow mit dem Zaren über finanzielle und politische Fragen. Nach Protopopow wäre die Ordnung der Finanzfrage nur mit Hilfe der Banken möglich, denen gegenüber die Regierung eine ganz objektive Stellung einnehmen solle. Das Hauptthema der politischen Erörterung war die Polenfrage, wobei Protopopow sich stürmischer Anschauung angeschlossen, daß die Verwirklichung des Polenautreffes ungeeignet sei. Schließlich genehmigte der Zar Protopopows Vorschlag über die Verlängerung der Wählfristsdauer der Dumamandate. Dieser Tage soll Protopopow mit dem Ministerpräsidenten und dem Justizminister eine Besprechung haben wegen Änderung des Schicksals einer gewissen Kategorie politischer Verurteilter, vor allem der im Ausland weilenden.

Petersburg, 25. Oktober. (B. Z. B.) Der Minister des Innern Protopopow hat zur Eröffnung der Duma einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der auf folgender Grundlage die Selbstverwaltung der Gemeinden reformieren soll:

1. Ausdehnung der Rechte und der Zuständigkeit der Gemeindevorständen.
2. Ausdehnung des Wahlrechts.
3. Teilnahme der Frauen an den Wahlen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung im städtischen Osthafen.

Die im Berliner Osthafen beschäftigten Speicherarbeiter, Kranführer, Wärter, Eisenbahnarbeiter und Frauen, meist im Deutschen Transportarbeiterverband organisiert, hielten eine gut besuchte Versammlung ab, um den Bericht über die Verhandlungen mit der Hafendeputation betreffs Lohn-erhöhungen entgegen zu nehmen. Wie der Sektionsleiter Bartwig ausführte, soll eine zufriedenstellende Lohnzulage gewährt werden, wie solche in den anderen städtischen Betrieben bereits zur Durch-führung gelangt sei. Solche Löhne, wie in den Privat-speichern gezahlt würden, könnten jedoch im Osthafen nicht eingeführt werden. Der Direktor habe erklärt, daß eine Erhöhung der Löhne notwendig sei und das Versprechen gegeben, eine solche in der Deputation zu beschleunigen, soweit er dazu in der Lage sei. In der Diskussion beachteten sich die Redner bitter darüber, daß man schon vor Jahren an hoher Stelle ausgesprochen habe, daß Gemeinde- und Staatsbetriebe Musterbetriebe sein sollten. Hier am Osthafen treffe das Gegenteil zu. Während die Speicherarbeiter in den Privatbetrieben einen Stundenlohn von 90 bis 95 Pf. bezögen, betrage dieser im Osthafen — zu-züglich Feuerzulage von 18 bis 20 M. monatlich — kaum 75 Pf. die Stunde. Die Frauen führten Klage, daß sie bei zehn-stündiger Arbeitszeit nur einen Lohn von 3,50 M. erhielten, damit könnten sie bei den hohen Lebensmittelpreisen nicht auskommen. Die Kranführer seien meist gelernte Arbeiter. Sie müßten mit einem Lohn von 4,50 bis 5 M. den Tag ihre Familie kümmerlich zu ernähren. Seit 1/4 Jahren hofften alle Arbeiter vergebens auf angemessene Lohnzulage, statt dessen sei eine Verschlechterung eingetreten. Die Lebensmittel würden ihnen selbst nicht mehr wie früher zum Einkaufspreis geliefert. Das Mindeste sei, ihnen wenigstens die Kartoffeln zum Einkaufspreis zu überlassen.

Unzweideutig kam zum allgemeinen Ausdruck, daß die Nacht-arbeit zu verweigern sei, und wenn nicht anders, man sich lohnendere Arbeit suchen müsse, wenn nicht in kurzer Zeit eine namhafte Lohnerrhöhung erfolge.

Die Kommission wurde beauftragt, wiederholt bei der Hafendeputation vorstellig zu werden.

Deutsches Reich.

Die Vergarbeiterlöhne.

Die amtliche preussische Lohnstatistik, die auf eine Eingabe der gewerkschaftlichen Vergarbeiterorganisationen jetzt vom 1. April 1915 bis zum 30. Juni 1916 im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht ist, gibt im Vergleich zu den gleichen Zeiträumen der Jahre 1913 und 1914 folgendes Bild:

	Gesamt-zahl der Arbeiter	Gesamt-lohnsumme M.	Wiertel-jahrs-lohn pro Arbeiter M.	Schichten-zahl pro Arbeiter
2. Quartal 1913	728 766	288 279 590	398	88
2. „ 1914	767 177	269 826 862	352	78—77
2. „ 1915	532 897	203 941 028	383	78—80
2. „ 1916	567 794	255 294 736	450	71—84

In der Gesamtzahl der Arbeiter bei der Berechnung der Lohnsummen sind die Gefangenen außer Anlaß geblieben. Außerordentlich stark ist die Beschäftigung der Jugendlichen und der Arbeiterinnen gestiegen. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter betrug im 2. Viertel-jahr 1914 31 290, im 2. Vierteljahr 1916 dagegen 44 524. Arbeiterinnen waren beschäftigt im 2. Vierteljahr 1914 7205; im 2. Vierteljahr 1916 31 010. Der Durchschnittslohn betrug im

2. Quartal 1916 gegen die gleiche Zeit 1913 pro Vierteljahr um Arbeiter 52 M. oder 13,1 Proz. mehr, gegen 1914 98 M. oder 21,7 Proz. mehr.

Berechnet man nach obiger Aufstellung den durchschnittlichen Schichtlohn, so ergibt sich folgende Skala:

2. Quartal	1913	1914	1915	1916
2. Quartal	4,78 M.	4,49	4,74	5,52

Das ist eine Lohnsteigerung im 2. Quartal 1916 gegen 1913 um 15,5 Proz., gegen 1914 um 18,6 Proz. und gegen 1915 eine solche um 14,1 Proz.

Die Steigerungen sind in den einzelnen Berggebieten und Arbeiterkategorien äußerst schwankend.

Das zeigt folgende Aufstellung der Durchschnittslöhne:

	Gesamt-belegschaft		Hauer und Lezhauer		Sonstige Vergarbeiter	
	2. Viertel-jahr 1914/1916	Steigerung in Proz.	2. Viertel-jahr 1914/1916	Steigerung in Proz.	2. Viertel-jahr 1914/1916	Steigerung in Proz.
Ruhrgebiet	5,22	6,28	20,3	6,19	8,05	30,0
Ober-Sachsen	3,65	4,44	21,6	4,87	6,62	35,9
Nieder-Sachsen	3,49	4,04	15,8	3,93	4,75	20,9
Saargebiet	4,42	4,96	12,2	5,08	6,08	19,3
Kärntner Revier	4,80	5,40	12,5	5,43	6,73	23,9
Niederrheinl. Stein-lohlenbergbau	5,49	6,52	18,8	6,14	7,92	29,0
Haller Braunkohlen-bergbau	3,74	4,28	14,4	4,17	5,17	24,0
Sächs. Braunkohlen-bergbau	4,25	5,06	19,1	4,65	5,90	26,9
Haller Salzbergbau	4,20	4,67	11,2	4,72	5,63	19,8
Clausthaler Salzbergb.	4,39	4,67	6,4	4,98	5,76	15,7
Mansfelder Erzbergb.	3,66	4,80	31,1	3,88	5,76	50,6
Oberharzer Erzbergb.	3,55	5,16	45,4	4,18	6,72	62,7
Siegener Erzbergbau	4,40	5,29	20,2	5,03	6,48	27,8
Rastau-Bezl. Erzbergb.	3,52	4,32	22,7	3,70	4,66	25,9
Rechtsh. Erzbergbau	3,97	4,91	23,7	4,50	5,85	30,0
Sächs. Erzbergbau	3,84	4,01	20,1	3,69	4,46	20,9

Daraus ist ersichtlich, daß die Lohnerrhöhungen zwischen 6,4 und 62,7 Prozent sich bewegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die höchsten Lohnerrhöhungen dort zu verzeichnen sind, wo die Löhne bisher am niedrigsten waren, wie besonders im Harzer und Mansfelder Erzbergbau. Dieser heisst jetzt äußerst hohe Gewinne ein. Es ist aber zu bedenken, daß es nur ein kleiner Bruchteil der Vergarbeiter ist, die von einer zureichenden Lohnsteigerung betroffen sind, bei der großen Mehrzahl ist sie gegenüber der verteuerten Lebenshaltung unzureichend.

Ausland.

Ein Arbeiterschutzgesetz für das Bäckergewerbe in der Schweiz.

Unter Mitwirkung von Arbeiter- und Konsumvereinsvertretern ist im Kanton Zürich ein Gesetz zum Schutze der Gehilfen und Lehrlinge im Bäckerei- und Konditoreigewerbe ausgearbeitet und kürzlich von der Regierung dem Kantonsrat vorgelegt worden. Das 13 Paragraphen umfassende Gesetz erstreckt sich auch auf Bäckereien und Konditorien, die in Verbindung mit Hotels oder Wirtschaften betrieben werden und es bestimmt sodann im wesentlichen weiter: Für Gehilfen und Lehrlinge, die Kost und Wohnung nicht beim Unternehmer haben, beträgt die normale tägliche Arbeitszeit, das Ausstragen von Waren inbegriffen, 10 1/2, wenn im Geschäft Kost und Logis 12 Stunden einschließlich der Essenszeit. Den Gehilfen und

Lehrlingen ist mindestens je der dritte Sonntag freizugeben, in den Wochen ohne solchen je ein halber Werktag. An Stelle der einzelnen Feiertage kann vierteljährlich ein entsprechender zusammenhängender Urlaub erteilt werden. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses hat der Arbeitgeber dem Arbeiter den Lohn für die freien Tage, auf die er noch Anspruch hätte, auszubehalten. Die Gemeinderäte sind be-fugt, bei außerordentlichen Anlässen Ausnahmen von der gesetzlichen Arbeitszeit zu bewilligen und ist für die Ueberstunden ein Lohn-zuschlag von 30 Proz. zu bezahlen. In der Zeit vom 1. April bis 30. September darf die Arbeit in den Bäckereien nicht vor 3 Uhr morgens, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März nicht vor 4 Uhr morgens beginnen. Die Vorbereitungsarbeiten für den folgenden Tag müssen spätestens um 9 Uhr abends vollendet sein. Das dürfte eine sechs- bis siebenstündige Nachtruhe bedeuten. An den Tagen unmittelbar vor hohen Festtagen darf die Arbeitszeit auf 16 Stunden, an den Werktagen der zweiten Hälfte des Monats Dezember und der dem Ostermontag vorangehenden Woche auf 11 1/2 Stunden ausgedehnt werden. Am Karfreitag, Ostermontag, Pfingst-sonntag, Vortag und ersten Weihnachtstag ist die gewerbliche Arbeit in den Bäckereien ganz unterliegt, an den übrigen öffentlichen Ruhetagen einschließlich Ostermontag, Pfingstmontag und zweiten Weih-nachtstag ist sie während höchstens sieben Stunden, wovon eine Stunde abends, gestattet; sie muß aber in der Sommerzeit vom 1. April bis 30. September um 9 Uhr, in der Winterzeit vom 1. Oktober bis 31. März um 10 Uhr vormittags beendigt sein. Die Vorbereitungs-arbeiten für den folgenden Tag dürfen höchstens eine Stunde be-tragen, dürfen nicht vor 7 Uhr abends beginnen und müssen um 9 Uhr abends beendigt sein. Diese Bestimmungen gelten auch für den Geschäftsinhaber selbst und seine Familienangehörigen. Für die Konditorien wird speziell bestimmt, daß die Herstellung und das Ausstragen von Konditoreiwaren an allen öffentlichen Ruhetagen von 6 Uhr morgens bis 12 Uhr mittags gestattet ist. Von da an darf nur noch ein Gehilfe zu beschränkter Arbeitsleistung, die als Ueber-zeitarbeit zu einschlagen ist, verwendet werden. Die Uebertretung des Gesetzes wird mit Vollzeibüße von 5 bis 200 Fr. bedroht. Das Gesetz ist in allen in Betracht kommenden Betrieben in Plakatform an leicht sichtbarer Stelle anzubringen.

Dieser schweizerische Arbeiterschutz zum Schutze der Bäckerei-arbeiter geht in verschiedenen Beziehungen, so mit der 10 1/2 stündigen täglichen Arbeitszeit und der Bezahlung von Ueberstunden mit 30 Proz. Zuschlag zum normalen Arbeitslohn, weiter als der gleiche Arbeiterschutz des deutschen Reichs vom September 1915, aber dafür bleibt er hinter diesem bezüglich der Nachtruhe zurück, die er auf nur 6—7 Stunden beschränkt gegen 8—9 Stunden im deutschen Entwurf. Nach der Verordnung des deutschen Bundes-rates vom 29. Mai 1916 beträgt die Nachtruhe 12 Stunden von abends 7 Uhr bis morgens 7 Uhr, wobei es ebenfalls ganz gut geht.

Die organisierten Bäckergehilfen in der Schweiz nehmen gegen-über dem Arbeiterschutz der Züricher Regierung einen ablehnenden Standpunkt ein und ihr Organ, die „Solidarität“, weist ihn ent-schieden zurück, namentlich wegen der zugelassenen Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit bis zu 16 Stunden. Wird der Entwurf im Kantonsrat nicht wesentlich verbessert, so wird die Arbeiterschaft das Gesetz in der Volksabstimmung verwerfen müssen.

Eingegangene Druckschriften.

Vorm Feind. Kriegserlebnisse deutscher Oberlehrer. Herausgegeben von Prof. Dr. B. Hilbrand. Geb. 3 M. — Die Jugendkunde als Kulturforderung. Von Prof. Dr. W. Stern. Geb. 1,40 M. — Wissen-schaft und Bildung. — Band 109: Geschichte der Philosophie vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. H. Reiser. — Band 137: Einführung in die Pädagogik auf dialektologischer Grundlage. Von Prof. Dr. E. Peters. — Band 138: Die Philosophie der Gegen-wart. Von Prof. Dr. H. Reiser. — Einzelband in Leinen 1,25 M. — Quelle u. Meyer, Leipzig.

Der rechte Liebhaber des Schicksals. Roman von A. Steffen. 4 M., geb. 5 M. — E. Fischer, Berlin, Wilhelmstr. 90.

A. WERTHEIM

Emaillierte Geschirre

Extra-Preise

Donnerstag bis Sonnabend

- Ringtöpfe große 2.70 bis 4.50
- Kochkistentöpfe flach 1.35 bis 2.00
- Kochkistentöpfe hoch 1.50 bis 2.50
- Maschinentöpfe 35 bis 75 Pf.
- Kasserollen ohne Ring 80 Pf. bis 1.30
- Topfdeckel 28 bis 85 Pf.

- Kartoffelkocher 2.75
- Herdkessel 2.90
- Gaskessel 1.25 bis 2.75
- Pfannen runde 90 Pf. bis 1.25
- Bratpfannen lange 2.50 3.30
- Bratpfannen mit Deckel 4.25 4.50

Extra
schweres Geschirr
außen braun, innen grau
sehr preiswert

- Kaffeekannen 1.25 1.50
- Kaffeefiltriermaschinen 90 Pf. b. 2.00
- Teekannen 95 Pf. 1.10
- Teller 28 bis 40 Pf.
- Vorratsdosen 35 bis 85 Pf.
- Durchschläge 65 bis 80 Pf.

- Küchenschüsseln flache 35 Pf. b. 5.00
- Küchenschüsseln tiefe 1.10 bis 1.80
- Gemüschüsseln längl. 25 Pf. b. 1.20
- Ebnäpfe 50 bis 95 Pf.
- Litermaße 1/2 und 1 Lit. 40 60 Pf.
- Brotkapseln oval, 2, 3 Ko. 4.50 5.50

Extra schwere Felsen-Emaille, sehr haltbar

- Dekorierete Artikel
- Milchtöpfe bauchig 35 Pf. bis 1.80
- Teekannen 1.15 1.35
- Wasserkessel mit Sack 3.35
- Scheuergarnituren 3 teilig 2.85
- Wassereimer mit Deckel 2.75

- Fleischtöpfe flach u. hoch 2.00 b. 15.00
- Ringtöpfe 2.60 bis 12.00
- Schmortöpfe ohne Ring, hoch 2.00 b. 16.00
- Schmortöpfe ohne Ring, flach 1.80 b. 9.75
- Schmortöpfe mit Ring 3.40 bis 9.00
- Gaskochtöpfe m. Deckel 2.90 bis 5.75

Waschkessel
emailliert u. verzinkt
Preise bedeutend ermäßigt

- Kasserollen flach 90 Pf. bis 4.75
- Kasserollen ohne Ring 1.60 bis 3.50
- Maschinentöpfe 1.20 bis 2.40
- Milchkocher 3.50 bis 5.50
- Bratpfannen lange 5.40 bis 9.00
- Gaskochtöpfe m. Deckl., konisch 4.75 b. 6.00

- Dekorierete Artikel
- Brotkapseln oval, 2, 3 Ko. 5.50 6.50
- Zahnbürstendosen 35 45 Pf.
- Seifendosen 40 Pf.
- Waschgarnituren 6 teilig 23.00
- Waschkügel 2.00 2.50

Wirtschafts-

- Waschfässer m. Draht-rand, Zink 9.50 bis 14.00
- Waschfässer m. Wulst Zink 14.00 bis 19.00
- Spülzuber Zink, 3 Größ. 9.75 bis 16.00
- Wärmflaschen oval. 1.35 bis 2.25
- Leibwärmer Blech 1.25 1.60
- Leibwärmer Aluminium 2.70 3.25

- Waschbretter mit Zink 70 95 Pf.
- Wäscheklammern
- Schock 30 bis 40 Pf.
- Wäscherollen 25.50 26.00 32.00
- Servierbretter Eiche 1.80 bis 3.25
- Kaffeemühlen Blechlack 1.60 bis 2.10
- Kaffeemühlen Holz 2.60 bis 2.90

- Eiserne Oefen
- 9.00 9.50 11.50
- Gasöfen 6.00 18.00
- Gasradiatoren 15.50 19.00
- Ofenschirme
- lack., 1-teilig 5.00 bis 5.75
- Ofenschirme
- lack., 3-teilig 14.00 bis 17.00
- Kohlenkästen
- mit Deckel. 3.25 bis 6.00

Artikel

- Robhaarbesen 1a Ausführg. 3.15 bis 3.75
- Robhaarhandfeger
- 1a Ausführung 1.35 bis 2.00
- Haarbesen graue 1.45 bis 2.25
- Handfeger graue 70 Pf. bis 1.10
- Kleiderbürsten 65 Pf. bis 2.25
- Kopfbürsten 90 Pf. bis 2.75

- Stahlwaren
- Tischbestecke schwarz 90 Pf.
- Tischbestecke Ebenholz 1.25
- Feldbestecke in Etuis, 3teilig 1.25
- Soldatenmesser 65 Pf. bis 1.60
- Rasierapparate in Etuis 2.00 bis 4.00
- Rasierklingen Dutzend 1.35

Gardinenspanner 15.00
Tepplchkehrmaschinen 11.50 bis 18.00

Obst- und Gemüsedörren 60 Pf. 1.60

Lebensmittel

Donnerstag, soweit Vorrat

- Schollen (Scharben) Pfund 65 Pf.
- Koch- und Brat-Schollen Pfd. von 1.60 an
- Salzische Pfund von 80 Pf. an
- Scheilische und Kablian zu billigsten Tagespreisen
- Grüne Herlinge Pfund 1.30
- Haff-Zander Pfund 2.80
- Dorsch Pfund 1.45
- Büchlinge Stück 20 Pf.
- Sprotten, vollfett Pfund 2.60

- Weißkohl Pfund 8 Pf.
- Wirsingkohl Pfund 18 Pf.
- Mohrrüben Pfund 14 Pf.
- Kohlrüben gelbe Pfund 8 Pf.
- Märk. Rübchen Pfund 20 Pf.

- Kohlrabi Mandel 32 Pf.
- Schwarzwurzeln Pfund 45 Pf.
- Zwiebeln Pfund 22 Pf.
- Sellerie Knolle 15 25 30 Pf.
- Bayr. Rettich Stück 10 15 Pf.

- Grünkohl Pfund 18 Pf.
- Eßäpfel Pfund 40 55 Pf.
- Eßbirnen Pfund 45 Pf.
- Zitronen Dutzend von 80 Pf. an
- Blaue Weintrauben Pfd. 1.20

- Feinste Ahlbecker Flunders Pfund 2.20
- Ger. Lachsheringe, groß Stück 65 Pf.
- Geräucherte Aiso zu billigen Tagespreisen.
- Krabbenfleisch Pfund 2.80
- Fisch-Brühwurst Pfund 2.80
- Großer Rollmops Stück 15 Pf.
- Gabelbissen 4 Liter-Dose 15.25
- Muscheln in Gelee Pfund 1.40
- 4 Liter-Dose 8.50
- Saure u. Pfeffergurken, Stück v. 18 Pf. an.

Milfix-Kunstfleisch
Dose 2.20. Kostpr. Leipziger Str.
Donnerstag: Pichelsteiner.

Chronik des Weltkrieges.

26. Oktober 1914.

Nördlich Iwangoorod haben neue russische Armeekorps die Weichsel überschritten.

26. Oktober 1915.

In Serbien nehmen die deutsch-österreichischen mit den bulgarischen Truppen Fühlung.

Vorgeplänkel zur Neuorientierung.

Von einem Parlamentarier wird uns geschrieben:

Seit Bestehen des Reiches und des Reichstages war es noch niemals notwendig als in dieser Kriegszeit, daß die Volksvertretung auf alle Maßnahmen in der äußeren wie in der inneren Politik sich einen entscheidenden Einfluß sicherte. Probleme von unübersehbarer Tragweite hat der Krieg auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens aufgerollt. Ihre Lösung darf nicht allein der Regierungsbürokratie überlassen bleiben, wenn die Volkvertretung nicht zu einem Schemen werden soll. Dies Gefühl beherrscht zurzeit in hohem Grade alle Parteien des Reichstages. Sie alle versuchen daher, erhöhten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte zu bekommen in dem mehr oder minder bewußten Gefühl, von den wichtigen Entscheidungen dieser „großen Zeit“ so gut wie ausgeschlossen zu sein.

In den Fragen der äußeren Politik war der Reichstag bekanntlich bis in die letzten Friedensjahre hinein von der Regierung über alles im Dunkeln gelassen worden; die Geheimdiplomatie betrachtete die Außenpolitik als ihre ausschließliche Domäne. Die Besserung, die darin in den letzten Jahren vor dem Arge eingetreten war, genügt nicht, um dem Reichstag beim Kriegsausbruch auch nur einen zureichenden Einblick, geschweige denn einen entscheidenden Eingriff in das Gebiete der auswärtigen Politik zu ermöglichen. In der inneren Politik war der Einfluß des Reichstages zwar von jeher ein größerer, aber auch hier war das Übergewicht der Regierung gegenüber dem Parlament ohne Frage. Beim Kriegsausbruch hat der Reichstag dazu auch noch der Regierung durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 auf dem so eminent wichtigen wirtschaftlichen Gebiet fast unbegrenzte Vollmachten gegeben. Die vielen und langen Beratungen des Reichstages sowie die Proklamierung und Aufrechterhaltung des Belagerungszustandes haben das Übergewicht weiter zugunsten der Regierung verschoben, die das politische Leben durch diese Maßnahmen fast völlig unterbunden und der Volksvertretung so der Nährboden in starkem Grade entzogen worden ist.

Das Unbehagen und die Unzufriedenheit mit dem Zustande der Machtlosigkeit des Parlaments äußert sich in letzter Zeit in etwas lebhafteren Formen. Die Liberalen und das Zentrum wollen wenigstens in den brennendsten Kriegstagen eine erhöhte Mitwirkung des Reichstages auch für die Zeit seiner Vertagung. Die Liberalen wollten dafür einen besonderen Ausschuß eingesetzt wissen, das Zentrum schlägt den jetzt vom Haushaltsausschuß des Reichstages abgeleiteten Weg vor, den Haushaltsausschuß damit zu betrauen. Dieser Antrag steht in der heutigen Plenarsitzung des Reichstages zur Verhandlung.

Witterweile haben auch die Fragen der Wirtschaftspolitik in der Übergangszeit vom Arge zum Frieden für die Parteien des Reichstages eine ganz ähnliche Situation geschaffen. In der Kommission für Handel und Gewerbe hat der Staatssekretär des Innern, Herr Dr. Helfferich, am vorletzten Sonnabend ein Bild entrollt von den Wirkungen des Krieges auf die Struktur unseres Wirtschaftslebens und von den Aufgaben, vor die unsere Volkswirtschaft für ihren Wiederaufbau gestellt ist. Gleichzeitig besprach er die Maßnahmen, die von der Regierung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 für diesen Zweck geplant sind, besonders die Wirksamkeit des neuerrichteten Reichskommissariats für Übergangswirtschaft mit seinen Zweigstellen und Unterausschüssen. Die hier zu lösende Aufgabe ist so gewaltig, daß die ununterbrochene Mitwirkung aller wirtschaftlichen und politischen Strömungen und Organisationen des Volkes, besonders aber der Volksvertretung dabei unentbehrlich ist. Aus dieser Empfindung heraus wurde im Ausschuß des Reichstages für Handel und Gewerbe vom Präsidenten des Bundes, Herrn Dr. Meiser, angeregt, den Ausschuß zur Behandlung dieser Fragen in derselben Weise auch während der Vertagung des Reichstages zusammenzutreten zu lassen, wie das für die Budgetkommission bezüglich der Kriegsfragen beantragt ist. Diese Anregung wurde sozialdemokratischerseits zu einem Antrage verdrichtet, der vorläufig noch nicht zur Abstimmung gebracht worden ist.

Es ist nun außerordentlich bezeichnend, wie sich die Reichsregierung zu diesen schärfsten und entscheidenden Versuchen, den Einfluß des Reichstages zu vergrößern, verhält. Sie, die das Wort von der „Neuorientierung“ geprägt, die eine erhöhte Mitwirkung des Volkes an der Staatsverwaltung während des Krieges so oft in so schönen Worten in Aussicht gestellt hat, sie möchte jede erhöhte Anteilnahme der Volksvertretung an der Gestaltung der Geschäfte des Volkes freudig begrüßen. In Wirklichkeit verhält sich aber die Regierung allen diesen Bestrebungen gegenüber sehr kühl und abweisend. Sie möchte alles allein machen und sich vom Reichstage nicht dreinreden lassen. Genau wie in Friedenszeiten.

Junächst sucht die Regierung die lästigen Dränger durch Simulane auf praktische Schwierigkeiten abzuwehren, die bei einer erweiterten Mitwirkung des Reichstages an den Regierungsgeschäften angeblich entstehen müßten. Sie verweist auf die Mienenarbeit, die der Krieg zweifellos den mit beschränktem zugewiesenen Personal arbeitenden Reichsämtern und ihren Chefs bereitet und malt dann die Störungen und Behinderungen aus, die deren Arbeiten durch die ununterbrochene Kontrolltätigkeit des Reichstages erleiden müßte. Damit macht sie immerhin beträchtlichen Eindruck auf manchen bürgerlichen Politiker, deren Angst vor der eigenen Courage größer ist als ihr Selbstbewußtsein als Volksvertreter. In seiner Konsequenz führt dieses Regierungsbildungsbild natürlich zurück zum Absolutismus, der

ohne das konstitutionelle Feigenblatt eines Parlaments nach Belieben regiert.

Außer dem Argument des Vorfalles führt die Regierung verfassungsmäßige Bedenken gegen die erstrebten Erweiterungen der parlamentarischen Mitwirkung ins Feld. Nach der Reichsverfassung seien sie nicht zulässig, es sei denn, daß durch Gesetz die Verfassung geändert werde, was doch im Arge nicht rasm wäre. Dieselbe Regierung aber hat ohne Wimperzucken beim Kriegsausbruch die einschneidendsten Verfassungsänderungen vom Reichstage verlangt und bewilligt bekommen, durch die sie das ganze wirtschaftliche und soziale Leben des Landes nach dem Muster absolutistisch regierter Staaten durch Verordnungen und Erlasse allein dirigiert. Dabei sind die von der Regierung vorgebrachten verfassungsrechtlichen Bedenken nicht einmal der Form, geschweige denn der Sache nach berechtigt. Eine Vertagung des Reichstages bedeute lediglich ein zeitweises Aussetzen seiner Tätigkeit, nicht aber deren Abbruch, wie bei einer Schließung der Session. Es steht durchaus in seinem Willen und Belieben, besondere Ausschüsse zu ernennen, während der Vertagung bestimmte Arbeiten fortzuführen. Aber selbst wenn die verfassungsrechtlichen Bedenken formal zutreffend wären, wären sie bei gutem Willen der Regierung durch Gesetz im Handumdrehen zu beseitigen.

Am diesem guten Willen der Regierung aber fehlt es. Sie hält starr an dem Grundsatz fest, daß das Parlament nicht in die Regierungsgeschäfte dreinzureden hat. Kann sie dem Drängen aus sachlichen Gründen und aus Rücksicht auf die Volksstimmung absolut nicht mehr widerstehen, so greift sie zur Schaffung von Zwittergebilden, die in der Praxis ein teilweises Entgegenkommen darstellen, prinzipiell aber den verfassungsmäßigen Standpunkt wahrnehmen. Ein solches Gebilde ist der Ernährungsbeirat, in den die Regierung Vertreter der Fraktionen des Reichstages auf deren Vorschlag berufen hat, ebenso auch die auf wiederholtes Verlangen des Reichstages jetzt endlich zugesagte „Kommission zur Prüfung von Verträgen über Kriegslieferungen“. Die Volksvertreter in diesen Kommissionen befinden sich in der Rolle der von der Regierung Berufenen, nicht in der von der Volksvertretung verliehenen Rolle des Delegierten; sie üben deshalb kein Recht des Parlaments aus und haben bei ihrer Tätigkeit keinen festen verfassungsmäßigen Boden unter den Füßen.

Man wird abwarten müssen, welche Stellung die Regierung im Reichstagsplenum einnehmen wird, wenn nächstens der Antrag auf Weitertragung der Budgetkommission während der Vertagung des Hauses zur Verhandlung kommt. Verhält sie sich weiter abweisend dazu, so wird sie sich nicht wundern dürfen, wenn all ihre wortreichen Versicherungen von Vertrauen zwischen Volk und Regierung und vermehrter Heranziehung des Volkes zu den Staatsgeschäften als bloße Deklamationen bewertet werden. Wer unter der vorpropagierten „Neuorientierung“ die lebendige, tätige Mitwirkung des Volkes an der Regierung versteht, dem zeigen diese Vorgeplänkel, welche gewaltigen Kämpfe es noch kosten wird, ehe in Deutschland die Volksvertretung zum bestimmenden Faktor der Regierungspolitik geworden ist.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushaltsplan.

Zu Beginn der Sitzung am Mittwoch gab der Staatssekretär des Reichsschatzamts Graf v. Rüdern einen Überblick über die Finanzlage des Reiches und die neue Kreditvorlage. Ein Vertreter des Kriegeministeriums legte dar, wie groß der Haherbedarf des Heeres ist. Der Verbrauch werde auf außerordentlich eingeschränkt, müsse aber doch unbedingt so hoch gehalten werden, daß die Pferde leistungsfähig bleiben.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki schilderte, wie wichtig es ist, daß die nötige Menge Hafer auch für die Pferde vorhanden ist, die zur Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel im Lande gebraucht werden.

Abg. Schiele: Der Haferbedarf des Heeres kann und muß beträchtlich eingeschränkt werden.

Dem stimmten alle weiteren Redner zu. Ueberdies wünschte Abg. v. Camp, daß die Heeresleitung alle nicht unbedingt notwendigen Pferde abschaffe. — Abg. Wetke hob hervor, daß auch viele Gutsbesitzer und andere reiche Leute sehr gut genährte Equipagenpferde haben. In der jetzigen Zeit sei dies ein unzulässiger Luxus. — Abg. v. Meding: Auch sollte denen, die im Heere ein Pferd haben, der Bericht über diese Verhandlung zugestuft werden. Daraus würden die Leute ersehen, daß es ihre Pflicht ist, Hafer zu sparen, soweit es irgend geht. Was jetzt herrsche dort die Meinung, daß wir sehr viel Hafer hätten und damit nicht zu sparen brauchen.

Graf v. Westarp benutzte diese Gelegenheit, um sich noch einmal gegen die beabsichtigte Getablung des Preises für Hafer zu wenden. — Ihm stimmten die Abg. Dr. Döhme (natl.), Knecht (Z.) und Herold (Z.) zu, während Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) Einspruch erhob.

Der Vertreter des Kriegsernährungsamts versicherte, daß auch er durchaus die hier vorgebrachten Forderungen als berechtigt anerkenne und schon bisher in diesem Sinne gewirkt habe. Es bestehe auch eine Verfügung, nach der alle nicht unbedingt notwendigen Pferde abgeschafft werden müssen. Offiziere seien ins Feld geschickt worden, um sich davon zu überzeugen, ob die Verfügung befolgt werde, und um gegen jeden Versuch sofort einzuschreiten.

Darauf wurde die Versorgung mit Gemüse, Obst, Kaffee, Tee, Kolonialwaren, Zucker und zuckerhaltigen Nahrungsmitteln besprochen.

Abg. Schmeichardt (Presl. Volksp.): Das Vorgehen mit der Beschlagnahme des Obstes wäre in jeder Beziehung berechtigt gewesen. Zweckmäßig wäre es, dem Handel zu gestatten, Kaffee aus dem Ausland einzuführen. Sollte der Handel dabei den Höchstpreis überschreiten müssen, so wäre zu erwägen, ob nicht Zuschüsse zu leisten seien aus den Mitteln, die dem Kriegsausschuß für Kaffee angekauft seien infolge der Beschlagnahme der früheren Kaffeebestände.

Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki teilte mit, daß gestern abend Höchstpreise für alle Nüsse festgesetzt worden sind. Auf dem Nüssenmarkt seien unerträgliche Zustände eingetreten. Verkäufer seien zu den Bauern gekommen und hätten ihnen immer höhere Preise geboten, damit sie jetzt die Kartoffeln liegen lassen und größere Mengen Nüsse liefern. Dadurch wurden die Nüsse in geradezu unsmüßiger Weise verteuert und überdies werde die Zufuhr von Kartoffeln noch mehr erschwert. Die Eisenbahn soll veranlaßt werden, Nüsse zur Beförderung nicht anzunehmen, solange nicht die Verschöpfung der Kartoffeln erledigt ist. Wo kein anderer Ausweg vorhanden ist, soll der Landrat die Aus-

fuhr verbieten. Die Höchstpreise seien für die Erzeuger vorgeschrieben und betragen für den Zentner 1,50 M. bei Wasseräpfeln, 1,80 M. bei Stedäpfeln, 2,50 M. bei Nohäpfeln und 4 M. bei Pflaumenäpfeln. Die Zuckerrüben seien in diesem Jahre wenig zuderhaltig, während der Verbrauch von Zucker sehr gestiegen sei. Daher sei auch hier Sparmaßnahme geboten.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.): Erfreulich sei es, daß jetzt endlich Höchstpreise wenigstens für einige Gemüsearten festgesetzt werden. Leider fehlen die Höchstpreise immer noch für andere, ebenfalls sehr wichtige Gemüsearten. Auch mit Weich- und Kartoffeln werde ein unerträglicher Mangel getrieben. Weichbrot werden hier keine Höchstpreise festgesetzt? Ferner mache der Kleinhandel unerhört große Verluste. Daher seien Höchstpreise für den Kleinhandel unentbehrlich. Ebenso müßte es möglich sein, feinstes Mehl, welche Preise der Kleinhandel für Gemüse bezahlt habe. Daher müßten hierfür Lieferpreise vorgeschrieben werden. Die einzelnen Gemeinden könnten das nicht erzwingen, weil sie schwer geschädigt werden, wenn — was meistens der Fall ist — die benachbarten Gemeinden nicht ebenfalls vorgehen. Vom Kriegsernährungsamt müßte verfügt werden, daß Gemüse nur nach Gewicht verkauft werde. Leider habe die Reichsstelle für Obst und Gemüse völlig versagt. Die notwendige Preisregelung für Obst und Gemüse sei verweigert worden. Trotzdem sei zunächst nichts geschieden, und später habe die Reichsstelle in ganz verkehrter Weise eingegriffen. — Unvermeidlich sei es, daß Gemüse vom Auslande zu höheren Preisen bezogen werde. Dann müßte aber auch dafür gesorgt werden, daß nicht billiges Gemüse als ausländische Ware zu dem höheren Preise an den Markt gebracht werde. Außerdem müßte die Einfuhr aus dem Auslande besser vorbereitet werden. Fünf Waggons Weichbrot seien an der holländischen Grenze verborben, weil die Reichsstelle nicht wachte, was sie damit anfangen sollte. Wenn die Leitung der Reichsstelle einen ungenügenden Heberblick hatte, dann sei sie unfähig, die wichtigen Aufgaben zu erfüllen, die der Reichsstelle zugewiesen sind. Hier in Berlin seien neun Waggons Kohl verborben. Wer habe dies verschuldet? Sauerkraut verschwinde immer mehr vom Markt; auch die Fabriken könnten nicht die nötige Menge Kraut bekommen. Der Preis für Pflaumen sei auf 43 Pf. das Pfund für den Produzenten festgesetzt, im Kleinhandel werden hier 1,00 M. für das Pfund verlangt. In Dresden seien einem Händler böhmische Pflaumen beschlagnahmt und später wieder geliefert worden. Dabei habe die Reichsstelle den Preis sehr erhöht und dabei einen großen und völlig unberücksichtigten Gewinn eingefleckt. Durch ein so falsches Geschäftsgebahren rufen die Reichsstellen einen großen Widerwillen hervor, obgleich das Verfahren, die Volksernährung durch derartige Reichsstellen zu regeln, grundsätzlich durchaus richtig und unentbehrlich ist. Eine Erhöhung der Zuckerpreise für den Kleinhandel sei unter keinen Umständen zulässig. Die Zucker-Raffinerien machen, wie die von ihnen veröffentlichten Geschäftsergebnisse zeigen, einen sehr großen Heberfuß. Die Spannung zwischen dem Wert für Rohzucker und dem Preis für raffinierten Zucker ist offenbar viel zu groß. Man sollte sie heruntersetzen und den Zucker für den Verbraucher billiger abgeben.

Abg. Ergderger stimmte den Ausführungen des Abg. Schmidt in Bezug auf Gemüse durchaus zu. Unerlässlich sei es, daß in jedem Falle gerade für den Kleinhandel Höchstpreise erlassen werden. Wenn die Beschlagnahme der Pflaumen und Kefel notwendig gewesen war, so hätten unter allen Umständen Vorkehrungen getroffen werden müssen, daß die beschlagnahmten Früchte sofort abgenommen und verwertet werden. Es habe aber offenbar an diesen Vorarbeiten gefehlt. Unberechtigt sei die Preisverhöhung von 100 Proz. bei Pflaumen für den Kleinhandel. Bei der Herstellung von Walzflacke werde einhundert Fabriken ein Vordruck gegeben; weshalb werden nicht alle Fabriken zur Herstellung von Walzflacke zugelassen? Dann würde der Preis durch den Wettbewerb der Fabriken untereinander auf einer erträglichen Höhe gehalten werden. Jetzt werde ein arger Mangel auch auf diesem Gebiet getrieben.

v. Camp wandte sich gegen den Vorschlag des Abg. Schmeichardt, Prämien für eingeführten Kaffee aus Reichsmitteln zu zahlen. Dann begründete er den Antrag, den Reichslangler zu ersuchen, zu bestimmen, daß bis zu 3 Proz. der gereinigten Zuckermenge der minderwertigsten Bevölkerung zur Deckung von Ausfuhrmitteln zu einem 3 M. für den Zentner nicht übersteigenden Preise zur Verfügung gestellt wird.

Der stellvertretende Vorsitzende im Kriegsernährungsamt, Ministerialdirektor Braun: Gemüse und Obst würden leicht verderben, daher seien hier behördliche Eingriffe besonders schwierig. So wie Herr Ergderger vorgeschlagen habe, daß nur Höchstpreise für den Kleinhandel festgesetzt würden, ginge es nicht; es müßten auch Höchstpreise für den Großhandel bestimmt werden. Bei Nüssen sei vorgeschrieben, daß die Landeszentralbehörden die Höchstpreise für den Handel bestimmen. Die Höchstpreise für den Kleinhandel könnten eben nicht von einer Stelle für das ganze Reich festgesetzt werden, da die örtlichen Verschiedenheiten zu groß seien. Die Höchstpreise für Pflaumen seien in einigen Gegenden als viel zu hoch, in anderen als viel zu niedrig empfunden worden. Das rühre daher, daß die Ernte in den verschiedenen Bezirken ganz verschieden sei. Ein Höchstpreis, der diesen Verschiedenheiten gerecht würde, sei eben nicht zu ermitteln. Die Spannung von 100 Proz. zwischen dem Höchstpreis für Pflaumen im Großhandel und dem Kleinhandelskaufpreis sei berechtigt; im Frieden sei die Spannung noch größer. Das sei erklärlich, da der Kleinhandel mit einer so leicht verderblichen Ware mit hohen Gefahren beauftragt sei. In den Orien, wo die Höchstpreise für den Kleinhandel zu hoch waren, müßten die Landeszentral- bzw. die Gemeindebehörden die Preise heruntersetzen. Die Menge Weichbrot, die hier in Berlin verborben ist, ist bereits als verborbener Ware vom Ausland eingeführt worden. Der Geschäftsmann, der sie eingeführt habe, habe dies bei der Anmeldung bekundet; er habe die Ware auf seine Gefahr hin eingeführt, um davon noch so viel für die menschliche Nahrung zu retten, als möglich war. Die Reichsstelle treffe also keine Schuld. Die Beschlagnahme der Kefel sei notwendig gewesen, weil nach der Beschlagnahme der Pflaumen ein Kastrum auf die Kefel zu beschaffen war. Dies sollte eben dadurch verhindert werden, daß auch die Kefel beschlagnahmt wurden. Die Vertagung mit Weichbrot sei dadurch sehr erschwert worden, daß die Städte einen Wettlauf auf diese Ware begonnen hätten. Dadurch wären nicht nur die Preise in die Höhe getrieben worden, sondern es wäre schwerer gewesen, überhaupt noch die nötige Menge aufzubringen. Heute werde auch eine neue Bekanntmachung eine andere Regelung durchgeführt werden. Sehr gut wäre es, wenn im Gemüsehandel Lieferungspreise durchgeföhrt werden könnten. Leider könne das ganz unüberführbar. Ebenso hände es mit dem Verkauf von Gemüse nach Gewicht. Das könne nur durch die Erbselbunden herbeigeföhrt werden. Auch der Fall mit der Beschlagnahme der böhmischen Pflaumen sei ganz einwandfrei. Der Verlust müßte ertragen, damit der Händler nicht einen ungebührlichen Gewinn einflechte. In Bezug auf die Zuckerpreise müßte man berücksichtigen, daß auch die weniger vorrätig eingetragenen Betriebe in der Produktion blieben. Aus diesem Grunde müßten die Preise so bemessen werden, daß auch diese Fabriken noch damit auskommen könnten. Die Forderung, den Schokoladenfabriken den Zucker zu entziehen, sei nicht gut durchführbar, weil dann eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen brotlos würden. Bedauerlich sei es, daß Zucker für den Wein verwendet werden müsse; das sei aber bei der jetzigen Ernte unvermeidlich. Im vorigen Jahre seien 70 000 Doppelzentner für diesen Zweck ausgegeben worden, in diesem Jahre würde dieselbe Menge bewilligt werden. Die Freigabe der Herstellung von Walzflacke an alle Fabriken sei unüberführbar. Die Preise seien sehr sorgfältig untersucht und

möglichst niedrig angelegt worden. Der Vorwurf des Abg. Erg-berger, daß nicht genügend die Beschlagnahme der Pflaumen vor- bereitet worden sei, trifft nicht zu. Die Reichsstelle habe sich vorher mit den beteiligten Fabriken verständigt. Diese Fabriken haben sich ausdrücklich verpflichtet, alle Vorbereitungen so zu treffen, daß sofort die Früchte abgenommen und verwendet werden könnten. Leider sei durch diese Zusicherung die Reichs- stelle getäuscht worden; die Fabriken seien nicht in der Lage ge- wesen, ihre Versprechen zu erfüllen.

Abg. Feld (natl.) weist nach, wie verfehlt das Verfahren war bei der Beschlagnahme der Pflaumen. — Abg. Reimann (natl.) brachte Beschwerden über den Kriegsausbruch für Kaffee vor. Die Geschäftsführung sei ungünstig, je nachdem es sich um die eine oder andere Firma handelte. Verlangt werden müßte, daß der Kriegsausbruch allen Geschäftsteilnehmern in gleicher Weise entgegenkomme und keinen Vorzug. — Hopp (Preis. Sv.) wies darauf hin, daß der Ernährungsbeitrag sich betreiben für eine zweckmäßige Regelung des Absatzes und der Preise für Gemüse und Obst erklärt und die nötigen Vorschläge gemacht habe. Leider sei die Ansicht des Beirats von dem Kriegsausbruch nicht beachtet worden. — Abg. v. Meding (Dt. Partei) forderte dringend an- gemessene Zuerstbeschränkungen auch für den Kleinhandel. — Abg. Göttschein bezeugte, daß auch ihm Beschwerden über den Kriegs- ausbruch für Kaffee zugegangen seien. — Abg. Waringer (Z.) forderte eine Bevorzugung der Jüder bei dem Bezug von Zucker.

Abg. Hoch (Soz.) wies darauf hin, daß mit dem Donig ebenfalls ein arger Schaden getrieben werde. Er fragt an, wie der Kriegsausbruch für Kaffee sich zu den Ersatzmitteln stelle. Ob es richtig sei, daß ein sehr zweifelhaftes Ersatzmittel ausdrücklich vom Kriegsausbruch den Gemeinden empfohlen worden sei. Ferner stellt er fest, daß noch immer keine Auskunft gegeben sei, worauf der hohe Preis von 1,00 M. für Malzaffee zurückzuführen werden könne. Ebenso müsse geklärt werden, daß Villanumms jetzt mit dem ungläublichen Preise von 1,00 M. abgegeben werde. Die Zuckermenge, die für Wein abgegeben werde, erscheine doch sehr hoch; es sei dringend nötig, von neuem zu untersuchen, ob nicht der Zucker, wenn er schon nicht ganz verkauft werden kann, doch wenigstens in erheblicher Menge zur Verfügung gestellt werden könne. Die Reichsregierung, die Ministerialdirektor Braun in bezug auf das Vorgehen bei Gemüse und Obst vorgebracht habe, genüge durchaus nicht. Die Regelung müsse unter allen Umständen früher einsetzen müssen. Was ist geschehen, um in Zukunft zu verhindern, daß die Reichsstelle nicht wieder von neuem durch die Fabriken getäuscht werde. Die Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinhandel müsse durchaus von der Zentrale aus geschehen. Ebenso müßten Liefertermine für den Gemüsehandel und Abgabe des Gemüses nach Gewicht vorgeschrieben werden. Diese Maßnahmen könnten einzig und allein durch die Reichs- regierung erfolgen; die einzelnen Gemeinden seien dazu nicht in der Lage; sie hätten es versucht, wären aber immer dadurch geschädigt worden, daß die Nachbargemeinden anders vorgegangen sind. Auch ihm seien sehr schwere Klagen über den Kriegsausbruch für Kaffee angeliegen worden. Während man einerseits dem deutschen Handel als Höchstpreis für ein halbes Pfund Kaffee und ein halbes Pfund Ersatzmittel 2,20 M. vorschrieb, hat es andererseits der Kriegsausbruch für richtig befunden, einem Hauptbeteiligten des Kriegsausbruchs, nämlich dem Herrn Roselius in Bremen, für seine Kaffeegeellschaft Haag einen Preis von 2,75 M. auszu- billigen, während im Frieden die Differenz zwischen Kaffee Haag und natürlichem Wohnkaffee nur höchstens 20 Pf. das Pfund betrug. Außerdem hat es der Kriegsausbruch für richtig gehalten, für „Kornfranz“ einen Preis von 50 Pf. festzusetzen, während die übrigen Kornkaffeehersteller nur 45 Pf. für das Pfund nehmen konnten. Ferner darf Kathreiner für seinen Malzaffee 58 Pf. für das Pfund nehmen, während andere Malzaffeehersteller, die gleichwertige loje Ware von einem Malzaffeehersteller beziehen und fertig verpacken, nur 53 Pf. für das Pfund nehmen dürfen. Diese Begünstigung einzelner Firmen fällt um so mehr unangenehm auf, da diese Firmen zu der Geschäftstätigkeit des Kriegsausbruchs Gelder zur Verfügung gestellt haben. Es mache also den Eindruck, als ob diese Firmen durch ihre Geldzahlung einen größeren Einfluß auf die Geschäftsleitung gewonnen hätten.

Auf eine Anfrage des Abg. Spahn erklärte der Präsident des Kriegsernährungsamts v. Watckel, daß viele Gefäße, in denen Pflaumen aufgehoben werde, nicht den Anforderungen entsprechen, die an eine richtige Aufbewahrung gestellt werden müssen. Es sei zu befürchten, daß viele Hausfrauen zu ihrem Schreden später feststellen müßten, daß was sie mit Mühe einge- macht haben, sei verdorben. Die großen Schwierigkeiten, die ein Vorgehen bei Obst und Gemüse habe, werden offenbar weit unterschätzt. Alle diese Klagen und Beschwerden sollen geprüft werden. Aber das müsse gesagt werden, daß die Reichsstelle auch vorher sich die Sache sehr sorgfältig überlegt habe. In der Bewilligung von Zucker an die Jüder müsse sehr vorsichtig vorge- gangen werden. Ein Teil der Jüder für die Wiener große Zuckermengen in durchaus ungebührlicher Weise zu und bewirkte so, daß sie den Zucker, den sie mit 50 M. einkauften, als sogenannten Donig für 150 M. verkauften.

Ein Kommissar des Kriegsausbruchs für Kaffee versicherte, daß bei dem Abzug von Kaffee in allen Fällen gleichmäßig vorgegangen werde. Die verschiedenen Verhältnisse bedingen selbstverständlich verschiedene Handlungen. Um übrigen sei in allen Fällen für die Fabriken der Preis sehr sorgfältig er- wogen und es sei nirgends über das notwendige Maß hinausge- gangen.

Auf eine Anfrage wurde erklärt, daß das Weingeseh geändert werden sollte, damit ein größerer Wasserzuzug für zulässig erklärt werden könne.

Fortsetzung: Freila.

Politische Uebersicht.

Die nervösen „Starknervigen“.

Der freisinnige Reichstagsabgeordnete Georg Gothein ging in der Montagsnummer des „Berliner Tageblatt“ recht energisch mit jenen „Starknervigen“ Herrschaften ins Gericht, deren „Unent- weglichkeit“ sich in den letzten Monaten mit solcher Heftigkeit Geltung zu verschaffen sucht.

„Gerade im Kriege — schrieb er — haben die Kreise, die sich einbilden, besonders starknervig zu sein, vielfach das Gegenteil be- weisen. Als unsere Heere in raschem siegreichen Vordringen waren, da riefen diese Kreise: Das Land, das mit dem Blut unserer Sol- daten bebüht ist, darf nicht wieder herausgegeben werden! Ja, die Annexionslust ging selbst auf Gebiete, die wir nie — auch nicht einmal vorübergehend — besetzt hatten. . . . Und als der Krieg lange währte, als die Brusillowsche Offensive die Linien un- serer Bundesgenossen und freudensweise auch die unseren zurück- drängte, als die furchtbare endlose Schlacht an der Somme begann und schließlich auch Rumänien die ohnehin übermächtigen Reihen unserer Feinde verstärkte, da ging ein Ruinen durch diese Kreise, man müsse mit England zum Frieden kommen, auch wenn ihnen alles besetzte Gebiet zurückgegeben werde, um nur den Krieg gegen England weiterführen zu können.“

Zur Gegenjah zu diesen Kreisen forderte Herr Gothein, ohne direkt für Annexionen im Osten einzutreten, schon aus strate- gischen Rücksichten die Gründung eines Staatswesens, das mili- tärlich an Deutschland angeschlossen werden soll. Das Haupt- hindernis des Friedens jedoch liege im Westen. Die brutalen Pläne der Asquith und Lloyd George fänden im eigenen Lande wachsenden Widerspruch. Die Unerlöblichkeit ihrer Kriegsziele sei auch kein Zeichen von Stärke, sondern von Nervosität. Die Kriegslust in England werde tatsächlich wahrgenommen durch die Sorge, durch Deutschland von Belgien aus dauernd bedroht zu werden. Diesen Gedanken begründete Herr Gothein in folgenden Ausführungen:

„Man sagt wohl: nach dem Kriege werde Belgien ent- weder deutsch oder englisch sein; ein drittes gebe es nicht. Aber die Belgier werden aus diesem Kriege gelernt haben, daß sie auf das falsche Pferd gesetzt haben. Und wir können Belgien ver- pflichten, die gegen Deutschland errichteten Festungen zu schleifen, statt eines Heeres nur eine Polizeitruppe zu halten. Die neue Auffassung, daß wir mit dem Besitz Belgiens aus der „ber- siegelten Nordsee“, dem unglücklichen „nassen Decret“ heraus- kämen, widerlegt ein Blick auf die Karte. Dazu kommt, daß sich an der belgischen Küste kein Seehafen für tief- gehende Schiffe schaffen läßt. Die Mündung der Schelde, an der Antwerpen liegt, ist bekanntlich in holländischer Hand. Frei- sellos können wir von der belgischen Küste aus Englands Handelschiffahrt im Kriege recht unbehindert werden, aber das ist kein Ziel, das die Fortsetzung des Krieges um Monate lohnen würde.“

Die militärische wie die politische Lage sind . . . für uns keineswegs ungünstig. Nicht durch eine Desperadopolitik sollen wir sie verschlechtern, sondern unsere Aufgabe müßte es sein, die Friedensströmungen im feindlichen Aus- land zu stärken, dort die Ueberzeugung wachzurufen, daß wir weder Belgien, noch französisches Gebiet annektieren wollen, daß diese — wie der Reichsanwalt es treffend ausgedrückt hat — für uns nur ein Kaufpfand sind. Ein Kaufpfand aber ist bestimmt, gegen Rückgewähr herausgegeben zu werden.“

Es versteht sich von selbst, daß die Ausführungen des Herrn Gothein den heftigen Widerspruch der rechtsstehenden Presse ge- funden haben. Aber während die „Kreuz-Zeitung“ nur von einer „gefährlichen Illusionspolitik“ spricht, die Herr Gothein betreibe, und die „Deutsche Tageszeitung“ ihm unter- stellt, daß er die belgische Frage durch die „englische Brille“ an- sehe, veröffentlicht die „Unabhängige Nationalkorre- spondenz“ gegen Herrn Gothein einen wütenden Artikel, in dem sie sich über „Erregung neuen Zwistes“, „überflüssige Schrei- bereien“, „füßfante Arroganz“ beschwert; das „Berliner Tage- blatt“ wird zum „führenden Organ der sozialdemokratischen Ar- beitsgemeinschaft“ erhoben; der Abgeordnete Gothein wird ein „Schreckbild des Reichstags“ genannt usw. Dann heißt es aus- lässlich der Bemerkungen Gotheins über die Einwirkung der bel- gischen Frage auf die englische Kriegslust, daß aus ihnen „leider hervorzugehen scheint, daß in dem Erkenntnisvermögen und Nervensystem des Abgeordneten Gothein selbst nicht alles in der wünschenswerten Ordnung“ usw. Von starken Nerven zeugt der Artikel des alldeutschen Blattes gerade nicht.

Lewald und Bacmeister.

Zu der von uns in Nr. 201 dargelegten Auseinandersetzung zwischen dem Ministerialdirektor Dr. Lewald und dem Abg. Bacmeister teilt die „Preis. Ztg.“ folgende Zuschrift des Abg. Dr. Müller-Reiningen an die „Münchener Neuesten Nach- richten“ mit:

„Ich habe in einer Rede gegen die Handhabung des Be- lagerungsstandesgesetzes vom Jahre 1851 dessen Unhaltbarkeit nachzuweisen gesucht und auf die Folgen dieses veralteten Rechts- zustandes in dem jetzigen inneren Kampfe und insbesondere auf die beweislose Verdrehung unhaltbarer Gerüchte und Vorwürfe unter der Junktur hingewiesen: Zum Beweise dafür habe ich unter anderem aus einer „Eingabe an den Reichstag betr. Ein- wirkung der Reichsregierung auf die öffentliche Meinung“ ge- zeichnet von dem Abg. Beth-Matberg, Prinz Karl zu Löwen- stein-Bertheim usw., auf die dortige Beilage I verwiesen, einen „Auszug aus einem Vortrage des Abg. Bacmeister am 30. Juli 1916“, in dem gegen den anwesenden Ministerialdirektor Dr. Lewald vom Reichsamt des Innern der schwere Vorwurf erhoben wurde, Lewald habe gegenüber den Beiratsmitgliedern des Luft- flottenvereins sich geäußert, „der Flottenverein hätte diesen Krieg gebracht, der Luftflottenverein wolle uns wohl den nächsten bringen“. Auf meine direkte Frage an Ministerialdirektor Dr. Lewald, ob er jemals eine solche Äußerung getan habe, entgegnete dieser nach Be- leuchtung zahlreicher Briefe usw.: „Herr Bacmeister habe in leicht- fertiger Weise durchaus unwahre Angaben gemacht, die, wenn sie wahr wären, geeignet wären, ihn in seiner Ehre und öffentlichen Stellung herabzusetzen.“ Ministerialdirektor Lewald hat wiederholt diese Äußerung des Abg. Bacmeister als durch- aus unwahr bezeichnet. Dies war der Hergang, den aufzuführen ich um so eher in der Lage und moralisch verpflichtet bin, als diese Verhandlung nicht vertraulich war. Herr Universitäts- professor v. Armita ist also im Jurem — (wohl hervorgerufen durch den ungenauen Bericht) —, wenn er meint, daß er diese Äußerung getan, hat Herr Lewald nicht nur nicht widerlegt, sondern nicht einmal bestritten“. Lewald hat sie jedenfalls auf das energischste bestritten. Es kommt mir nicht zu, zu entscheiden, wer tatsächlich recht hat.“

Der Abg. Bacmeister hat bekanntlich erklärt, daß er seine Be- hauptung, die er in einer vertraulichen Denkschrift für eine hochstehende Persönlichkeit aufgestellt hat, in vollem Umfange aufricht erhalte. Eine endgültige Klärung dieser Angelegenheit ist bisher noch nicht erfolgt.

Nationalliberale Politik.

Einem Bericht des „Deutschen Kuriers“ über die Tagung der nationalliberalen Nationalliberalen in Reustadt a. O. entnehmen wir folgende bemerkenswerten Ausführungen des Reichstagsabgeord- neten Dr. Stresemann über die Grundzüge der national- liberalen Politik:

„In der Stellungnahme zu den Kriegszielen und den Fragen der auswärtigen Politik hat der deutsche Liberalismus leider keine Geschlossenheit gezeigt. Ost hat uns die politische Konstellation an die Seite der Konserwativen geführt, und manchmal standen wir mit ihnen allein gegen die übrigen Parteien. Eine wenig burleske Demagogie hat es mit großen Geschick verstanden, diese Situation so hinzustellen, als zeige sich darin eine innerpolitische Neuorientierung der nationalliberalen Politik nach der rechten Seite, als liege ein nationalliberal-konservatives Kartell in der Luft. Davon kann keine Rede sein, der Grund- satz der Nationalliberalen Partei war stets und wird stets bleiben: „Macht und Größe nach außen, Freiheit nach innen.“ Wie entwürdigend ist es, wenn man es stets so hinstellt, als müsse die Nationalliberale Partei entweder nach der fortschrit- tlichen oder nach der konserwativen Seite hin Ansehen suchen, als gäbe es nicht eine eigene nationalliberale Politik, die sich selber die Richtlinien nach außen und innen bildet. Wir lassen uns unsere Stellungnahme zur inneren Politik nicht von Heydebrandt, wir lassen uns aber auch die Stellung zur auswärtigen Politik nicht von der „Frankfurter Zeit- ung“ vorschreiben. Vor 50 Jahren ist die Nationalliberale Partei gegründet worden, weil Rudolf von Bennigsen damals erkannte, daß in Fragen der Außenpolitik die Wege der fortschrittlichen Partei von den Wegen sich scheideten, die die Nationalliberale Partei gehen müsse. In wunderbaren Worten hat er damals zum Ausdruck gebracht, daß diese Verschiedenartigkeit der Auffassungen an der Lage nichts ändern, an dem Wesen der Nationalliberalen Partei zu einer freisinnlichen Politik im Innern. Seitdem ist ein halbes Jahrhundert vergangen, und wieder liegen die Dinge so wie zur Geburts- stunde der Partei. Deshalb sollte man aber auch in dieser Lage nichts Außergewöhnliches erblicken, deshalb braucht man darin keine Rechtsentwicklung zu sehen, sondern es ist nur der Ausdruck dessen, was wir in der Geschichte der Nationalliberalen Partei so oft erlebt haben: daß die große gewaltige Kraft, die in einem ge- einten Liberalismus vorhanden war, nicht voll zum Ausdruck

kommen konnte, weil wir in Fragen der auswärtigen Politik und in den Fragen, die die Grundlagen für die aus- wärtige Politik sind, in Fragen von Wehrmacht, Flotte und Kolonien nicht immer einig zu gehen vermochten. Wer aber die Entwicklung der deutschen Verhältnisse in diesem halben Jahr- hundert angesehen hat, der wird auch keinen Augenblick zu zweifeln vermögen, daß der Weg, den die Nationalliberalen gegangen waren, der richtige war, so wie wir auch glauben, daß die Wege, die wir heute gehen, die für uns gegebenen sind.“

Weiter vernährte sich Herr Stresemann dagegen, daß die Stellungnahme der Nationalliberalen zur auswärtigen Politik als Bekenntnis zu einer brutalen Machtpolitik hingestellt und ihr die Verständigungspolitik gegenübergestellt wurde, von der man größere Erfolge erwartete. Es sei auch richtig, davon zu sprechen, daß „Machtpolitik nach außen“ und „Reaktion im Innern“ etwa verwandt sein müßten. Das Beispiel Englands beweise das Gegenteil.

Leider hat Herr Stresemann es unterlassen, an der Hand der fünfzigjährigen Geschichte der Nationalliberalen Partei nachzu- weisen, daß seine Partei nicht nur die „Machtpolitik nach außen“, sondern auch die Freiheit im Innern gefördert habe. Wenn das erste durchaus richtig ist, so das zweite ganz gewiß nicht. Dafür liefert die Geschichte der Nationalliberalen Partei die schlagendsten Beweise.

Eine kleine Anfrage.

Die fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Gothein, Pach- nide, Siblovich und Wendorf haben im Reichstage folgende kleine Anfrage eingebracht: „Ist dem Herrn Reichsanwalt bekannt, daß das Versicherungsamt Kottbus und das Oberverste- rungsamt Schwerin gegen Ehefrauen von Seelenten, deren in wech- selndem Alter lebende Ehemänner durch die kriegerischen Ere- gnisse im neutralen Auslande zurückgehalten werden, oder in Feindesland interniert sind, die Reichswohndarlehen verweigert wird? Was gedenkt der Herr Reichsanwalt zu tun, um diese unerschließ- liche Behandlung der Familien von in Mecklenburg ansässigen See- leuten zu beseitigen?“

Kann ein Dissident Offizier werden?

Die Monatschrift „Weltliche Schule“ veröffentlicht eine Antwort des Kriegsministers auf eine an ihn ergangene An- frage. Diese Antwort lautet: Kriegsminister im Großen Hauptquartier.

Nr. 568/15, g. C. L. Großes Hauptquartier, 20. Nov. 1915. Euer Hochwohlgeboren teilt das Kriegsministerium in Be- antwortung des gefälligen Schreibens vom 17. 6. 1915 nach An- schluß der Untersuchung in der Beschwerde des Professors Dr. H. folgendes ergebnis mit:

Eine Allerhöchste Kabinettsorder, die die Beförderung von Dissidenten zum Offizier oder Sanitätsoffizier verbietet, besteht nicht.

Sofern die sonstigen Bedingungen erfüllt sind, steht der Be- förderung nach sorgfältiger Prüfung des Einzelfalles nichts ent- gegen, vorausgesetzt, daß der zu Befördernde einer Religions- gemeinschaft angehört, der der Staat seine Anerkennung nicht verweigert. Dementsprechend sind auch verschiedentlich von meinen Amtsvorgängern, so in der 228. Sitzung am 10. 3. 1900 und in der 22. Sitzung am 10. 2. 1910 im Reichstage Erklärungen ab- gegeben, daß die Wahl zum Leutnantoffizier, wenn die sonstigen dazu vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Religionsgemeinschaft zu erfolgen hat und erfolgt.

Aber die Zugehörigkeit zu einer Religions- gemeinschaft wird verlangt. Dissidenten, sofern sie konfessionslos sind, werden ausgeschlossen.

Da die Söhne des Herrn Professor Dr. H. aus der Landes- kirche ausgetreten und ausdrücklich als „konfessionslos“ bezeich- net sind, gehören sie einer Religionsgemeinschaft überhaupt nicht an und kommen demnach für die Wahl zum Offizier oder Sani- tätsoffizier nicht in Frage.

Das Kriegsministerium muß an diesem Standpunkt festhalten, da gerade die jetzige ernste Zeit bewiesen hat, wie fest im Volke die Religion wurzelt, und wie sich gerade jetzt manche, deren Verhältnis zu ihrer Religionsgemeinschaft bereits gelockert war, dem Glauben und der Religion wieder zugewandt haben.

An der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft festzu- halten ist auch eine Notwendigkeit, weil sie für den erzieherischen Einfluß des Offiziers auf die Mannschaften, ihre Belehrung über den Ehreneid und die in ihm beruhenden Pflichten von nicht zu entbehrender Bedeutung ist. Wollte man hiervon ab- gehen, so würde das bei der jetzigen Erhaltung des religiösen Geistes in weiten Kreisen des Volkes auf Mangel an Verständ- nis stoßen. gez. Wild von Hohenzorn.

Die nach mehr als einer Richtung hin sehr ansehenswerte Auf- fassung dürfte bestimmt im Reichstage bei gegebener Gelegenheit mit erörtert werden. (2)

Genosse Stauning über deutsche und französische Sozialisten.

Der Berichterstatter der „National-Zeitung“, Emmerich Déri, hatte eine Unterredung mit dem dänischen Minister, Genossen Stauning, in deren Verlauf auch auf die Haltung der deutschen und der französischen Sozialisten die Rede kam. Genosse Stauning erklärte, im Augenblick wenig Hoffnung auf Frieden zu haben. Auf den Einwurf des Berichterstatters, daß dabei doch den Sozia- listen der neutralen Länder eine große Aufgabe zufalle, er- widerte er:

„Ja, das meine ich auch. Wir arbeiten auch ständig daran, eine Annäherung zustande zu bringen. Das ist aber wirklich eine sehr schwierige Aufgabe. . . . Wir haben vorläufig wenig Hoffnung. Wir haben einen Kongreß gehabt, an dem die Sozialdemokraten der skandinavischen Staaten teilgenommen haben. Dann haben wir noch einen Kongreß im Haag gehabt, an dem die Sozialdemokraten sämtlicher neutraler Staaten teilnahmen. Die größte Schwierigkeit bildet natürlich der Umstand, daß wir nicht imstande sind, die Sozialdemokraten der kriegsführenden Staaten zusammenzubrin- gen.“

Als Ursache dieser Schwierigkeiten bezeichnete Stauning den blinden Haß, mit dem dieser Krieg geführt werde, und auf den Einwurf des Berichterstatters, daß die deutschen Sozialdemokraten in dieser Hinsicht eine Ausnahme machten, erwiderte er:

„Das ist wahr. Die französischen Sozialdemokraten haben vorläufig gegen den Frieden gestimmt. Aber die Minderheit bei der letzten Abstimmung über diesen Gegenstand war sehr stark, und wir dürfen hoffen, daß bei der nächsten Abstimmung diese Minderheit noch stärker wird. Die Deutschen haben aber noch mehr getan: sie waren bereit, mit den Sozialdemokraten der feindlichen Staaten in Verbindung zu treten und über die Friedens- möglichkeiten zu verhandeln. Ueberhaupt meine ich, daß die Deutschen viel nüchternere sind, sie leiden nicht unter der Kriegspolyphe, wie die Franzosen.“

Genosse Stauning hat recht. In dem Wunsche, mit den Sozia- listen der kriegsführenden Länder über die Friedensmöglichkeiten zu verhandeln, sind die deutschen Sozialdemokraten aller Richtun- gen einig und seit Beginn des Krieges einig gewesen. Die Ver- handlungen werden beginnen, sobald auch die französische sozia- listische Partei und die englische Arbeiterpartei bereit sein werden, einer Einladung von neutraler Seite zu folgen.

Berliner Elektrizitäts-Werke.

In der Aufsichtsratsitzung der Berliner Elektrizitäts-Werke am 24. Oktober wurde der Jahresabschluss vorgelegt, der noch für drei Monate den Ertrag an den Berliner Zentralfunktionen einbringt. Der zur Verteilung verfügbare Reingewinn beträgt 4 522 057,30 M. (die Vergleichszahl des Vorjahres ist nach Abzug des Gewinnanteils der Stadt Berlin 6 080 288,82 M.). Die Generalversammlung wird auf den 23. Nov. d. J. einberufen werden. Es wird vorgeschlagen, 4 1/2 Proz. Dividende auf 20 Millionen Vorzugsaktien und 7 Prozent (gegen 9 Prozent) auf 44,1 Millionen Stammaktien auszuschütten sowie 203 580,23 Mark auf neue Rechnung vorzutragen. Der Vorstand berichtete, daß bei der Elektro-Werke-Aktiengesellschaft der Betrieb aufgenommen, die Kohlenförderung aber unter erschwerten Verhältnissen noch in der Entwicklung sei. Die von den Berliner Elektrizitätswerken kontrollierten Stromlieferungsunternehmen seien naturgemäß von der Ungunst der Zeiten nicht unberührt geblieben.

Drohende Kohlenpreissteigerung.

Unter den beteiligten Stellen finden, wie die „Frankf. Jtg.“ hört, schon jetzt Verhandlungen über die Kohlenpreise für das erste Vierteljahr 1917 statt. Die endgültige Beschlußfassung darüber ist für die im November einuberufende Versammlung der Jechen vorgesehen. Die Bestrebungen der Jechen zielen seit einiger Zeit unter Hinweis auf die seit dem Frühjahr eingetretene weitere Steigerung der Löhne und der übrigen Selbstkosten nachdrücklich auf eine Heraushebung der Preise für alle Kohlenarten hin. Bei der Festsetzung der Preise wird die Haltung des Handelsministers ausschlaggebend sein. Wenn man den Äußerungen aus Zechenkreisen in dieser Frage folgen darf, so scheint der Minister einer der Erhöhung der Selbstkosten einigermassen Rechnung tragenden Heraushebung der Preise für Industriekohle und Steinkohle seine Zustimmung geben zu wollen, dagegen ist es noch zweifelhaft, ob auch die Hausbrandkohle in die Erhöhung einbezogen werden wird.

Die belgische Schifffahrt während des Krieges.

Die „Times“ vom 12. Oktober schreibt: Die Inhaber der belgischen Firma Brys and Gillen Ltd. entliefen auf einem Schlepper aus Antwerpen, bevor die Deutschen die Stadt besetzten. Sie nahmen eine große Summe Gold mit und richteten ein Geschäft in London ein. 1915 erließen ihre Firma in Lloyd-Kontingen als Besitzerin von 27 Dampfern. Juli 1916 mit bereits 85. Jetzt besitzt sie 39 Dampfer. Alle diese Schiffe sind jetzt auf den nördlichen belgischen Lloyd übertragen worden, der am 10. Juli mit einem Kapital von 50 Millionen Frank gegründet wurde. Der belgische Lloyd hat bereits die Schaffung eines Dienstes zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich angelündigt, und jetzt beabsichtigt er, in den indischen Handel einzutreten. Er soll nach dem Krieg die bisher von der deutschen Dania-Linie betriebenen Dienste verdrängen und überhaupt die ganze Schifffahrt nach den belgischen Häfen, die früher ein Monopol der deutschen Linien war, versehen. (z)

Soziales.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die diesjährige Generalversammlung der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten fand am Sonntag im Kaiserin-Friedrich-Krankenhaus in Berlin statt. Der erste Teil der Sitzung gestaltete sich zu einer wirkungsvollen Trauerfeier für den dahingewandenen Vorsitzenden der Gesellschaft, Professor Dr. Reiter. Professor Dr. Blaschko, der langjährige Mitarbeiter Reiters, würdigte in einer tiefempfundene Rede die Verdienste des großen Forschers und Arztes, dem die Gesellschaft selbst ja einen großen Teil ihrer Erfolge verdankt. Professor Dr. Blaschko wurde an Stelle des Verstorbenen zum Vorsitzenden gewählt. Zum Generalsekretär der Gesellschaft ernannte die Versammlung an Stelle des Dr. Blaschko den Professor Dr. Felix Pinus (Berlin). Die ausführlichen Verhandlungen betrafen fast ausschließlich das Thema einer wirksamen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Der Jahresbericht hebt hervor, daß die von der Gesellschaft eingesezte Sachverständigenkommission eine Reihe von Vorschlägen an den Reichstag als Material überreicht hat, welche schon während des Krieges eine wirksame Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ermöglichen sollen. Außer einer gründlichen Umgestaltung des bisherigen Systems der Prostitutionsüberwachung verlangt die Gesellschaft vor allem die Einreichung der Geschlechtskrankheiten in das Reichsgesetzbuch, die Verstrafung solcher Personen, die, obwohl sie wissen, daß sie krank sind, andere der Gefahr einer Ansteckung aussetzen, Spezialärztliche Prüfung der Ärzte im Staatsexamen, Verbot der Behandlung Geschlechtskranker durch Nichtapprobierte, Verbot des öffentlichen Sichaubietens zur Behandlung sowie briefliche Behandlung Geschlechtskranker, Einführung der Sexualpädagogik als Lehrfach auf Seminaren und Hochschulen.

Die Diskussion legte an ein Referat des Dr. Hahn (Hamburg) über das neue System der Verstrafung Stellen ein und zeigte, daß über die Frage, ob diese näher oder schärfer, weit voneinander abweichende Ansichten in den Kreisen der Ärzte vorliegen. Die Landesversicherungsanstalten haben auf Anregung des Reichsversicherungsamtes zwecks dauernder Überwachung Geschlechtskranker Maßnahmen getroffen. Es sind Beratungsstellen eingerichtet, an die die Kriegsteilnehmer auch nach ihrer Entlassung sich wenden sollen. Die Ärzte der Beratungsstellen sollen sich der Behandlung enthalten. Der Erkrankte soll der Krankenkasse überwiesen werden. Nur wenn der Kranke triftige Gründe dagegen geltend macht, soll sie die Versicherungsanstalt übernehmen. Es sind nun, wieder der Referent hervorhob, gegen diese Verstrafung oder Fürsorgestellen eine Reihe von Bedenken von ärztlicher Seite erhoben worden: es liege eine Verletzung der Schweigepflicht vor, wenn der Arzt dem Versicherungssträger in Fällen von Geschlechtskrankheiten Kenntnis gibt, ferner führe die Fürsorgestelle, als eine Zwischeninstanz zwischen Arzt und Patient, das erforderliche Vertrauen, endlich: die Patienten würden Ausflüchten zulassen. Der Referent teilt diese Bedenken nicht. Anders liegt es, wie die Diskussion und eine Reihe von ärztlichen Aufstellungen zeigt, auf Seiten vieler Ärzte. Diese befürchten vor allem — und das mit Recht — daß die empfohlene Maßregel nicht zu einer Bekämpfung, sondern zu einer Vermehrung der Geschlechtskrankheiten führen würde. Für ärztliche Behandlung ist Vertrauen erforderlich. Das läßt sich nicht erzwingen. Die unbedingte Aufrechterhaltung der Schweigepflicht liegt im öffentlichen Interesse. Wird nach dem Vorschlag der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten die Geschlechtskrankheit in das Register der nach dem Seuchengesetz angezeigten Krankheiten eingetragt, so ist notwendig, daß auch ein für den Patienten unentgeltlicher Behandlungs- und Heilzwang den Ärzten auferlegt wird. Ohne diesen haben die Vorschläge keinen Wert. In Dänemark ist mit der Einführung der unentgeltlichen Behandlung ein Anfang gemacht und hat vorzügliche Resultate. Nicht das Individualinteresse des Arztes oder des Kranken, sondern das Ziel muß entscheidend sein, die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen. Dies läßt sich wie bei ähnlich schweren im Seuchengesetz angeführten Krankheiten — z. B. der Cholera — ohne für den Patienten unentgeltliche ärztliche Behandlung nicht erreichen. Daß das Reich oder der Staat oder sonstige Körperschaften die Vergütung zu übernehmen haben, ist selbstverständliche Voraussetzung eines den Ärzten auferlegten Behandlungszwanges. Zu wahren ist dabei das Recht des Patienten, den Arzt seines Vertrauens zu wählen. Diesen Standpunkt hat die Sozialdemokratie auch im Parlament und außerhalb desselben seit Jahrzehnten vertreten.

das Recht eingeräumt, die geltenden Arbeiterinnen-, Jugend- und Kinderschutzbestimmungen während der Dauer des Krieges außer Kraft zu setzen. Ist die Außerkräftsetzung der Schutzgesetze auch nicht generell erfolgt, so ist die leichtere Möglichkeit, von der Innehaltung der Gesetze befreit zu werden, von vielen Unternehmern sehr stark ausgenutzt worden.

Was für kurze Zeit und als Ausnahme gedacht war, ist jetzt eine mehr als zweijährige Praxis und Regel geworden. In der Folge ist nicht nur die Arbeitszeit vielfach verlängert, das Verbot der Nachtarbeit außer Kraft gesetzt, sondern auch Frauenarbeit in Verufen zugelassen, in denen sie vor dem Krieg durch Gesetz oder Bundesverordnung verboten war.

Diese starke Ausnutzung der weiblichen Arbeitskraft wirkt auf die Dauer weitestgehend in hohem Maße gesundheitschädlich. Eine Gesundheitschädigung der Frauen bringt fortwährend aber auch eine Beeinträchtigung von Gesundheit und Lebensmöglichkeit der nachwachsenden Generation.

Aller Arbeiterinnenschutz hat deshalb doppelte Bedeutung: Er soll eine unabsehbare Schranke sein gegen eine übermäßige Ausnutzung, um in der Arbeiterin die Persönlichkeit, den Menschen, dem eigenen Denken, Fühlen, Wollen und Streben zu bewahren, und er soll gleichzeitig den weiblichen Menschen behüten, der gegen Familie und Gesellschaft die naturgegebene Pflicht der Mutterpflicht zu erfüllen hat.

Je größer die Zahl der weiblichen Arbeiter wird, um so mehr erfordert deshalb nicht nur ihr eigenes Interesse und das ihrer Klasse, sondern darüber hinaus das Lebensinteresse der Gesellschaft, daß der Arbeiterinnenschutz eine kräftige Ausgestaltung erfährt.

Der erste Schritt dazu wäre die Aufhebung des Rotgesetzes von 1914.

Bei der starken Ueberfüllung des weiblichen Arbeitsmarktes kann keine Rede davon sein, daß Nacht- und Ueberstundenarbeit gemacht werden müßte, um die Produktion aufrecht zu erhalten. Dagegen wird der Verlust, welcher der Volksgesundheit aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge erwächst, ein unüberbrücklicher werden, je mehr, je länger die weibliche und jugendliche Arbeitskraft zu wenig geschützt bleibt.

Bisher sind freilich die sozialdemokratischen Anträge im Reichstage, desgleichen die Petitionen der Gewerkschaften, der sozialdemokratischen Frauen und des Arbeiterinnenvereins ohne Erfolg geblieben. Diese Tatsache darf uns jedoch nicht abhalten, immer aufs neue die Aufhebung des Rotgesetzes zu fordern und darüber hinaus unsere weitergehenden Forderungen für den Ausbau des Arbeiterinnenschutzes mit Nachdruck zu vertreten.

Eine Verfüzung der täglichen Arbeitszeit auf höchstens acht Stunden für die erwachsenen Arbeiterinnen und auf sechs Stunden für die Jugendlichen; Verbot der Erwerbsarbeit für alle Kinder bis zum 16. Lebensjahre; die Freigabe des Sonnabendnachmittags, um den Arbeiterinnen einen wirklich freien Sonntag zu sichern, die Freigabe eines freien Nachmittags zu Körperübungen für die Jugendlichen; die generelle Einführung einer 14-tägigen Ferienzeit für alle Arbeitenden unter Fortzahlung des Lohnes; Verlängerung der als Nacht bezeichneten Zeit, um ein Durchbrechen des Verbots der Nachtarbeit durch Ueberstunden zu verhindern; ein Verbot der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen bei gewerblichen Giften und gesundheitschädigenden Arbeitsarten und -methoden; Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen 8 Wochen vor der Entbindung und 8 Wochen nach dieser; ein Ausbau des Seimarbeitergesetzes nach den Grundzügen, wie sie von den verschiedenen Heimarbeitertagen aufgestellt worden sind.

Das sind die wichtigsten Forderungen, die wir in der Öffentlichkeit propagieren und im Parlament mit Energie vertreten sollten. Alle Forderungen, deren Durchsetzung durch die steigende Zunahme der Frauenerwerbsarbeit und die Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse dringlicher denn je geworden ist.

Weiter hat schon eine starke Genöwöhnung an die verstärkte Ausnutzung der weiblichen und jugendlichen Arbeitskräfte stattgefunden; in der Folge wird deshalb die Durchsetzung eines erweiterten Schutzes ungenügend erschwert werden.

Daraus erwächst für uns die Pflicht, den gekennzeichneten Ausbau des Arbeiterinnenschutzes als soziale und volkswirtschaftliche Notwendigkeit wieder und wieder aufzuzeigen und eindringlich darzustellen, um die Entwicklung vorwärts zu treiben.

In erster Linie ist es natürlich Sache unserer Genöwinnen, die Diskussion dieser für sie so überaus wichtigen Fragen anzuregen und immer wieder in den Vordergrund zu rücken.

Je größer die Zahl der Interessierten, je klarer ihre Erkenntnis, je fester ihr Wille und je heller ihre Begeisterung, um so leichter und voller der angestrebte Erfolg.

Deshalb ans Werk, Genöwinnen, um unsere Sache handelt es sich!

Aus der Partei.

15. Kongreß der italienischen Sozialisten in der Schweiz.

In Zürich hielten die in der Schweiz niedergelassenen organisierten italienischen Sozialisten ihren 15. Kongreß ab, auf dem sämtliche 20 Sektionen durch zirka 40 Delegierte vertreten waren. Die schweizerische sozialdemokratische Partei, die sozialdemokratische Jugendorganisation, die russischen Sozialisten in der Schweiz und endlich der Parteivorstand der italienischen Sozialdemokratie hatten ebenfalls Vertreter entsandt. Nach den Berichten der Parteileitung ist während der Kriegszeit eine Vermehrung der Mitgliederzahl eingetreten und auch der „Avvenita del Laborator“, der in Zürich erscheint, hat eine Vermehrung seiner Abonnentenzahl erfahren, namentlich auch infolge des Abonnements mehrerer schweizerischer Gewerkschaftsverbände für ihre italienischen Mitglieder. Die Genöwinn Valabanoff und Genöwinn Brotto, Sekretär des schweizerischen Bauarbeiterverbandes, hielten Referate über die internationale Bewegung und die sozialistische Presse sowie über Organisation und sozialistische Propaganda. Zwei angenommene Resolutionen der Genöwinn Valabanoff erklären die Zustimmung des Kongresses zu den Beschlüssen der Konferenzen von Zimmerwald und Arment und bezogen dem „Avanti“ volle Anerkennung für seine gute Haltung. Die Resolution Brotto enthält eine sozialistische Prinzipienklärung gegenüber der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, betont die praktische Mitarbeit der italienischen Genöwinnen in der schweizerischen Arbeiterbewegung, erklärt die Gewerkschaft „als eines der wichtigsten Mittel zur Wahrung der Interessen und des Selbstbewußtseins des Proletariats sowie zur Bildung seines Klassenbewußtseins und sie verpflichtet jeden Parteigenossen, sich der Gewerkschaft zu widmen, ihr beizutreten und solidarisch mit seinen Arbeitskollegen, aleichgültig welcher Nation, vorzugehen.“ Dieser Beschluß ist ganz besonders zu begrüßen, auch als offenkundige Folge der seit Monaten in der internationalen Arbeiterpresse geführten lebhaften Diskussion über die Gewerkschaftsfragen der unorganisierten italienischen Arbeitermassen. Es ist dringend zu wünschen, daß diese zeitgemäße Resolution italienischer Genöwinnen auch in die Tat umgesetzt wird.

Stampfer-Kämpfer. Genöwinn Dr. Leisch sendet uns nachfolgende Zuschrift:

„Aufgefordert, seinen böartigen und vom Haum gebrochenen Angriff auf mich durch den Beweis der Wahrheit zu rechtfertigen, redet sich der treifliche „Vorwärts“ sehr dankbar heraus, er sei es ja gar nicht gewesen, es sei ein „Anhängler“ der Mehrheit gewesen. Ich kann nicht zugeben, daß dadurch die Stellung des „Vorwärts“ irgendwie gebessert wird. Habe ich mir früher die Meinung und Ströbel vom Leibe gehalten, so bin ich jetzt erst recht nicht geneigt, mich mit Stampfer-Kämpfer einmotten zu lassen.“

Aus dem sächsischen Landtage.

Die Regierung hat, entsprechend einem gemeinschaftlichen Antrage der Fraktionen in der Zweiten Kammer und nach vorheriger Verständigung mit diesen eine Gesetzesvorlage eingebracht, nach der ein vorläufiges Verbot der Veräußerung von Kohlenfeldern, die im privaten Besitz oder auf privatem Grund und Boden sich befinden, erlassen werden soll. Das Gesetz will auf diese Weise der Spekulation und dem Kettenhandel mit Kohlenabbaugebieten und damit einer weiteren Vertiefung der sächsischen Kohle vorbeugen. Es soll längstens bis 30. Juni 1918 gelten, bis dahin wird dieses Rotgesetz durch eingehende gesetzliche Regelung der Materie ersetzt sein. Veranlassung dazu gab die Tatsache, daß in neuerer Zeit der Spekulationsseiter auf dem fraglichen Gebiet sich stark bemerkbar machte. Das Gesetz soll rückwirkende Kraft bis zum 18. Oktober erhalten, an welchem Tage das Vorhaben öffentlich bekannt geworden ist. Da auch die Erste Kammer zustimmen wird, ist an dem Zustandekommen nicht zu zweifeln.

Ende dieser oder Mitte nächster Woche soll der Landtag wieder ver tagt werden. Die Art, wie man in den vier Wochen, seitdem der Landtag jetzt zusammen ist, in der Zweiten Kammer gearbeitet hat, fordert zum stärksten Widerspruch heraus. Außer der Elektrizitätsvorlage und der Ernährungsfrage hat man nur kurze Sitzungen abgehalten und sich mit sehr unbedeutenden Angelegenheiten beschäftigt. Plenarsitzungen hat man nur drei oder vier, einmal sogar nur zwei in der Woche abgehalten, angeblich aus Mangel an Stoff. Dabei liegen wichtige sozialdemokratische Anträge aus der Hauptfraktion noch unerledigt da. Außerdem sind einige neue Anträge bezw. Interpellationen über die Unterfütterung arbeitsloser Textilarbeiter und über den Verlagerungsstand von unserer Seite gestellt. Alles höchst aktuelle und wichtige Fragen. Sie werden aber nicht auf die Tagesordnung gebracht, lieber hält man keine Sitzungen ab. So ist die Zeit in den vier Wochen in einer Weise verträdel worden, wie es bisher noch nicht dagewesen ist. Man will offenbar die Erörterung der von der sozialdemokratischen Fraktion aufgeworfenen Fragen auch diesmal wieder hinauschieben, obwohl sie durch ihren Vertreter im Präsidium und durch entsprechende Fraktionsbeschlüsse wiederholt und dringend die Erledigung verlangt und sich gegen die Zeitverträdelung gewendet hat. Das Präsidium scheint diesem Drängen leider wenig Beachtung zu schenken. — Im Januar soll der Landtag noch einmal berufen und dann geschlossen werden. Da das Diätengesetz für den gegenwärtigen Zustand keine Bestimmungen enthält, soll durch Gesetz beschloffen werden, daß für die letzte Tagung eine Entschädigung von 500 M. gewährt wird.

Die Erziehung in Namslau-Brieg.

Der Bund der Landwirte benutzte den Vorfrieden dazu, seine Führer in den Reichstag zu bringen. Auf den Wd. Dr. Köfcke folgt jetzt der stellvertretende Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Aus dem Winkel-Lagau, der als Nachfolger Dertels in Namslau-Brieg aufgestellt worden ist. Die anderen Parteien in diesem Kreise werden Wahlenthaltung üben. Dr. Dertel ist 1912 mit einer ganz knappen Mehrheit gewählt worden; das Mandat war angefochten und eine Kassierung der Wahl wäre höchst wahrscheinlich eingetreten, wenn der Krieg nicht dazwischen gekommen wäre. In Friedenszeiten hätte ein extremer Bündler vom Schlage des Herrn Aus dem Winkel jedenfalls keine Aussicht gehabt, in diesem Wahlkreis glatt gewählt zu werden.

Papierwucher?

Die Papierpreise sind enorm gestiegen und die Folge davon war, daß mit dem Papierverbrauch stark gespart wurde. Letzteres liegt nun aber durchaus nicht im Interesse der Papierfabrikanten. Ein treffendes Schlaglicht auf die Geflorenheiten der Preissteigerung auf dem Papiermarkt liefert nun ein Rundschreiben des „Verbands Sächsischer Papierfabriken“, das dem „Berliner Tageblatt“ in die Hände gefallen ist und von diesem veröffentlicht wird. Das interessante Dokument setzt auseinander, daß eine Papiernot überhaupt nicht besteht, weshalb übertriebene Sparmaßnahmen im Verbrauch von Papier durchaus nicht am Platze sei.

Man würde dadurch den betreffenden Unternehmungen den Abfall ihrer Erzeugnisse nur unnötigerweise erschweren, während doch die volle Aufrechterhaltung auch dieser Betriebe zum wirtschaftlichen Durchhalten unbedingt nötig ist. Wir bitten daher dringend, in Ihrem Verstande einer übermäßigen Sparsamkeit im Papierverbrauch entgegenwirken und alle Kreise, auch durch die Presse, darüber aufklären zu wollen, daß eine Papiernot im Deutschen Reich, von der immer berichtet wird, in Wirklichkeit gar nicht besteht.“

Au eine Herabsetzung der Preise denken die Papierfabriken allerdings nicht, ihre hohen Dividenden wollen sie behalten.

Das tägliche Brot.

Erneute Anzeige der Kornbranntweinbestände.

Durch den Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ist eine wiederholte Anzeige der unversetzten und unvergällten Bestände von Kornbranntwein angeordnet worden.

Nach dieser Verordnung ist jeder, der am 1. November d. J. unversetzten oder unvergällten Kornbranntwein in Gewarbfraum hat, verpflichtet, die Vorräte getrennt nach den Lagerungsorten, der Zahl und Art der Behälter sowie nach den Eigentümern unter Angabe des Alkoholgehalts in Gewichtshundertteilen der Spirituszentrale G. m. b. H., Berlin, Schellingstr. 14/15 (also nicht der Kornspirituszentrale), bis zum 5. November anzuzeigen. Kornbranntweinemengen, die am 2. November irgendwie unterwegs sind, sind vom Empfänger unmittelbar nach dem Eintreffen anzuzeigen. Die Verordnung droht für Zuwiderhandlungen gegen die Anzeigepflicht Strafen und eventuell Einziehung der Branntweinbestände an.

Frauenerwerbsarbeit und Arbeiterinnenschutz.

Von Luise Ziegl.

Mit der steigenden Intensität und der wachsenden Mechanisierung der Arbeit ist ein tief einschneidender geschlicher Schuß der Arbeitenden, der fortgesetzt erweitert werden muß, zu einer kulturellen Notwendigkeit geworden.

Die Gesetzgebung hat aber meistens erst festgelegt, was durch den wirtschaftlichen Kampf errungen und längst Praxis geworden war.

Trotzdem haben wir alle Ursache, immer von neuem das größte Gewicht auf eine geschliche Regelung des Schutzes zu legen, weil erst diese eine feste Schranke der übermäßigen Ausnutzung der Arbeitskraft zieht, die nicht bei jeder Krise sofort durchbrochen und niedergelegt werden kann.

Insbesondere ist gegenwärtig, bei der starken Zunahme der Frauenerwerbsarbeit, ein umfassender Arbeiterinnenschutz von größter Bedeutung, ja mehr als das: eine unumgängliche Notwendigkeit.

Durch das Rotgesetz vom 4. August 1914 ist dem Reichskanzler

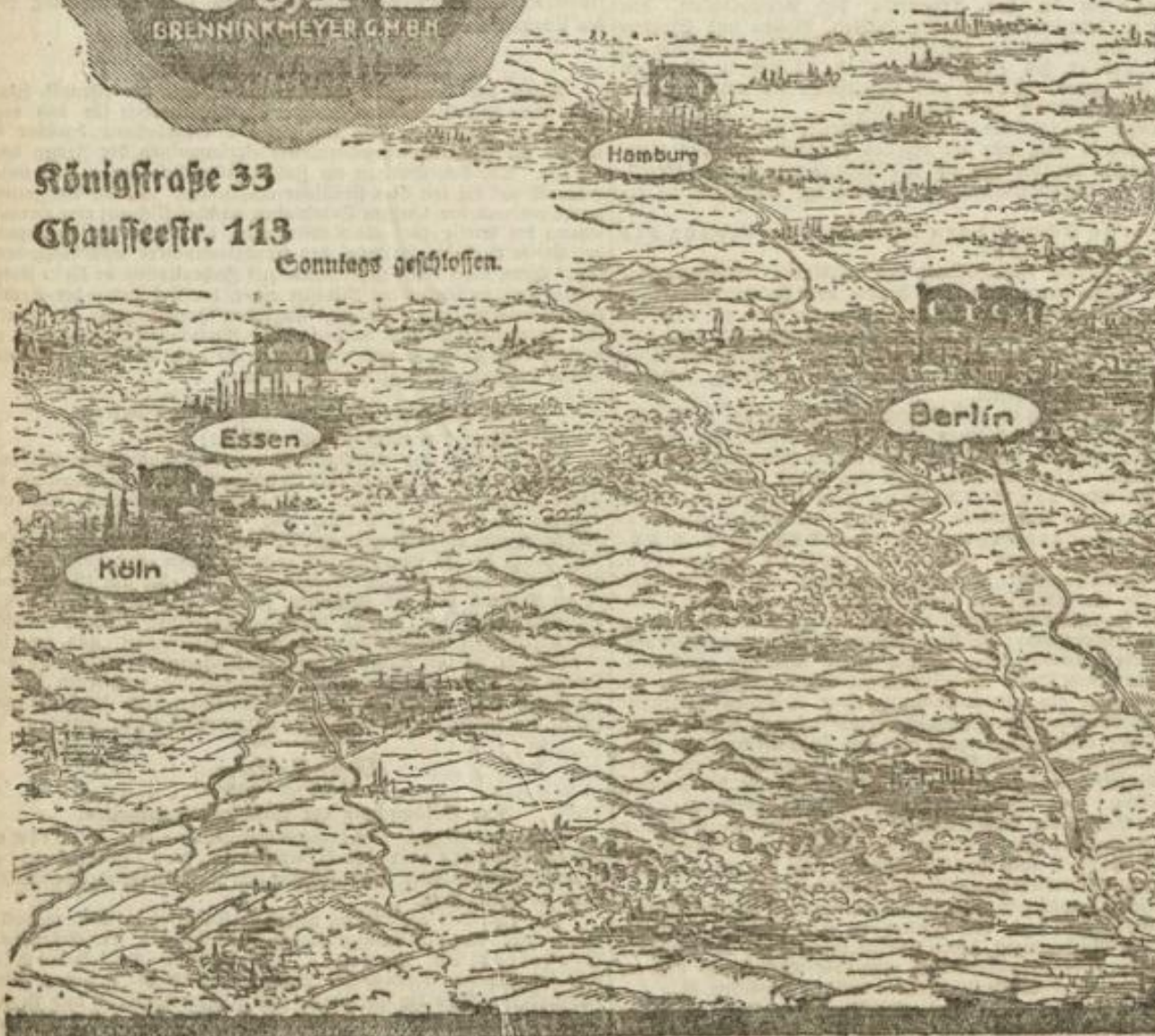
Mit dem Bezugsschein in der Hand
kauft man bequem im ganzen Land



Königsstraße 33

Chausseestr. 113

Sonntags geschlossen.



Moderner Paletot
lange Form aus hübscher,
faulstichiger Ware in verschie-
denen Farben. Wirkungs-
voller Wiedererschallt
45.50

Flotter Paletot
1/4 lange Form mit dem
neuen Modenschalt und sehr
hübschen Passenausschlagen
in verschiedenen Farben
32.75

Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Kreis Niederbarnim.**
Bezirk Niederschönhausen.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Genosse, der Ehrliche
Ernst Mecklenburg
gestorben ist.
Obre seinem Audenten!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 4 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Gemeinde-Friedhofes Niederschön-
hausen, Gernmannstraße, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
216/12 Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Niederbarnim.**
Bezirk Lichtenberg.
Am Sonntag, den 22. Oktober
deschad unser Genossein, Frau
Berta Gerlach
Königsstr. 35. (Wohnst. 20).
Obre ihrem Audenten!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 27. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, auf dem Begräb-
nisplatz in Margahn statt.
Begräbnisbindung 2.14 und 3.21 ab
Bahnhof, Friedhof-Friedrichsfelde.
Rege Beteiligung erwartet.
14/8 Die Bezirksleitung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
dass unser Mitglied, der Schloßer
Karl Lummert
Königsstr., Wanzlstr. 18,
am 29. Oktober gestorben ist.
Obre seinem Audenten!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 20. Oktober, nach-
mittags 1 Uhr, vom Trauer-
hause aus auf dem Gemeindeg-
friedhof, Mariendorfer Weg, statt.
Rege Beteiligung erwartet.
124/12 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die zahlreichen Beweise auf-
richtiger Teilnahme an dem Tode
unserer lieben Frau, unserer guten
Mutter
Berta Krossin
sagen wir allen unseren Mitgefühlten
Dank.
H. Krossin und Kinder.

Am Montag, den 21. Oktober
1918, abends 8 Uhr, verstarb nach
langem, schwerem Leiden unser
lieber Mann, treuer, guter
Vater und Großvater, Bruder,
Schwager und Onkel, der Rentier
und fehrere Gastwirt
Karl Reichert
im Alter von 64 Jahren. 1854/20
Im tiefsten Schmerz
Die Hinterbliebenen.
Betteldobeln und Kranzspende
höflich dankend verbeten.
Bestatt. S. 69, Diefenbachstr. 29.
Die Einäscherung findet am
Freitag, den 27. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, im Krematorium
Gerickestraße statt.

Dankfagung.
Für die bezügliche Teilnahme und
die vielen Kranzspenden bei der Be-
erdigung unserer lieben Frau und
Mutter
Gertrud geb. Pilgermann
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten unseren innigsten
Dank.
**Familie Pango,
Familie Pilgermann,
Charlottenburg, Chausseestr. 2.**

Dankfagung.
Allen Teilnehmern an der Beerdigung
unseres lieben Schwagers, des
Selbstmörders
Wilhelm Thielke
besonders dem Herrn Ober Dr. Witz
und seinem Kompanien, den lieben
Arbeitskollegen und dem Quartett
„Sänger-Chor“ für den schönen Ge-
sangs sagen hiermit unseren besten
Dank.
**Karl Posch, Schwager,
Agnis Posch,
Dunderstraße 13.**

Spezialarzt
für Haut-, Darm-, Frauenleiden,
nerv. Schwäche, Beintranke jeder
Art. **Chrlidj-Gata-Kuren,**
Friedrichstr. 81, gegenüber
Panoptikum.
Sprechst. 12-2, 1/2-1/2, Sonntags
11-2. Honorar mäß. a. Teilzahl.
— Separates Damenzimmer. —

Heines Werke
3 Bände 5 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Den Genossen im Felde
Ist es Bedürfnis, über das politische
und organisatorische Leben in der
Heimat stets unterrichtet zu sein.
Darum sendet ihnen regelmäßig
die Neuerscheinungen
der parteigenössischen Literatur
des Krieges. Sie sind zu beziehen
durch die Zeitungsausdräger oder
direkt durch die
BUCHHANDLUNG VORWÄRTS
BERLIN SW. 68, Lindenstraße 3

Pelzwaren
eigener Konfektion, gut sortiertes
reichhaltiges Lager in allen Pelzarten,
Reparaturen nach beliebigen Modellen.
Kleider-Itzig, Kantsstr. 50 im Hause
der Post

CARDINAL
ZIGARETTEN
sind Qualitätsmarken

FOVEAUX
RAUCHTABAKE
überall erhältlich

Trustfrei Trustfrei

„Unsere Marine“
Zigarette
2 1/2 Pfg.
einschließlich Kriegsaufschlag

Trotz Steuererhöhung
behalten unsere Zigaretten ihre
alten anerkannten Qualitäten!

Georg A. Jasmatzi Aktien-Gesellschaft

**Westmann's
Trauermagazin**
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Mohrenstraße 37a
(Kolonaden)
H. Gr. Frankfurter Str. 110
(Nabe Androssen)
Auswahlsendungen sofort.
Am Zentrum 1090.
Sonntags 12-2 Uhr geöffnet.

Für Feldsoldaten!
Deutsch-Polnisch 15 Pfg.
Deutsch-Französisch 15 Pfg.
Buchhandlung Vorwärts.

Kennen Sie die Wohltat
einer Leibbinde?
Sämtliche Systeme am Lager
resp. nach Maßanfertigung sowie
Bruchbandagen aller
Art.
Artikel z. Gesundh.- u. Krankenpflege
Pollmann, Bandagist
Berlin N., Lethringer Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen.
Spezialarzt
Dr. med. Wockenfuß,
Friedrichstr. 123 (Oranienb. Tor),
für Syphilis, Nara- u. Frauenleiden -
Entsch-Nata-Kur (Dauer 12 Tage),
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
222/6 störung. Teilzahlung.
Sprechstunden: 10-1 und 5-8

Carbidtischlampen,
Sturmlaternen 4,50, 5,75, 7,50. Car-
bid billig. Qualit. Rabat. Weber-
straße 42. 183/15

Arbeitsnachweis und Arbeitsgemeinschaften im Dienste der Kriegsbeschädigtenfürsorge.

Zu dem Artikel in Nr. 290 des „Vorwärts“ vom 27. September dieses Jahres nimmt die „Arbeitszeitung“ vom 1. Oktober in ihrem Leitartikel Stellung unter der Überschrift: „Sozialpolitik oder Interessenpolitik“.

Der Artikel der „Arbeitszeitung“ ist weniger wegen Sachkenntnis des Schreibers, als in sonstiger Beziehung interessant, was uns veranlaßt, ihn etwas näher zu betrachten. Die „Arbeitszeitung“ sagt, es müßten in erster Linie bei Regelung der Unterbringung der Kriegsbeschädigten sachliche Gesichtspunkte in Betracht kommen. Das ist auch unsere Meinung. Und nur von sachlichen Gesichtspunkten aus haben wir zu der Frage Stellung genommen. Ob der Artikelschreiber der „Arbeitszeitung“ von ebenso sachlichen Gesichtspunkten aus zur Frage der Unterbringung der Kriegsbeschädigten Stellung genommen hat, erlauben wir uns zu bezweifeln angesichts der Tatsache, daß in den Kreisen, denen der Artikelschreiber angehört, die Errichtung von Arbeitsgemeinschaften zwecks Unterbringung der Kriegsbeschädigten und der Erledigung ihrer Beschwerden vielfach bekämpft wird. Diese Herren fürchten, daß es sich mit dem Herrn-im-Haus-Standpunkt der Arbeitgeber nicht verträgt, wenn solche Arbeitsgemeinschaften errichtet werden. Die Herren fürchten eine Verletzung der Interessen der Arbeitgeber und darum ihre Gegnerschaft. Das klingt unzweifelhaft aus dieser und anderen Veröffentlichungen heraus, und ist auch sonst aus diesen Kreisen an anderen Orten so unzweifelhaft zum Ausdruck gekommen, daß man den Herren wirklich mit Hug und Recht den Vorwurf zurückgeben kann, sie treiben Interessenpolitik und nicht Sozialpolitik. Das bestreiten wollen, siehe einfach Tatsachen abprüfen.

Sobann wird im Artikel der „Arbeitszeitung“ in drei Worten das Problem des Arbeitsnachweises und der Arbeitsbeschaffung in so einfacher Weise gelöst, daß man sich eigentlich wundern muß, wie seit einer Reihe von Jahren Hunderte von arbeitsfähigen Männern in Deutschland sich bemühen, das Problem der Arbeitsvermittlung zu lösen. Die „Arbeitszeitung“ sagt, wer Arbeit sucht, habe sich an den zu wenden, der Arbeit zu vergeben hat; heißt: Man traue seinen Augen nicht, wenn man in der „Arbeitszeitung“ einen solchen Satz findet. Es ist geradezu das Ei des Kolumbus, das wir da vor uns sehen. Der Artikelschreiber scheint bisher auf dem Mond gelebt zu haben und sich um die Dinge, die sich auf der Erde abspielen, nicht zu kümmern; sonst dürfte es ihm doch nicht unbekannt geblieben sein, daß bereits jetzt, wo doch notorisch ein sehr großer Mangel an Arbeitskräften vorzuliegen ist, es sehr große Schwierigkeiten macht, einen Teil der Kriegsbeschädigten unterzubringen. Beweis: die Vakanzlisten. Wieviel schwieriger wird es nun erst sein, wenn mit Beendigung des Krieges die Millionen von Arbeitern aus dem Felde zurückkehren und von Arbeitsmangel keine Rede mehr ist.

Das alles läßt die „Arbeitszeitung“ kalt, es expliziert einfach nicht für sie, sie erklärt, was Arbeit sucht, wendet sich an den, der Arbeit zu vergeben hat. Die Bemühung von verschiedensten Seiten, für die Kriegsbeschädigten zu sorgen und ihnen passende Beschäftigung zu verschaffen, erklärt die „Arbeitszeitung“ für Interessenpolitik, die der Sache keineswegs förderlich ist.

Diese Verdächtigung der zahlreichen Kreise der deutschen Bevölkerung, als ob diese nicht in erster Linie vom Interesse für die Kriegsbeschädigten geleitet würden, verdient wohl eingehend zurückgewiesen zu werden, zumal wenn man der „Arbeitszeitung“ nachweisen kann, daß die Gründe ihrer Stellungnahme zum „Vorwärts“-Artikel nicht in Gegnerschaft gegen die Selbstständigkeit der Arbeitsgemeinschaften bestehen, sondern die Gründe herzuweisen sind aus der grundsätzlichen Gegnerschaft gegen Arbeitsgemeinschaften überhaupt. Die „Arbeitszeitung“ glaubt wahrscheinlich, daß sich bei dem Streit um die Stellung der Arbeitsgemeinschaften eine Gelegenheit bietet, den Arbeitsgemeinschaften an sich eine auszuweichen. Das geht unverkennbar aus dem ganzen Artikel hervor.

Die „Arbeitszeitung“ sagt weiter, daß, wenn die Vorschläge des Magistratsrat Wölkling verwirklicht würden, so kämen die Arbeitsgemeinschaften in eine gewisse Abhängigkeit von öffentlichen Radikalen, und das wäre ein Punkt, der dem sozialdemokratischen Organ gar nicht gefallen will. Die Arbeitsgemeinschaften sollen nach dem Willen des „Vorwärts“ ihre volle Selbstständigkeit behaupten, darauf kommt alles an.

Ja, wir erlauben uns hier zunächst zu fragen, ob denn dieser Standpunkt nur im Artikel des „Vorwärts“ vertreten wird, oder ob nicht auch in anderen, dem „Vorwärts“ fernstehenden Kreisen diese Auffassung durchaus geteilt wird. Vielleicht bemüht sich der Artikelschreiber, einmal festzustellen, wie in Kreisen außerhalb des „Vorwärts“ die Meinung darüber ist. Dann wird sich herausstellen, daß das, was die „Arbeitszeitung“ da sagt über die Stellung der Arbeitsgemeinschaften nach der Meinung des „Vorwärts“, nicht nur die Meinung des „Vorwärts“ ist, sondern für die meisten Leute, die in Arbeitsgemeinschaften praktisch tätig sind, einfach eine Selbstverständlichkeit. Mit Worten wie im Artikel der „Arbeitszeitung“ wendet man sich nur gegen den „Vorwärts“-Artikel, wenn man die Arbeitsgemeinschaften selbst möglichst zu Fall bringen will, und das ist unzweifelhaft die Absicht der „Arbeitszeitung“.

Weiter sagt die „Arbeitszeitung“, daß der „Vorwärts“ auf die öffentlichen Radikale, auf den Zentralverein für Arbeitsnachweis und auf den Verband Märkischer Arbeitsnachweise nicht gut zu sprechen wäre. Nun, die „Arbeitszeitung“ irrt sich und schüttet das Sand in dem Wege aus. Öffentliche Radikale wollen auch wir, und zwar in möglichst vollkommener Form auf Grund der im Reichstag im März 1915 angenommenen Resolution. Die Arbeiter sind bereit, ihre gewerkschaftlichen Radikale aufzugeben zugunsten solcher öffentlichen Radikale, unter der Voraussetzung allerdings, daß auch die Arbeitgeber nachweise ihre Tätigkeit einzustellen haben. Was wir am Zentralverein für Arbeitsnachweis in Berlin und am dem Verband Märkischer Arbeitsnachweise tadeln, ist nicht die Existenz dieser Radikale an sich, sondern einige Mängel, die von uns kritisiert werden, und dazu hat man ja wohl noch ein Recht, wenn man auch sonst mit der Sache selbst grundsätzlich einverstanden ist. Wie aber steht es mit der Ansicht der „Arbeitszeitung“ über den Zentralverein und den Verband Märkischer Arbeitsnachweise? Besteht da nicht die grundsätzliche Abneigung, die die „Arbeitszeitung“ hinsichtlich dem „Vorwärts“ unterstellt?

Was die „Arbeitszeitung“ dann noch sagt über Organisation der Arbeitsgemeinschaften und über die Einigung der Arbeitsgemeinschaften zur Erledigung von Beschwerden der Kriegsbeschädigten, das kann nach dem Obengesagten wohl übergegangen werden, da ja die Heilen der „Arbeitszeitung“ nicht distanz sind von dem Streben, die Sache objektiv zu betrachten, sondern sie wegen ihrer Parteilichkeit in den Arbeitskreisen zu demütigen, die grundsätzlichen Gegner jedweder Parteilichkeit sind.

Die „Arbeitszeitung“ fragt weiter, welcher Arbeiter, der eine Stelle sucht, wird sich denn zuerst an die Arbeitsgemeinschaft wenden, und welchen Grund könnte es haben, den Weg für den Arbeitsuchenden noch dadurch zu verlängern, daß man zwischen den Arbeitsnachweis und die Arbeitsstelle noch eine besondere Instanz, nämlich die Arbeitsgemeinschaft, schiebt? Ja, solche Fragen kann man doch nur stellen, wenn man es für überflüssige Zeitverschwendung betrachtet hat, sich mit der Art der Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften zu beschäftigen, und wenn man auch keine Ahnung hat, wie die Organisation des Ganzen ist und nicht versteht, daß die Arbeitsgemeinschaften von vielen ernsthaften Männern, die praktisch die Bedeutung der Arbeitsgemeinschaften kennen gelernt haben, als geradezu unerlässliche Einrichtung für die geeignete Unterbringung der Kriegsbeschädigten bezeichnet werden.

Es taugt eben nicht, wenn man sich, wie die „Arbeitszeitung“, auf einen grundsätzlich ablehnenden Standpunkt stellt, die Sache und ihre Bedeutung nicht prüft und nun vollständig frei von jeder Sachkenntnis ein ablehnendes Urteil abgibt.

Das sagt auch schon der nachfolgende Satz im Artikel der „Arbeitszeitung“, der da lautet: „Denn die Parteilichkeit der Arbeitsgemeinschaften bedeutet nichts anderes als das Uebergehören der Gewerkschaften, die bei dieser Gelegenheit ein ausgezeichnetes Mittel in die Hand bekommen, alle Arbeitsuchenden zu kontrollieren und sie gegebenenfalls für ihre Organisation zu gewinnen.“ Das ist platter Unsinn, denn für die Organisation der Arbeiter und für die Bekämpfung der Arbeiter kommen Kriegsbeschädigte, die in einem erheblichen Maße in ihrer Arbeitsfähigkeit beschränkt sind, nur unter Umständen in Frage, aktiv überhaupt nicht. Welchen Wert es haben soll, unorganisierte Kriegsbeschädigte für die Organisation zu gewinnen, ist nach dem Obengesagten gleichfalls rätselhaft. Auch diese Ausführungen der „Arbeitszeitung“ sind durch Sachkenntnis nicht getrübt.

Am Schluß zitiert die „Arbeitszeitung“ eine Stelle aus dem Artikel des Magistratsrat Wölkling, worin es heißt, die Hauptsache wäre, daß der richtige Mann an den richtigen Platz kommt. Ja, das ist eine Unsinnsmaxime, und es dreht sich gar nicht darum, diesen Satz zu bestritten, sondern es dreht sich darum, wie bringen wir den Kriegsbeschädigten an die für ihn geeignetste Stelle, wie regeln wir es, wenn trotz aller Vorkehrungen der Kriegsbeschädigte eben doch noch nicht an die richtige Stelle gekommen ist, und wie soll es geregelt werden, wenn der Kriegsbeschädigte trotz Versprechungen doch nicht richtig behandelt wird.

Was der „Arbeitszeitung“ vorschwebt, ist, wie wir schon eingangs sagten, Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaften an sich, freie Hand für die Arbeitgeber und ihre Radikale, den Kriegsbeschädigten einzustellen, den sie einstellen wollen, Entlohnung wie sie es für richtig halten, und was die Arbeitgeber und ihre Radikale nicht einstellen wollen, das kann ja dann durch die öffentlichen Radikale versucht werden, unterzubringen. Dabei soll die gesamte Bevölkerung dann das Vertrauen zu den Arbeitgebern haben, daß sie schon aus nationalem Pflichtgefühl heraus das Richtige tun werden.

Ja, die „Arbeitszeitung“ misst ihrem Artikelschreiber vergibt nur, daß trotz der seinerzeitigen Erklärungen der Arbeitgeberverbände schon jetzt noch während des Krieges in vielen Fällen krasse Mißstände in bezug auf Beschäftigung, Behandlung und Vergütung der Kriegsbeschädigten vorgekommen sind, daß Einrichtungen wie die Arbeitsgemeinschaften notwendig sind zum Schutze der Kriegsbeschädigten. Die Arbeitgeber, die aus stillschweigendem Pflichtgefühl heraus sich auch ohne eine solche Einrichtung wirklich bemühen, den Pflichten, die die Gesamtheit den Kriegsbeschädigten gegenüber hat, gerecht zu werden, die brauchen die Mitwirkung und die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften nicht zu befürchten, und die haben auch wirklich keine Ursache, sich gegen diese Einrichtungen zu wehren. Anders, die etwas zu verstecken haben und deren Taten mit ihren Worten den Kriegsbeschädigten gegenüber nicht in Einklang gebracht werden können, die haben allerdings alle Ursache, die Errichtung von Institutionen, wie es die Arbeitsgemeinschaften sind, zu bekämpfen.

Nach alledem kann die Stellungnahme der „Arbeitszeitung“ nicht mehr überraschen.

Aus Groß-Berlin.

Mehrung der Fürsorgezöglinge.

Die Fürsorgezöglinge der Stadt Berlin haben sich in letzter Zeit stark gemehrt. Vom Herbst vorigen Jahres bis zum Sommer dieses Jahres ist ihre Gesamtzahl um reichlich 500 gestiegen. Am 1. November 1915 hatte Berlin 4068 Fürsorgezöglinge, am 1. September 1916 aber waren es bereits 4577. Noch unerfreulicher wird das Bild, wenn man die Zahlen des Zu- und Abganges betrachtet, aus denen dieses Zeit stellte sich der Zugang auf 1099, der Abgang auf 588. Mehr Monate brachten 1099 Fürsorgezöglinge! Daran war der Monat August dieses Jahres mit allein 205, ziemlich einem Fünftel beteiligt. Die Monatsstabellen des Berliner Statistischen Amtes, aus denen wir diese Zusammenstellung gemacht haben, gaben selber für Zu- und Abgänge nicht die Anteile der beiden Geschlechter. Wie weit die Abgangszahlen der männlichen Fürsorgezöglinge durch die Einziehungen zum Wehrdienst beeinflusst sein mögen, kann man nicht wissen. Angaben über die Anteile der Geschlechter finden wir in den Monatsstabellen nur für den jeweiligen Bestand bei Monatsabschluss. Beteiligt waren am 1. November 1915 an dem Bestand von 4068 die männlichen Zöglinge mit 2531, die weiblichen mit 1535, am 1. September 1916 an dem Bestand von 4577 die männlichen mit 2810, die weiblichen mit 1767. Hiernach haben sich in den zehn Monaten gemehrt die männlichen Zöglinge von 2531 um 279 auf 2810, um 11 Proz., die weiblichen von 1535 um 232 auf 1767, um 15 Proz. Der Eifer, bei Verfehlungen von Kindern und Jugendlichen die Fürsorgeerziehung anzuordnen, scheint wieder mal im Steigen zu sein.

Aus der Arbeit des Nationalen Frauendienstes.

Für den Nationalen Frauendienst in Berlin wurde durch eine Versammlung geworden, die am Dienstag nach dem Abgeordnetenhause einberufen war. Mitarbeiterinnen des Nationalen Frauendienstes und solche, die es werden wollten und sollten, hatten sich in großer Zahl eingefunden. Der Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses erwies sich als zu klein, so daß gleichzeitig auch im Herrenhaus eine Versammlung abgehalten werden mußte. Hier wie dort sprachen dieselben Rednerinnen über die einzelnen Zweige der vielfältigen Aufgabe des Nationalen Frauendienstes. Fräulein Dr. Alice Salomon betonte, wie sehr das Geleitete noch hinter dem Notwendigen zurückbleibe. Im Laufe der zwei Kriegsjahre hat der Nationale

Frauendienst, den rasch auftretenden Bedürfnissen der Zeit ebenso rasch sich anpassend, sein Arbeitsgebiet immer mehr ausdehnen müssen. Dabei haben aber seine Mitarbeiterinnen sich immer weiter verringert, von den im August 1914 zusammengebrachten 7000 Frauen aller Berufsstände und Parteien (auch der sozialdemokratischen Partei) auf jetzt nur noch 1800. Frau Lepp-Mathenau hob hervor, daß sehr viele an der weiteren Mitarbeit nur durch ihre Tätigkeit in der Hauswirtschaft oder im Erwerbsleben gehindert worden sind. Sie erzählte in ihrem allgemeinen Bericht manches von der Arbeitslast, die der Nationale Frauendienst bewältigen mußte und noch bewältigen muß. Noch lämen Woche für Woche etwa 12 000 Personen zu den 23 Büros des Berliner Nationalen Frauendienstes, um sich Rat und nötigenfalls auch tatkräftige Hilfe zu holen. Frau Freyhan, die über die Arbeit der Hilfskommissionen berichtete, meint, daß ohne die sofort nach Kriegsausbruch begonnene Tätigkeit des Nationalen Frauendienstes die Veruhigung der Bevölkerung nicht so schnell eingetreten wäre. Aus Fräulein Friedenthal's Schilderung der Arbeitsbeschaffung durch den Nationalen Frauendienst ersieht man, daß die vermittelte Arbeit zwar bei sehr eiligen Aufträgen sehr geübten Arbeiterinnen bis 35 W. Wochenverdienst brachte, daß aber sonst der Wochenverdienst zwischen 8-20 W. lag. Der Durchschnittsverdienst sei in fortwährendem Sinken, weil zum Zweck möglicher Streckung der Arbeitszeit die dem einzelnen zu gebende Arbeitsmenge eingeschränkt werden müsse. Die Lebensmittelfürsorge des Nationalen Frauendienstes, von der Frau Friedländer ein Bild entwarf, verteilte von August 1914 bis Anfang Oktober 1916 über 2 Millionen Mark in 6 1/2 Millionen Gutscheinen auf Brot, Milch, Kartoffeln, Gemüse, Kolonialwaren. Das Geld wurde zum allergrößten Teil aus dem Stadtkasse Berlins hergegeben. Der Nationale Frauendienst trat in Verbindung nicht nur mit der Konsumgenossenschaft, sondern auch mit Hunderten kleiner Händler. Diesen habe man durch Zulassung zur Lieferung auf Gutscheine die Fortführung ihrer Geschäfte erleichtern wollen, sagte Frau Friedländer. Sie nannte es eine wichtige Aufgabe der Mitarbeiterinnen an der Lebensmittelfürsorge des Nationalen Frauendienstes, im Volke das Vertrauen zur Möglichkeit des Durchhaltens zu stärken. Über die Teilnahme des Nationalen Frauendienstes an der Lebensmittellieferung der Volksgenossen berichtete Frau Wälsam. Sie glaubt, daß nur durch diese Kontrolle unlaute Händler von noch schlimmeren Übertreibungen abgehalten worden sind. Den Hausfrauen rät sie, etwaige Beschwerden sofort an die Preisprüfstelle zu melden. Auch bei den Volksfesten, über die Frau Lepp-Mathenau noch kurz sprach, arbeitet der Nationale Frauendienst mit. Für den Winter sei eine Mehrung des Jutrades zu den Volksfesten zu erwarten.

Die ständischen Zustände am Markgrafendamm, die kürzlich ein Leser unseres Blattes schilderte, wurden in der Sitzung der Tiefbaudeputation besprochen. Es wurde festgestellt, daß die Unterhaltung des Straßendamms Sache der Gemeinde Stralau sei, während für die Befestigung und Unterhaltung der Bürgersteige die Anlieger verantwortlich seien. Mit den Anliegern sei es aber eine böse Sache. Ein Teil des Geländes ist ungebaut, ein anderer Anlieger befindet sich in Vermögensverfall. Es bliebe nur übrig, daß die Straßenbaupolizei sich der Sache annehme und für Beseitigung Sorge auf die Weise, daß die Verantwortlichen zur Ordnung der Verhältnisse gezwungen werden würden. Das wird aber in letzter Linie dahin auslaufen, daß die Stadt zunächst selber die Verhältnisse ordnet und die Kosten später von den Anliegern einzieht, wenn sie etwas bekommt. Eine Verpflichtung habe die Stadt Berlin nicht, wie mitgeteilt wurde, aber die Straßenbaupolizei dürfe sich der Sache annehmen, schon um das Publikum vor den ihnen zweifellos drohenden schweren Gefahren zu bewahren.

Die Herbst-Generalsammlung der Freien Volksbühne fand am Donnerstag, den 19. Oktober, im Gewerkschaftshaus statt. Konrad Schmidt, der erste Vorsitzende, erläuterte im Namen des Vorstandes und künstlerischen Ausschusses den Geschäftsbericht für das abgelaufene Geschäftsjahr 1915-1916. Die Verhältnisse des Volksbühnenjahres und damit natürlich auch die des alten Vereins haben sich im zweiten Kriegsjahre über Erwartung günstig gestaltet. Nach Abschluß des Vertrages mit Reinhardt, in welchem dieser das neue Volksbühnen auf ein paar Jahre pachtweise übernahm und sich zu wöchentlich je vier Vorstellungen für die Mitglieder verpflichtet, konnte das Kartell im vorigen Herbst bereits vier neue Abteilungen eröffnen. Der Mitgliederbestand, der im Frühjahr 1915 auf 33 000 gestiegen war, erhöhte sich auf 40 000. Die Beiträge wurden für die Spielzeit 1916/17 im wesentlichen auf der früheren Grundlage mit dem Löffing, dem Künstler, dem Charlottenburger Schiller-Theater und dem Charlottenburger Opernhaus erneuert. Wir beglücken in derselben mit einer Mitgliederzahl von nunmehr 51 000, von denen 12 000 der Freien, 38 400 der Neuen Freien Volksbühne angehören. Die finanzielle Lage ist weiter auch durch die zu Anfang des Berichtsjahres von den Generalsammlungen beider Volksbühnen vollzogene Erhöhung des Mitgliederbeitrages für Abendvorstellungen von 1,10 M. auf 1,30 M. befestigt worden. In dem Berichtsjahre gelangten 35 Stücke zur Aufführung, davon 20 im Volksbühnen.

Den Kassenbericht vom 1. September 1915 bis zum 31. August gab der Geschäftsführer Winkler. Die Einnahmen in der genannten Zeit betragen 708 552,97 M., die Ausgaben 729 308,90 M., der Bestand beträgt 30 048,07 M. Nach Ausgleich des Gewinns und Verlusts blieb dem Verbands ein Ueberschuß von 134,48 M. Nach Erstellung der Rechnung fanden die Neuwahlen für den Vorstand, den künstlerischen Ausschuss, die Revisoren, die Obleute und Ordner statt.

Veranstaltungen am Freitag und am Totensonntag.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Die gegenwärtigen Verhältnisse machen es auch in diesem Jahre erforderlich, daß am Ruhstage und am Totensonntag strengere Grundzüge hinsichtlich der Zulassung öffentlicher Theater- und ähnlicher Veranstaltungen zu gelten haben als bisher. Mit Rücksicht hierauf wird unter Zustimmung des königlichen Oberkommandos in den Marken für den Bereich des Landespolizeibereichs folgendes bekannt gemacht.

1. An den auf den 26. November fallenden, dem Andenken der Verstorbenen gewidmeten Todestage (Totensonntag) werden als Aufführungen ersten Charakters im Sinne des § 10 Ziffer 2 der Polizeiverordnung vom 15. Mai 1913 nur zugelassen:

- a) Aufführungen klassischer oder modern-literarischer Theaterstücke höchst ersten Charakters in Theatern, die einem höheren Kunstinteresse dienen;
b) Aufführungen geistlicher Musik und Aufführungen von Lichtbildern aus der biblischen Geschichte oder sonst mit religiösem Zweck und Charakter in Kirchen oder in den Räumen solcher Konzert- und Theaterneigungen, deren Zweck es ist, Darstellungen mit höherem Kunstinteresse zu veranstalten.
2. Am Ruhstage, Mittwoch, den 22. November 1916, und am Totensonntag, den 26. November 1916, erstreckt sich das in § 10 der Polizeiverordnung vom 15. Mai 1913 und in dieser Bekanntmachung angeführte Verbot der öffentlichen Veranstaltungen auch auf alle privaten in Theatern, Konzert- und sonstigen öffentlichen Vergnügungsorten veranstalteten Lustbarkeiten.
3. Vorträge über ernste Gegenstände, die nicht unter den Begriff der Lustbarkeit fallen, sind wie bisher auch diesmal gestattet. Die polizeiliche Genehmigung der hierdurch grundsätzlich zulässigen Veranstaltungen ist rechtzeitig nachzusuchen.

Kleinhändlerpreise für frische Seefische bester Qualität für Donnerstag, den 26. Oktober 1916.

Schellfische, klein (bis 1/2 Pfund) 1,80 M., mittel (von 1/2 bis 1 Pfund) 2,00 M., groß (von 1 bis 1 1/2 Pfund) 2,10 M.; Kabeljau, klein (bis 1 1/2 Pfund) 1,25 M., mittel (von 1 1/2 bis 4 Pfund) 1,40 M., groß (von 4 Pfund und mehr) 1,50 M., ohne Kopf (im Ausschmitt) 2,10 M.; Schollen, kleine (bis zu 1/2 Pfund) 1,00 M. (Zusatz etwas reichlicher.)

Vermisste Kriegsteilnehmer.

In den an das Rote Kreuz gerichteten Anfragen nach vermischten Kriegsteilnehmern werden vielfach die Angaben über Geburtsort, -tag und -jahr, Regiment, Kompanie, Ort und Datum der vermutlichen Gefangennahme nicht mit der Genauigkeit gemacht, die erforderlich ist, wenn die Nachforschungen zu einem sicheren Ergebnis führen sollen. Die Angehörigen der Vermissten werden daher aufgefordert, durch möglichst lückenlose Mitteilung der vorerwähnten Anhaltspunkte den Nachforschungsdienst des Roten Kreuzes zu erleichtern. Sollte ein Vermisster, nach welchem Nachforschungen angestellt sind, seinen Angehörigen aus der Gefangenschaft ein Lebenszeichen geben, bevor eine Aufklärung seines Verbleibs von Seiten des Roten Kreuzes erfolgen konnte, so ist es erwünscht, daß der in Anspruch genommene Stelle der Unterbringungsort des Gefangenen umgehend bekanntgegeben wird, damit einerseits unnötige weitere Nachforschungen vermieden, andererseits auf Grund solcher Mitteilungen die Nachforschungen nach anderen als vermischten gemeldeten Heeresangehörigen fortgesetzt werden können.

Bei einem schwunghaften Handel mit Nahrungsmitteln wurden gestern Abend fünf Mann überrascht und festgenommen. Der Kriminalpolizei kam zu Ohren, daß in zwei benachbarten Lokalen der Linien- und Dragonerstraße mit Lebensmittelkarten aller Art lebhaft gehandelt wird. Nach längerem Beobachten machten mehrere Kriminalbeamte beiden Lokalen gestern Abend einen überraschenden Besuch. Fünf Gäste dieser Lokale, zum größten Teil Leute aus den Kreisen der fliegenden Händler, waren eifrig dabei, Brot- und andere Nahrungsmitteln, die aus Einbrüchen herrühren müssen, anzubieten und abzusetzen. Sie verfügten über ganze Säcke und verpackten und erhielten bis zu 5 M. den Satz. Alle fünf Händler wurden verhaftet. Woher die Waren im einzelnen stammen, bedarf noch der Aufklärung.

Ein schwerer Automobilunfall hat sich am Dienstag Abend in der Müllerstraße ereignet. In der Haltestelle vor dem Hause Müllerstraße 81 wollte eine Frau Kleins einen Straßenbahnwagen der Linie 25 besteigen. Dabei wurde sie, als sie sich fast am Wagen befand, von einem herannahenden Militärautomobil umgerissen. Beim Sturz auf das Straßenpflaster erlitt sie einen Schädelbruch. Die Verunglückte fand im nahen Paul Werhards-Straßenbahnwagen. Ein zweiter schwerer Straßenbahnunfall trug sich im Südosten zu. Vor dem Hause Waldemarstr. 13 wurde der vierjährige Kurt Richmann von einem herannahenden Straßenbahnwagen der Linie 10 umgestoßen. Der Kleine geriet mit den Füßen unter den feilenden Schuprahmen und beide Füße wurden dem bedauernswerten Kinde abgequetscht. In bestimmungslosem Zustande brachte man den verunglückten Knaben nach dem Krankenhaus Bethanien, wo er bedenklich daniederliegt. — Totgefahren wurde gestern Morgen in Steglitz, Schloßstraße, ein Vierfahrer in dem Augenblick, in dem er das Gleis der Straßenbahn überschreiten wollte, von einem dahertommenden Straßenbahnwagen.

Ausstellung für Kriegsbeschädigte. Infolge des regen Besuchs der Ausstellung für Kriegsbeschädigte-Fürsorge im Langenbeck-Wirkow-Haus, Luisenstraße 58/59, hat sich die Kriegsbeschädigten-Fürsorge entschlossen, die Ausstellung bis Montag, den 30. Oktober, zu verlängern. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß vormittags um 10 1/2 Uhr und nachmittags um 4 Uhr Führungen durch die Ausstellung unter fachlicher Leitung stattfinden.

Neber Anzuchtigkeiten beim Milchverkauf in Friedrichsfelde wird nach berichtet, daß es am Sonnabend in der Luisenstraße zu recht unangenehmen Szenen gekommen ist. Die milchholenden Frauen und Kinder wurden durch Äußerungen des diensthabenden Beamten in lebhafter Erregung veretzt. Weil die Frau eines auf Urlaub befindlichen, verwundet gewesenen Unteroffiziers, die ein Kind auf dem Arme trug, von dem Beamten gestochen worden war, trat der Unteroffizier an den Wachtmeister heran, um gegen diese Behandlung Einspruch zu erheben. Der Beamte griff zum Säbel und verlegte dem Soldaten einen Hieb über die Schulter, drohend, ihn über den Haufen zu schießen. Einem zweiten Hieb entging der Unteroffizier dadurch, daß er beiseite trat. Erst ein zweiter Beamter, der hinzukam, machte der Szene ein Ende und beruhigte die Leute durch sein ruhiges und besonnenes Wesen. In der heutigen ersten Zeit sollten zur Regelung des Lebensmittelverkaufs nur Beamte verwendet werden, die selber über große Ruhe und Besonnenheit verfügen.

Auf der Spur des Raubmörders. Der Maurer und Anecht Ebert, der im Sommer vergangenen Jahres bei Vergeborf den dänischen Maler Mortensen ermordete und brauchte, eine Zeitung dessen Namen führte, bis das Verbrechen entdeckt wurde, und sich seitdem allen Nachforschungen zu entziehen verstand, ist nach der Befragung zweier Frauen jetzt in Berlin gewesen und vielleicht noch hier. Nach den Ermittlungen der Hamburger Kriminalpolizei lernte Ebert, der sich Franz Anzpendel aus Puchwitz nannte, in der Nacht zum Mittwoch vergangener Woche, dem 18. d. Mts. in der Herberge in Stendal ein und übernachtete dort, ohne daß man wußte, mit wem man zu tun hatte. Mit ihm kam ein anderer Mann, der sich Friedrich Voge aus Podaszewo nannte. Die beiden gingen am nächsten Morgen weiter und haben sich vermutlich nach Berlin begeben. Hier mietete nun am Tage nach jener Nacht in Stendal, also am Donnerstag vergangener Woche in der Vorfigstraße 28 ein angeklachter Schloffer Paul Wille aus Stolberg in Sachsen eine Schlafstelle. Am nächsten Morgen verschwand Wille und nahm einen Jackettzug mit. Die Vermieterin und eine andere Frau behaupten nun, nachdem ihnen bei ihrer Diebstahlsanzeige auch ein Bild des verfolgten Raubmörders vorgelegt worden war, daß der angeklachte Paul Wille niemand anders als Ebert sei. Der Schlafstellenmieter hatte erzählt, daß er aus Spandau komme und in der nächsten Zeit zu seiner Schwester nach Leipzig fahren wolle. Wenn die Angabe der beiden Zeuginnen zutrifft, so ist dem Verbrecher wohl besonders darum zu tun gewesen, einen Anzug zu bekommen, um seine Kleidung wechseln zu können. Diese war wiederholt in den Zeitungen beschrieben worden. Der Verfolgte, der von seiner geplanten Reise nach Leipzig wohl nur gesprochen hat, um die Verfolger irre zu führen, wird jetzt sicher den gestohlenen Anzug tragen, einen neuen braunen Jackettzug. Zurückgelassen hat er ein gewöhnliches Leinenhemd, wie man es auf dem Lande zu tragen pflegt. Dieses Hemd weist viele Blutsflecke auf und ist P. K. gezeichnet.

Beim Abpringen von einem fahrenden Straßenbahnwagen tödlich verunglückt ist gestern die Ehefrau Marie des Schneiders Käthe aus der Sebastianstraße 17. Sie fiel so schwer hin, daß sie sich einen Schädelbruch zuzog und nach kurzer Zeit im Krankenhaus in der Wittichenstraße starb. — Die 42jährige Frau Marie Wirobski wollte gestern früh gegen 6 1/2 Uhr einen Straßenbahnzug der Linie 05 vor dem Hause Weidenweg 49 während der Fahrt besteigen. Dabei glitt sie vom Trittbrett ab, kam zu Fall und geriet mit dem Bein unter den Schuprahmen des Wagens. Durch Anheben des Wagens wurde die Verunglückte aus ihrer entsetzlichen Lage befreit. Frau W. hatte eine Verletzung des rechten Beines und schwere Verletzungen der Weichteile erlitten. Im Krankenhaus Friedrichs-

hain, wohin die Bedauernswerte geschafft wurde, ist sie bald nach ihrer Aufnahme an den Folgen der schweren Wunden gestorben.

Durch einen Sturz aus dem Fenster und Leben gekommen ist der zwölf Jahre alte Sohn Otto des Zigarrenarbeiters Niedorf aus der Gerichtstraße 72. Der Knabe lehnte sich zu weit aus einem Fenster der im vierten Stock belegenen Wohnung, verlor das Gleichgewicht und fiel in die Tiefe. Noch lebend wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus in der Reinickendorfer Straße gebracht, dort starb er aber schon nach kurzer Zeit.

Die Dörflerische Wurstfabrik in der Greifswalder Straße, die fürlich Gegenstand öffentlicher Erörterungen war infolge der schlechten Gerüche, die von ihr ausgehen sollten, hat ihren Betrieb eingestellt. Als Grund wurden die Schwierigkeiten angegeben, die infolge Einführung der Reichsfleischkarte entstanden sind.

Verloren gegangen ist ein Buch mit dem Mitgliederverzeichnis eines von Verband der Laubenzolnisten gehörigen Vereins mit Beitragsmarken, die für den Finder nicht den geringsten Wert haben, weshalb um Abgabe an Kaiser, Charlottenburg, Ufnaustr. 4, gebeten wird.

Aus den Gemeinden.

Brik. Nach § 1 des Ortsstatuts vom 5. Juni d. J. besteht die hiesige Gemeindeverwaltung neben den Schöffen in Zukunft aus 21 Gemeindeverordneten.

Es sind infolgedessen drei Gemeindeverordnete — für jede Abteilung einer — zur Verstärkung auf sechs Jahre neu zu wählen. Außerdem hat Ertragwahl für den zum Schöffen gewählten Gemeindeverordneten Gustav Gutschmidt der III. Abteilung bis zum 31. März 1920 stattzufinden.

Es wählen am Sonntag, den 29. d. M. die Wähler der III. Abteilung von 12—2 Uhr nachmittags für beide Bezirke in der Turnhalle der 2. Gemeindefschule, Werdstr. 24.

Die Wähler der II. Abteilung können ihr Wahlrecht am Montag, den 30. d. M., von 5—6 Uhr nachmittags im Sitzungssaale des Rathauses ausüben, diejenigen der I. Abteilung von 6 1/2 bis 7 Uhr nachmittags ebendort.

In der I. und III. Abteilung müssen Angelegene, in der II. Abteilung kann ein Nichtangelegener gewählt werden. Eine Einladung der einzelnen Wähler durch Karten erfolgt infolge der vielen Eingehungen zum Heeresdienst nicht. Gewählt wird nach der Wählerliste von 1915.

Die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei für die III. Abteilung sind: Genosse Otto Witte, Kassengeflehter, Rungiusstraße 35a, für die Verstärkungswahl und: Genosse Wilhelm Wutenich, Kassengeflehter, Rungiusstr. 87b, für den Genossen Gutschmidt.

Kondensierte Milch und Haserfloken für Kinder in Schöneberg.

Für die Kinder von 6—10 Jahren, die in Zukunft Vorkursarten nicht mehr erhalten, gibt der Magistrat zu Berlin-Schöneberg vom Sonnabend, den 28. Oktober ab eine Woche lang einmalig eine Dose kondensierter Milch gegen Vorweis der grünen Milchkarte für Oktober und Abgabe eines Abschnittes der Lebensmittelkarte aus. Haserflokenheine für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre werden in Berlin-Schöneberg mit den Novembermilchkarten ausgegeben. Jeder Literkarte wird ein Bezugsschein über 1 Pfund Haser-Fabrikate beigelegt. Es wird dadurch der Bevölkerung ein besonderer Weg zur Vorkommission erspart.

Kohlrübenverkauf in Steglitz.

Auf dem Güterbahnhof werden Donnerstag, den 26., und Freitag, den 27. d. M., Kohlrüben auf die Lebensmittelkarte verkauft. Der Preis beträgt pro Pfund 6 Pf., abgegeben werden auf die Karte 10 Pfund. Aufzugeben wird wie folgt: Donnerstag vormittag 8—12 Uhr die Karten Nr. 12 001—14 000, nachmittags 2—4 1/2 Uhr Nr. 14 001—16 000, Freitag vormittag 8—12 Uhr Nr. 16 001—18 000 und nachmittags 2—4 1/2 Uhr Nr. 18 001 bis 20 000.

Die Lebensmittelversorgung Treptows.

Von der Gemeindeverwaltung wird mitgeteilt: Die Gemeinde Treptow hat seit dem 1. Oktober 1916 neue Lebensmittelkarten eingeführt. Jeder Einwohner erhält eine Karte, die mit 46 abtrennbaren mit Buchstaben und Zahlen bezeichneten Abschnitten versehen ist. Dadurch soll erreicht werden gleichmäßige Verteilung an alle, Kontrolle der Händler. Um Ansammlungen zu vermeiden, sind Kundenlisten eingeführt. Jeder Händler erhält so viel Ware zugewiesen, wie er Kunden hat. Da der Vorrat nicht immer so groß ist, daß alle Einwohner zugleich bei der Verteilung berücksichtigt werden können, ist dafür Sorge getragen, daß alle Einwohner nach und nach die gleichen Waren erhalten. Die Verteilung ist in vollem Gange. Es sind beispielsweise in der vergangenen Woche Nudeln, Gerichte, frische Leberwurst und Eier, ferner Weizenmehl und Haserfloken für Kranke und Haserfloken für Kinder unter 2 Jahren auf die Karten verteilt worden. Ohne Anrechnung auf die Lebensmittelkarten sind u. a. zum Verkauf gelangt:

Sardinen in Tomaten, Delfordinen, Rindfleischkäse, Backobst, Pflaumen, Kaffeemischung, Roggenkaffee, Makrelen, Kräuterbutter, Bouillonnwürfel und Seifenpulver. Auch frisches Gemüse wird zurzeit ständig zum Verkauf gestellt, wodurch die am Orte sehr hohen Preise für Gemüse erheblich herabgedrückt wurden. Weizlohl wird mit 9 Pf., ab Hauptlager bei zentraler weisem Bezug mit 7 Pf., Kartoffeln mit 16 Pf., ab Hauptlager mit 15 Pf., Kohlrüben mit 8 Pf., ab Hauptlager mit 6 1/2 Pf. gehandelt. Größere Mengen sollen eingemietet oder eingekauft werden. Zwiebeln gibt es für 18 Pf. das Pfund, geräucherter Wädlinge und geräucherter Schellfisch, Graupen, Bohnen und Walzstaeff gelangen in dieser Woche zum Verkauf.

Die Fleischverteilung hält mit Berlin gleichen Schritt. Die Wochmenge von 200 Gramm konnte stets verteilt werden. Um dem Mangel an Schweinefleisch abzuhelfen, hat die Gemeinde eine eigene Schweine-mästerei eingerichtet, die zurzeit einen Bestand von 200 Schweinen aufweist. Außerdem sind durch Vermittlung der Gemeinde an Treptower Einwohner über 50 Fatterschweine verkauft worden.

Die Milchversorgung ist nach den Verordnungen der Milchversorgungsgesellschaft Groß-Berlin geregelt. Um Ansammlungen vor den Milchgeschäften nach Möglichkeit zu vermeiden, hat die Gemeinde angeordnet, daß die verschiedenen Milchgruppen einzeln nach einander abgefertigt werden, und zwar in folgender Reihenfolge: Mote Karten (1 Liter), blaue Karten (1/2 Liter), braune Karten (1/2 Liter), gelbe Karten (1/2 Liter), grüne Karten.

Die Milchhändler haben durch Anhang an von außen sichtbarer Stelle die Zeiten bekannt zu geben, in denen die einzelnen Kartengruppen abgefertigt werden. Die Zeiteinteilung ist so zu regeln, daß Ansammlungen vermieden werden.

Die Gemeinde hat einen eigenen Kuchstall errichtet, um die Versorgung der Kranken und Säuglinge mit guter Milch sicherzustellen.

Seit dem 19. Juni 1916 unterhält die Gemeinde zwei Vürgerläden am Orte, die sich guten Zuspruchs erfreuen; zurzeit werden rund 2100 Personen täglich gespeist.

Die Verteilung von Futtermitteln erfolgt auf Grund von besonderen Futtermittelkarten, die jedesmal dem Futtermittelhändler vorzulegen sind. Dieser vermerkt auf der Karte die abgegebenen Futtermittel. Aus den amtlichen Bekanntmachungen entnehmen wir, daß Futtermittel, Einheitskraftfutter, Knochenmehl und inländische Kleie an die Viehhalter verteilt werden.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Freitag mittag. Zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, besonders im Südwesten etwas Regen; Temperaturen wenig verändert.

Gerichtszeitung.

Strafbarer Scherz.

Ein merkwürdiger Versuch in den der Munitionsfabrikation zurzeit dienenden Räumen der A. E. G. lag einer Anklage wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch bezw. Amtsmißbrauch zugrunde, die das Schöffengericht Berlin-Mitte beschlößt.

Angelagt waren der Schloffer Paul Dunkelberg und der Dreher Georg Wenzel. Ersterer war in der Geschloßfabrik in Spandau beschäftigt gewesen und hatte, da er einer Abteilungskommission zugeteilt gewesen war, eine Ausweisarte zum Betreten der Turbinenfabrik in der Duttienstraße erhalten. In einem Schanklokal hatte er eines Abends den M. kennen gelernt und mit ihm wader gezecht. In der Dickstimmung machte er sich anheißig, in der Nacht den M. durch die letzten Räume der A. E. G. zu führen. Beide machten sich dann nachtschlicher Weise auch auf den Weg. Dem Förster Vorikowski, der den Dunkelberg schon kannte, erklärte er auf Befragen nach dem Grund seines Erscheinens, er habe den Auftrag, einen Granatendiebstahl aufzuklären und mit Hilfe des M., den er als „Kriminalchupmann Wendt“ vorstellte, eine Durchsuchung der Fabrikräume vorzunehmen. Dem Förster kam die Sache sonderbar vor, als aber M. auf seine Frage nach dem Polizeirevier kurzerhand eine Nummer nannte, ließ er die beiden nachtschlichen Gäste zwar zunächst ein, benachrichtigte aber den Werkmeister, der dann beide Angeklagte, die bereits die Pressekerlei beschlößt hatten, festnehmen ließ. Der ursprünglich aufgetauchte Verdacht, daß es den beiden darum zu tun gewesen sein könnte, irgendwas auszukupieren, hat sich nicht bestätigt; es scheint sich vielmehr, wie Rechtsanwält Niep ausführte, nur um eine sogenannte betrunkenen Geschichte gehandelt zu haben, bei der es seitens des M. zu einer Veräugung des ihm von D. selbstherrlich zugelegten Amtsscharacters überdies gar nicht gekommen sei. — Das Schöffengericht verurteilte die Angeklagten zu je einer Woche Gefängnis.

Vom Begriff des zuständigen Beamten.

Nach § 300 Ziffer 8 des Strafgesetzbuchs wird bestraft u. a. derjenige, der sich eines ihm nicht zuzurechnenden Namens eines zuständigen Beamten genachahert. Wegen Uebertretung der Bestimmung war Frau Cohn angelagt worden. Sie hatte in einer Lieferungsliste mit einer Verordnungsstelle der Intendantur zu tun. Dort verhandelte sie mit einem bei der Intendantur tätigen Kessler. Sie nannte sich ihm gegenüber nicht Cohn, sondern Woser, und zwar auf Veranlassung eines Kaufmanns Moses. Wegen des Gebrauchs dieses ihr nicht zuzurechnenden Namens wurde Frau Cohn auf Grund des § 300 Ziffer 8 angeklagt, und mit ihr Moses als Aufstifter. Die beiden Angeklagten wurden jedoch in allen drei Instanzen freigesprochen. Das Kammergericht führte in seinem jetzt die Revision der Staatsanwaltschaft zurückweisenden Erkenntnis aus: Die Freiprechung der Angeklagten durch das Landgericht III sei gerechtfertigt, weil die Angeklagte den ihr nicht zuzurechnenden Namen nicht gegenüber einem „zuständigen“ Beamten im Sinne des § 300 Ziffer 8 gebraucht habe. Ein zuständiger Beamter in diesem Sinne sei ein Beamter, dem auf Grund des Staatsoberhoheitsrechts die Befugnis zustehe, den Namen der ihnen gegenüberstehenden Personen aus dem Publikum zu erfordern. In diesen Beamten habe hier der in Frage stehende Kessler Claudius nicht gehört. Denn er sei vorliegend nur der Vertreter einer vertragschließenden Partei, nämlich einer Beschaffungsstelle der Intendantur, in einer Lieferungsangelegenheit für Heeresbedarf gewesen.

Aus aller Welt.

Erdböf im Schwarzwald. Aus Karlsruhe wird gemeldet: In Reusbad im am Titisee im südlichen Schwarzwald wurde gestern früh 5 Uhr ein bestiger Erdböf veripfirt, wodurch die Zimmergegenstände wankten und die Fenster klrirten. Es handelte sich um ein vom Feldbergmassiv ausgehendes lokales Beben.

Untergang eines 200 Jahre alten Schiffes. In den letzten Stürmen ist das älteste Schiff Nordeuropas und wahrscheinlich der ganzen Welt untergegangen. Es war der 200 Jahre alte schwedische Schoner „Götha Ceion“, der von Stockholm mit einer Ladung Kohlen nach Finnland unterwegs war. Das Schiff hat seinen Bestimmungshafen nicht erreicht, es ist mit Mann und Maus untergegangen. Das Schiff ist im Jahre 1716 erbaut worden.

Sturmkatastrophe in Britisch-Indien. Ein amtlicher Bericht meldet, daß ein Orkan die Jungfrau-Inseln in Britisch-Indien vor kurzem schwer heimgesucht hat. 21 Menschen wurden getötet. Viele Häuser und die auf dem Felde stehende Ernte wurden zum Teil vernichtet. 2000 Personen sind obdachlos.

Ein Juwelier, der sich selbst bestiehlt. Aus Rizza wird dem „Matin“ gemeldet: Im Sommer des Jahres 1914 wurden in Rizza und Umgebung zahlreiche Einbruchdiebstähle bei Juwelieren verübt, deren Ausführung den Verdacht der Täterschaft auf eine bekannte Bande von Goldschmiedern lenkte. Es gelang der Polizei, die Häupter der Bande festzunehmen. Nunmehr hat sich herausgestellt, daß der geistige Urheber der ganzen Diebstähle der Juwelier Treves war, der in seinem bekannten und eleganten Geschäft die gestohlenen Sachen an Fremde, meistens Engländer und Amerikaner, verkaufte. Dieser Tage wurde er beobachtet, wie er in Marseille den Versuch machte, die ihm angeblich gestohlenen Juwelen zu verkaufen. Seine Einbrüche verteilte sich auf einen Zeitraum von nahezu zehn Jahren. Treves wurde in dem Augenblick verhaftet, als er nach Monaco flüchten wollte.

Arbeiter-Zamariter-Kolonie Reinickendorf. Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 2 Uhr, findet im Restaurant B. Anders, Reinickendorf, Hauptstr. 54, eine öffentliche Uebung statt. Alle Parteigenossen, Freunde und Gönner der Kolonie sind dazu freundlich eingeladen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende des 3. IV. 001 rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anwalt ist ein Zuschuß und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Weisliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsbeurteilung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in die Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

M. N. 47. Wenn auch die Mutter schon verstorben ist, so erben die Kinder zu gleichen Teilen. Kann eine Einigung außergerichtlich nicht zustande kommen, so müssen die gerichtliche Erbauseinandersetzung beim zuständigen Amtsgericht beantragen. — A. 1. 1. Es kann in diesem Falle ohne weiteres zur Fällung geschritten werden. 2. Für Scholofade beabsichtigt keine Nachfolge, deshalb wird gegen den von Ihnen geschickten Hebeland nichts zu machen sein. — G. 2. 41. Die Ansprüche auf Abschluß von Mitgliedschaften verjähren in vier Jahren. — A. R. 26. Den Eltern stehen auf Grund der geltenden Anwartschaften des Sohnes keine Ansprüche auf die Invalidenversicherung zu. — R. 100. Absoluter Anspruch auf Urlaub besteht nicht. Laut einer Verfügung sollen die über ein Jahr drauhen im Felde stehenden, soweit es der Dienst zulaßt, Urlaub bekommen. — A. 3. 601. Sie sind zum Schadenersatz verpflichtet. — G. 2. 35. Die Ziffer bedeutet unvollständig. — C. 2. 34. Reversgebend, Verabteilung der Schicksale; landsturmpflichtig. — G. 20. 20. Sie sind zur Steuerzahlung vom 1. Oktober an verpflichtet. — R. 10. Die Krankentafelverträge kann auch nach der Entlassung vom Truppenteil gezeichnet werden. Es kommt darauf an, ob noch Invalidität als vorliegend erachtet wird. — Treueaus 630. Wenn nicht durch die Arbeitsordnung der § 616 BGB ausgeglichen ist, müssen Sie für die verfallene Zeit Zahlung verlangen.